

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 8. Mai 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 29 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Volkserleichterung — Volksbelastung.

„Sie mögen den § 3 annehmen oder ablehnen — um die Bewilligung neuer Einnahmen kommen Sie darum doch nicht herum“ und „Ich habe nicht die Absicht, über die Einführung direkter Reichsteuern zu diskutieren“, diese beiden Aeußerungen, die der Reichschatzsekretär Herr v. Stengel am Freitag anlässlich der zweiten Beratung der Finanzreform im Reichstage that, kennzeichnen deutlich genug eine finanzpolitische Situation, die durch die Annahme der Kommissionsbeschlüsse wohl nicht geschaffen, aber doch ernstlich verschärft worden ist. Die formelle Wenderung des Reichsfinanzwesens ist nur das Vorzeichen seiner materiellen Ausgestaltung durch neue indirekte volksbelastende Steuern!

In der Form, in der sich der Finanzreform-Entwurf nach den Beschlüssen der zweiten Lesung präsentiert, besteht er nur aus zwei Paragraphen. Der erste von beiden bestimmt, daß die Einnahmen aus den Zöllen und der Tabaksteuer nicht mehr zum Teile den Einzelstaaten überwiesen, sondern in ihrem vollen Betrage unmittelbare Einnahmen des Reiches werden sollen. Nur der Betrag der Stempelabgaben, der Branntwein-Materialsteuer und der Reichshöftsteuer soll den Einzelstaaten überwiesen werden. Die Regierungsvorlage war noch einen Schritt weiter gegangen: sie hätte auch die Stempelabgaben aus der Reihe der Ueberweisungssteuern ausgeschaltet.

Die Bedeutung dieser Reform liegt im wesentlichen auf verfassungsrechtlichem Gebiete. Finanztechnisch soll dadurch der Gewinn erzielt werden, daß nicht mehr so große Summen wie bisher zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten „hin- und hergeschoben“, richtiger gesagt, verrechnet werden müssen. Dieser finanztechnische Vorteil wird aber dadurch erkaufte, daß der Reichstag seine verfassungsmäßigen Rechte auf das Empfindlichste beschränkt. Die Erträge der Zölle und der Tabaksteuer werden bisher zum größten Teile den Einzelstaaten zugeschrieben. Eine diesen Beträgen ziemlich entsprechende, sie bald übersteigende, bald hinter ihre zurückbleibende Summe muß aber von den Einzelstaaten in Form von Matrikularbeiträgen wieder zurückgezahlt werden. Während nun der Reichstag auf die Erhebung der Zölle keinen budgetrechtlichen Einfluß übt, diese vielmehr fortlaufend, ohne daß eine alljährliche Genehmigung des Reichstags notwendig wäre, erfolgt, können die Matrikularbeiträge nur in der Höhe des budgetmäßigen, das heißt vom Reichstage beschlossenen Betrags erhoben werden. Die finanztechnische Bedeutung des neuen § 1 besteht in der Verminderung kalkulatorischer Schwierigkeiten, die ein Vierteljahrhundert ertragen worden sind; ihre verfassungsrechtliche Bedeutung besteht aber darin, daß in Zukunft nur etwa ein Zehntel des Gesamtetats, statt wie bisher etwa ein Drittel unter das Einnahmewilligkeitsrecht des Reichstags gestellt werden soll.

Herr v. Stengel eröffnete die Debatte mit einer neuen Ergebnissadresse an das Centrum, die freilich durch einen falschen Jünglingschlag ein etwas seltsames Aussehen gewann. Der Reichschatzsekretär meinte nämlich, das Centrum hätte als Vater der clausula Franckenstein und Urheber des bestehenden Zustandes Empfindungen zu überwinden gehabt, die ihm alle Ehre machten. Damit hatte Herr v. Stengel allerdings so von ungefähr den Nagel auf den Kopf getroffen. Das Centrum ist in der That daran, alle Empfindungen, die ihm Ehre machen, zu überwinden und so kam Herr v. Stengel auch dazu, in die Winderung der Reichsrechte aus „finanztechnischen Gründen“ einzutwilligen. Desgleichen hat Herr Sattler im Namen der Nationalliberalen; er scheint ganz vergessen zu haben, welche Bedeutung seine Partei einst den sogenannten „konstitutionellen Garantien“ beimah. Herr v. Richthofen, der namens der Konservativen sprach, leistete das erste Geständnis, seine Partei würde nicht geneigt sein, ein Einnahmewilligkeitsrecht des Reichstages principieel einzuführen, ließ sich aber dazu herbei, „vorhandene Volksrechte zu wahren“ — durch Annahme des § 1 in der Fassung der Kommission.

Den Standpunkt der Opposition vertraten der Abg. Eugen Richter in einer kurzen Rede, die einige historische Ausführungen des Reichschatzsekretärs richtigstellte, und Genosse Dr. Südekum, der den Reichstag vergebens mahnte, auf die Wahrung seiner Rechte bedacht zu sein in einer Zeit, da von der deutschen Volkvertretung als von den „Herren“ und der „Vande“ gesprochen würde. Der § 1 würde angenommen und wird auch nach den Erklärungen des Reichschatzsekretärs in dieser Fassung auf keine Schwierigkeiten im Bundesrate stoßen, obwohl ihm die Wiedereinführung der Stempelabgaben als Ueberweisungssteuer lieber gewesen wäre. Herr v. Stengel meint nämlich, in der Aufrechterhaltung der Stempelabgabe als Ueberweisungssteuer liege eine Benachteiligung der Bundesstaaten, da die Ueberträge dann zur Tilgung der Zuschuhaneihen verwendet werden würden. Die Zuschuhaneihen sind aber verfassungswidrige Entlastungen der Einzelstaaten, und es wäre nicht mehr als billig, wenn die Last ihrer Tilgung auf die Einzelstaaten wieder zurückfiel.

Der § 2 der Finanzreform bestimmt in Abänderung des Artikel 70 der Verfassung, daß ungedeckte Matrikularbeiträge, das heißt die Summen, die thatsächlich nicht bloß rechnerisch, von den Einzelstaaten zu Reichszwecken bezahlt werden, am Jahresabschluss in dem Maße zurückzuführen seien, als die übrigen ordentlichen Einnahmen des Reiches dessen Bedarf übersteigen. Vergebens bekämpften die Abgg. Richter und Südekum diese Keuerung, die etwaige Ueberträge der Reichswirtschaft dem notwendigsten Zweck, der Schulden-tilgung, entzieht und zu dem folgenden Passus, wonach etwaige Ueberträge aus den Vorjahren zur Deckung außerordentlicher Reichsausgaben dienen sollen, wie die Faust aufs Auge paßt, und die überdies weder geeignet ist, den Etat durchsichtiger, noch die Wirtschaft der Einzelstaaten stabiler zu gestalten, in-

dem sie ihr unerhoffte Einnahmen in den Schoß wirft. Auch der § 3 fand die Billigung der Mehrheit, und auch er wird, da sich die Wenderungen der Kommission auf das Redaktionelle beschränken, Annahme im Bundesrate finden. Gestrichen wurde der einst vielbesprochene und vielumstrittene Passus des Artikels 70, daß Matrikularbeiträge von den Einzelstaaten zu bezahlen seien . . . solange die erforderlichen Deckungsmittel nicht auf andre Weise, insbesondere durch Einführung weiterer Reichsteuern beschafft werden“, — eine lästige Erinnerung an eine Zeit, da man noch daran dachte, die Reichswirtschaft durch Einführung direkter Steuern auf eigne Füße zu stellen.

Ein dritter Paragraph, der in der Kommission mit allen gegen die Stimme des Abg. Arendt verworfen worden war, wurde einstimmig abgelehnt. Er besagte, daß der budgetmäßige Betrag der von den Bundesstaaten aufzubringenden Matrikularbeiträge in der Regel den Betrag der von ihnen in den fünf Vorjahren empfangenen Ueberweisungen nicht übersteigen solle. Die Ablehnung dieses Paragraphen, für den sich im ganzen Hause kein Mann erhob, bedeutet aber in Wahrheit die offene Bankrotterklärung der Stengelschen Finanzreform. In ihr drückte sich die ganze Tendenz des Wertes aus, die daraus hinausging, die materielle Beitragspflicht der Einzelstaaten „in der Regel“ auf eine bloße Vor-schuhspflicht zu beschränken und zu verhindern, daß die Einzelstaaten dauernd durch das Reich belastet werden könnten. Durch dieses vorsichtig-schlichterne „in der Regel“ hatte der Reichschatzsekretär wohl seine eigentliche Absicht verraten, gleichzeitig aber zu verstehen gegeben, daß sie durch die gesetzlichen Mittel seines Reformens nicht unbedingt erreichbar sei. Insofern scheint sich Herr v. Stengel mit geretteten Trümmern begnügen zu wollen; seine Anklündigung, er bestalle sich die definitive Stellungnahme für die dritte Lesung vor, klang mehr wie ein Rückzug, denn wie eine Kriegserklärung.

Am Montag wird die dritte Lesung vorgenommen. Bestätigt sie, wie kaum anders anzunehmen, die Beschlüsse der zweiten Lesung, dann ist für die Klarheit und Ordnung der Reichsfinanzen zwar nichts gewonnen, aber ein verfassungsmäßiges Recht des Reichstags eingeeignet, die Beitragspflicht der Einzelstaaten durch die eventuelle Rückzahlungspflicht des Reiches beschränkt und — was die Hauptsache ist — die Bahn frei für Biersteuer und Tabaksteuer!

Der großen Debatte des Tages folgte ein niedliches Satyrspiel. Man unterhielt sich nämlich über Reichshöftsteuer-Rückvergütung und Anstandsgefühl. Die Erträge der Reichshöftsteuer sind arg zurückgegangen, hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Bremer für 13 Mk. Steuer, die sie pro Hektoliter bezahlen, 16 Mk. Rückvergütung bekommen. Es stand eine Resolution zur Beratung, der Reichsfinanzminister sei um Vorlage eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, durch welchen die Reichshöftsteuer-Rückvergütung auf eine der thatsächlichen Ausbeute möglichst entsprechende Höhe herabgesetzt würde. Der Abg. Müller-Julda vom Centrum meinte, daß die Annahme dieser Resolution Sache des Anstandsgefühls sei, und Genosse Wurm bezeugte den gegenwärtigen Zustand treffend und kurz als ein System des Diebstahls. Dagegen stimmten die Abgg. Holz und v. Kardorff von der Rechten bewegliche Klagen über die Rolle der Branntweinbrenner an, die man nicht durch neue Gesetze „beunruhigen“ sollte und meinten, es sei Sache des Anstandsgefühls, die Resolution abzulehnen. Ja, Herr Holz versetzte sich sogar zu dem Wunsche, die Regierung möge auf den Beschluß des Reichstags, wenn er wirklich gefaßt würde, pfeifen und die Resolution unausgeführt lassen. Damit fand er scheinbar in Herrn v. Stengel ein verständnisvolles Publikum, der so viel von „Bedenken“ und „Ertwägungen“ sprach, daß man wohl annehmen darf, mit der befürchteten „Beunruhigung“ der Schnapsbrenner werde es noch seine gute Weile haben. Gegen die Resolution stimmte die Rechte und die nationalliberale Partei, für sie eine aus Centrum, Freisinn und Sozialdemokratie bestehende Mehrheit.

Montag: Dritte Lesung der Finanzreform und dritte Lesung des Etats. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Durch den Sieg am Haluluf, die Sperrung des Hafens von Port Arthur und die Landung der Japaner bei Pigewo auf der Halbinsel Liaotung haben die Japaner in der letzten Woche Schlag auf Schlag eine Reihe wichtiger Erfolge errungen. Wenn man trotzdem mit Prophezeiungen über den vermutlichen ferneren Verlauf des Krieges noch zurückhalten muß, so liegt das daran, daß über die wichtigste Grundlage der bevorstehenden Operationen, über die Stärke der auf beiden Seiten zur Verfügung stehenden Truppen jede zuberlässige Mitteilung fehlt. Wieviel Truppen die Japaner in Korea gelandet haben und über den Yalu vorzuschieben im Stande sind, weiß kein Mensch. Die Schätzungen schwanken zwischen 100 000 und 200 000 Mann. Ebensovienig weiß man, wie viel Truppen man jetzt auf der Halbinsel Liaotung gelandet hat resp. noch landen wird. Genau ebenso sieht es mit den russischen Streitkräften. Die Japaner haben — verhältnismäßig — alle ihre Truppenverschiffungen in völliges Dunkel zu hüllen verstanden. Ueber ihren Kriegssplan hat man daher immer nur vage Vermutungen zu hegen vermocht. Die zahllosen Kriegskorrespondenten hat man in Japan zurückgehalten und obendrein durch strengste Zensur dafür gesorgt, daß keinerlei Nachrichten durchsickerten. Ein großer Teil der Kriegskorrespondenten hat angesichts dieser Haltung Japans denn auch bereits die Heimreise angetreten.

Rußland ist nicht ganz so zugeknöpft gewesen, wenigstens dem Anscheine nach. Es hat den Korrespondenten alle möglichen Auskünfte über die Stärke und den Standort seiner Truppen in der Mandchurien gegeben. Doch hat es vorsichtigerweise bis jetzt alle

Kriegsberichterstatter in Chabin zurückgehalten, wo sie sich bereits fürchterlich zu langweilen beginnen. Ob man sie demnächst nach dem wirklichen Kriegsschauplatz abgehen lassen wird, ist mehr als fraglich. Denn allem Anschein nach steht ein großer Teil jener Truppen, die sich in der Mandchurien befinden sollen, nur auf dem Papier jener Blätter, die die russischen Dillate gläubig verbreitet haben.

Daß die russischen Truppen südlich von Mukden weit weniger zahlreich sind, als von Rußland proklamirt wurde, beweist das japanische Vorgehen. Die Japaner sind zweifellos über die faktische Stärke der Russen durch ihr ausgedehntes Spionagesystem ausgezeichnet unterrichtet. Daß sie trotzdem den Vorstoß über den Yalu und jetzt gegen Fungwangtscheng getwagt haben, deutet darauf hin, daß sie fürs erste die russischen Streitkräfte nicht fürchten zu sollen glauben. Ob die Japaner ihren Vormarsch aber gegen Mukden fortsetzen und baldigt entscheidende Schlachten antehmen werden, das bleibt abzuwarten.

Der nächste Angriff der Japaner wird vermutlich Port Arthur gelten, das zur See gesperrt und zu Land ebenfalls bereits eingeschlossen ist. Alexejew soll sich in letzter Stunde mit der Bahn geflüchtet haben. Der zurückgebliebene General Stöfel hat nun zwar einen pathetischen Armeebefehl an die Mannschaften in Port Arthur erlassen, in dem er der Zuversicht Ausdruck giebt, daß er „Rußlands Schutzwehr im fernem Osten“ werde halten können — allein auch das hängt von der Stärke der Landvorsifikationen und dem japanischen Belagerungsgeschick ab. Voraussetzungen sind hier ebenso unangebracht, wie der ganzen Kriegslage gegenüber.

Nur das läßt sich bereits sagen: Die Japaner haben sich bis jetzt zur See wie zu Lande als treffliche Strategen bewiesen, sie haben zur Genüge gezeigt, daß ihre Marine sowohl wie ihre Landarmee, in Fügung sowohl wie in der Leistungsfähigkeit der Mannschaften, den russischen Streitkräften mindestens gewachsen ist. Es kommt nur darauf an, wieviel Truppen die beiden Mächte auf dem Kriegsschauplatz werfen können, wie sich die transsibirische Eisenbahn bewährt, wie sich die Verpflegungsmöglichkeiten gestalten und — zweifellos am längsten anshält. Invorhergesehene Zwischenfälle, wie ein Neutralitätsbruch Chinas, können zu weiteren Komplikationen führen.

Ein neuer japanischer Sieg?

Aus Paris wird gemeldet: „In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch ordnete General Kuroki den Marsch des Gros seiner Truppen gegen Tangchang an, wo mörderische Kämpfe um eine Höhenstellung enorme Opfer auf beiden Seiten forderten. Nach den letzten Nachrichten aus Seoul soll das russische Hauptquartier von Fungwangtscheng am Donnerstag morgen rückwärts verlegt worden und Kurokis Vortruppen um dieselbe Zeit nur wenige Kilometer von Fungwangtscheng entfernt gewesen sein.“

Die Hafeneinfahrt von Port Arthur gesperrt.

Tokio, 7. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Admiral Toga berichtet: Die Einfahrt in den Hafen von Port Arthur ist vollständig gesperrt, ausgenommen für kleine Schiffe. Die Japaner verloren keine Kriegsschiffe, obwohl der Angriff viel Leute kostete.

Ein Tagesbefehl Stöfels.

Port Arthur, 6. Mai. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) General Stöfel hat heute nachmittags folgenden Tagesbefehl erlassen: Am 30. April und 1. Mai überschritt der Feind den Yalu in großer Stärke; die unsrigen zogen sich auf vorher ausgewählte (1) Stellungen zurück. Gestern bewerkstelligte der Feind eine Landung in großem Maßstabe südlich Pi-tse-wo und in der Nähe der Anstaltshauptstadt. Nun beginnt für uns die Arbeit. Natürlicher wird der Gegner den Bahnverkehr unterbrechen und sich bemühen, unsere Truppen bis Port Arthur zurückzudrängen und diese Festung, Rußlands Schutzwehr im fernem Osten, zu belagern. Verteidigt sie bis zum Eintreffen der Truppen, welche uns zu entsetzen kommen. Ich halte es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß Ihr unablässig wachsam, umsichtig und bereit sein müßt, dem Gegner überall in einer der ruhmvollen russischen Truppen würdigen Ordnung entgegenzutreten und, welche Zwischenfälle auch eintreten, den Kopf nicht verlieren dürft. Seid eingedenk, daß im Kriege alles möglich ist und daß wir mit Gottes Hilfe im Stande sein werden, die uns auferlegte schwierige Aufgabe zu erfüllen.

Die Schlacht am Yalu.

London, 5. Mai. (Fig. Ver.) Aus unsern früheren Korrespondenzen sind die englischen Ansichten über den japanisch-russischen Krieg bereits bekannt. Man war hier von Anfang an der Meinung, daß Japan sowohl eine Seemacht wie eine Landmacht ersten Ranges ist. Diese in England vorherrschende Meinung ist selbstredend auf genaue Untersuchungen begründet. Ohne diese Untersuchungen wäre die englisch-japanische Allianz nicht zustande gekommen. Nur weil die englische Regierung die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß sie an Japan eine militärische Grobmacht gegen Rußland gewinnen kann, schloß sie den Vertrag ab.

Die bisherigen Ereignisse haben der englischen Auffassung Recht gegeben. Kurokis Sieg, der nach dem heute veröffentlichten Bericht Kashtalinski recht blutig war, wird hier zwar nicht überschätzt, aber er wird als eine Bestätigung der Ansicht aufgefaßt, daß Rußland im besten Falle sich zu Tode siegen wird.

Ueber die Vorgänge am Vorabend der Schlacht brachte gestern der „Standard“ von seinem mit der ersten japanischen Arme-

markierenden Korrespondenten eine Depesche, die am Abend des 30. April beim Beginn des Jalu-Uberganges aufgegeben wurde. Der Korrespondent sagt: „... Jeden ich die Scene überblide, werde ich unwillkürlich an das Schlachtfeld beim Zugelafuß (Südafrika) erinnert. Wie in jenem unglücklichen Monat Dezember 1899 die Vorteile bei den Boeren lagen, so sind sie jetzt bei den Russen. Unsere Feinde lagen damals in aller Ruhe und Sicherheit in den Bergen und warteten auf Bullers Armee. Die Russen warten in gleicher Sicherheit auf Kuroki. ... Kraft meiner Erfahrungen in modernen Kriegen zaudere ich nicht, die Ueberzeugung auszusprechen, daß, wenn die Japaner diese Barriere von Hügeln nehmen können, sie mit ihrem Siege bewiesen werden, daß ihre Armee zu den ersten Armeen der Welt gehört.“ Diese Ansicht wird hier nach den Ereignissen des 1. Mai allgemein geteilt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Mai.

Gesetzlich erzwungene Berufsberatung.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist der angelegte Entwurf betreffend die „Erschwerung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesindes“ zugegangen. Derselbe lautet:

§ 1: Mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft wird bestraft: 1. wer Dienstboten (Gesinde) oder landwirtschaftliche Arbeiter, von denen er weiß oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt wissen muß, daß sie einem anderen Arbeitgeber zur landwirtschaftlichen Arbeit oder zum Gesindebedienstet noch verpflichtet sind, in Dienst nimmt,

2. wer in gewinnsuchtiger Absicht für die unter 1 bezeichneten Arbeitnehmer ein neues Dienstverhältnis vermittelt, obwohl er weiß oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt wissen muß, daß sie einem anderen Arbeitgeber zur landwirtschaftlichen Arbeit oder zum Gesindebedienstet noch verpflichtet sind,

3. wer die unter 1 bezeichneten Arbeitnehmer verleitet oder zu verleiten übernimmt, widerrechtlich den Dienst nicht anzutreten oder zu verlassen.

Im Falle der Ziffer 1 tritt die Strafverfolgung nur auf Antrag des früheren Arbeitgebers ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.

§ 2: Mit Geldstrafe von 2 bis 600 M. und mit Haft wird bestraft, wer, nachdem er auf Grund des § 1 Ziffer 2 oder 3 rechtskräftig verurteilt ist, innerhalb der nächsten drei Jahre abermals eine nach diesen Vorschriften strafbare Handlung begeht. Eine nicht bezweckende Geldstrafe ist in Haft unzuwandeln.

§ 3: Mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft wird bestraft, wer die ihm obliegende Verpflichtung zur Ausstellung eines schriftlichen Zeugnisses bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Dienstboten oder landwirtschaftlichen Arbeiters in rechtswidriger Absicht nicht erfüllt.

§ 4: Die Ortspolizeibehörde hat das einem landwirtschaftlichen Arbeiter gemäß § 630 des Bürgerlichen Gesetzbuches ausgestellte Zeugnis auf Antrag kosten- und stempelfrei zu beglaubigen.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist, wie der Präsident bei Beginn der Sonnabend-Sitzung mitteilte, der bereits vor längerer Zeit angekündigte, von den Agrariern aller Schattierungen sehr lebhaft erwartete Gesetzentwurf gegen den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter zugegangen.

Der Entwurf, der sich auf die ganze Monarchie mit Ausnahme des Hohenzollernschen Landes erstreckt, entspricht in jeder Hinsicht den von agrarischer Seite geforderten Wünschen. Unter der heuchlerischen Maske der Bestrafung von Arbeitgebern, die kontraktbrüchige Arbeiter in Dienst nehmen, bedeutet er in Wirklichkeit ein Ausnahmefähigkeit für die ohnehin schon den Industriearbeitern gegenüber benachteiligten ländlichen Arbeiter und des Gesindes, deren Bestrebungen zur Herbeiführung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen dadurch einfach unmöglich gemacht werden. Daß das Gesetz die Reichsgesetze verletzt, ist den heutigen Nachforschern, die entgegen der Verfassung den Polen verbieten, sich anzustreben, die in Bezug auf die Ausübung des Wahlrechts, des Vereinsrechts und anderer Grundrechte des Volkes sich die dreifachen Uebergriffe erlauben, gleichgültig. Die vorgeschlagene landesgesetzliche Regelung wird einfach durch ministeriellen Nachspruch der Herren v. Pöblich und v. Hammerstein für zulässig erklärt, unter der Motivierung, daß es sich nicht um Materien handelt, welche Gegenstand des Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich sind. Zwar hat die preussische Regierung noch vor wenig Jahren den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen, aber das macht weiter nichts aus. Der Minister des Innern wird, wenn er auf diesen Widerspruch aufmerksam gemacht wird, nach der in seinem Ressort neuerdings geltenden Manier sich dadurch aus der Affaire ziehen, daß er sagt, sein Kollege, der damals den Rechtsstandpunkt vertreten hat, habe den Ministerpräsidenten nicht vorher gefragt, welche Ansichten er vertreten solle.

Die Schändlichkeit dieses neuen Ausnahmefähigkeit tritt kraft hervor, wenn man sich die einzelnen Bestimmungen veranschaulicht. Der Entwurf ist der Tendenz nach schlimmer als die verschärfte Zuchthausvorlage, und wenn hier nicht mit Jahre langen Gefängnis- und Zuchthausstrafen gearbeitet wird, so nur deshalb, weil auf dem Wege der Landesgesetzgebung keine höheren Strafen verhängt werden können.

Wenn die erste Bestimmung des § 1 die Arbeitgeber bestraft, die kontraktbrüchige Landarbeiter in Dienst nehmen, so ist das dem Geiste nach eine durch Gesetz erzwungene Berufsberatung, die im Bereich der Gewerbe-Ordnung auf Grund des § 153 strafbar wäre. Was das deutsche Reichsrecht mit Recht als strafbare Handlung verurteilt, wird in Preußen durch Gesetz erzwungen.

Es ist allgemein geltende Auffassung, daß der Kontraktbruch nur zivilrechtlich geahndet werden kann. Auch der Großgrundbesitzer darf kontraktbrüchig werden, indem er etwa seinen Arbeitern gegenüber nicht die eingegangenen Bedingungen erfüllt — er wird nicht bestraft. Der Landarbeiter aber wird nicht nur — nach dem schon heute geltenden preussischen Gesetz — bestraft, wenn er einen unentgeltlichen Dienst verläßt, er soll auch ausgehungert werden. Das ist die Rückkehr zur Leibeigenschaft. Das ist ein Entwurf der Kulturschmach.

Ungeheuerlich sind die Strafen für „rückfällige“ Kontraktbruchvergehen, ungeheuerlich die Bestimmung, daß bestraft wird, wer einem anderen auch nur den Rat gibt, den Dienst zu verlassen, vielleicht weil er von seinem Dienstherren geprügelt worden ist.

Daß der Entwurf Gesetzeskraft erlangt, ist bei der Zusammenkunft des Landtages so gut wie sicher. Wir haben nicht die Möglichkeit, von der Tribüne des Dreiklassen-Parlamentes dagegen anzukämpfen. Um so eifriger aber werden unsere Genossen im Lande die ländlichen Arbeiter über die ihnen drohende Gefahr aufzuklären suchen. Es wird sich, wie so oft, so auch hier zeigen, daß unsere Gegner nur für und arbeiten.

Und auch der Reichstag wird über diese Zuchthausvorlage gegen Landproletariat Gericht halten!

Die Sitzung zog sich, obwohl nur kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung standen, ungewöhnlich lang hin. Kein Wunder! Betrachten doch diese Gesetzentwürfe Fragen, an denen die Junker ein ganz besonderes Interesse haben. Vor allem waren es die Entwürfe betreffend die Verwaltung gemeinschaftlicher Jagdbezirke und betreffend ein Wildschongesetz, die eine übermäßige Debatte hervorriefen. Jede dieser Vorlagen ging an eine besondere Kommission.

Ohne Debatte genehmigte das Haus sodann in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Ausdehnung einiger Bestimmungen des allgemeinen Vergesetzes auf die Auffahrung und Gewinnung von Erdöl.

Nach Erledigung einiger andrer Vorlagen ohne Bedeutung trat das Haus in die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Errichtung eines Oberlandesgerichts in Düsseldorf. Die Debatte hierüber wird am Montag fortgesetzt. (Auserdem kleinere Vorlagen und erste Lesung des Vorkriegsgesetzes.)

Der Herero-Krieg.

Ueber die Pläne der Regierung bei der Entsendung des neuen Afrika-Generalissimus herrscht noch völlige Unklarheit. Einerseits wird gemeldet, daß Generalleutnant v. Trotha am 20. Mai seine Abreise mit seinem Generalstab einstweilen allein antreten werde, um sich erst an Ort und Stelle über die Größe der notwendig werdenden neuen Nachschübe schlüssig zu werden. Der Rückzug der Hereros aus den Dnjallbergen bedeute eine günstige Wendung des Krieges, so daß es keineswegs ausgeschlossen sei, daß der Hauptwiderstand der Hereros gebrochen sein werde, bevor Trotha auf afrikanischem Boden gelandet sei. Andre Mütter, z. B. die „Kreuzzeitung“ erblicken in der Rückwärtsbewegung der Hereros eher eine Verschlimmerung der Situation, weil durch sie die Gefahr der Wiedervereinigung der getrennten Haufen bei Waterberg und Grootfontein nahe gerückt sei. Es sei deshalb notwendig, ungesäumt weitere starke Nachschübe nachzusenden, da mit dem vorhandenen paar tausend Mann die Kolonie unmöglich positiert werden könne. Dafür, wie die „leitenden“ Kreise die Lage beurteilen, liegen keinerlei sichere Anzeichen vor. Wahrscheinlich hat man aber in diesen Kreisen überhaupt keine Meinung, da der Kaiser sich nach seiner Rückkehr offenbar selbst jede weitere Maßnahme vorbehalten haben wird. Erst der Herero-Kredit wird uns einige Aufschlüsse geben. Möglicherweise aber kommt, gerade wie bei den China-Abenteurern, das dicke Ende während der Reichstagsferien nach!

Von der Kolonne Estorf

meldet Gouverneur Leutwein vom 7. Mai folgendes: Nach Meldungen steht der Feind bei Dnjatu; Estorf wird bis Djiukofo vorgehen. Die Postierungen im Distrikt Gohobis werden durch eine fliegende Kolonne unter Oberleutnant Winkler von der Kolonne Glasenapp verstärkt.

Eine ähnliche, nur ausführlichere Meldung erhielt natürlich wieder die Firma Scherl aus Windhuk!

„In der Nacht zum 6. Mai lief im Hauptquartier eine Meldung des Majors v. Estorf ein, aus der hervorgeht, daß seine Abteilung aufeinander nordöstlich von Katapia steht; die Ortsangabe war in dem über Ojofasu hergelangten Helio-gramm nicht enthalten. Nach Aussagen von Ueberläufern sowie nach persönlich beobachteten Staubwolken glaubt Major v. Estorf, daß der Feind die Gegend von Dnjatu möglicherweise stark besetzt hat. Der Major beabsichtigt daher zunächst, unter sorgfältiger Aufklärung bis Djiukofo vorzugehen; seine weiteren Maßnahmen werden von dem Ergebnis dieser Erkundung abhängen. Da die Sparteilung des Majors v. Glasenapp noch täglich Typhuszüge hat, bleibt sie einstweilen weiter in Quarantäne in Ojofanena. Die Hauptabteilung unter Oberst Leutwein dürfte voraussichtlich Ende Mai marschbereit sein.“

Große Aktionen sind danach in den nächsten drei Wochen nicht zu erwarten. Estorf wird sich aufs Obervieren verlegen, da die Hauptkolonne Leutwein erst Ende Mai marschfertig sein wird. Unter Glasenapps Abteilung wütet aber noch immer der Typhus!

Deutsches Reich.

Der Kaiser hat in Berlin mit dem Grafen Bülow die neue Herero-Expedition großen Stils fertiggestellt. Darauf ist er nach Schilly gefahren, wo er mit der Familie des Grafen Götz Tennis spielte. Von Schilly begibt er sich nach Donaueschingen.

Frankfurt-Lebus. Die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte im Wahlkreis Frankfurt-Lebus haben am Freitag endgültig die Kandidatur des Generalmajors a. D. v. Jagow beschlossen; eine Minorität, die für den Anschlag an die Kandidatur Wassermann sprach, fand kein Gehör. Die Wähler erklärten in einer Resolution Herrn Wassermann „nach seiner politischen Vergangenheit für völlig ungeeignet“, als Kandidat des Bundes zu gelten; sie hoffen, daß durch ihre Sonderbündel vieler Wähler, der sonst zu Hause bleiben an die Wahlurne gebracht werden könne und so der sozialdemokratische Sieg im ersten Wahlgange verhindert werde. In der Stichwahl wollen sie natürlich mit allen andern „Anhängern der Ordnung“ einig sein. So reizvoll der Anschlag wäre, die Leute, die sich solchen gegenseitig schmähend und brandmarkend, dann im Bruderschnapf vereint zu sehen, so dürfen sie doch hoffen, daß unsere Parteigenossen im Wahlkreise ihnen diese Würdelosigkeit ersparen.

Bosnische Gram. Die „Bosnische Zeitung“ widmet der Sozialdemokratie eine längere schmerzreiche Betrachtung. Sie betrauert, daß die Sozialdemokratie nicht gegen die Kandidatur Brannins Einspruch erhebt. Sie ist auch betrübt, daß die Sozialdemokratie den Genossen Bernstein nicht boykottieren will.

Die Sozialdemokratie hat Mittel mit den königlich privilegierten Bosnischen Qualen, aber sie muß schon deshalb darauf verzichten, das Blatt zu trösten, weil es, wenn wir entgegengezeigt handelten, gleichfalls stillosen Seelenstörungen verfallen würde. Wir können unmöglich, der Bosniu zuliebe, Dummheiten begehen.

Reichshäuden und Landesfinanzen. Aus Dresden wird uns geschrieben:

Bei den Verhandlungen des sächsischen Landtags über den Eisenbahnetat äußerte sich der Finanzminister Dr. Küger auch über die Wünsche auf Errichtung neuer Eisenbahnlinien. Dabei bemerkte er u. a.: Ich bin ganz damit einverstanden, daß der Eisenbahnetat nicht zum Stillstand kommen darf; wir werden aber jenen Wünschen erst dann gerecht werden können, wenn das unhaltbar gewordene finanzielle Verhältnis Sachsens zum Reiche ein andres geworden ist. Wenn wir vom Reiche immer wieder mit Millionen belastet werden, müssen wir entweder die direkten Steuern erhöhen oder Schulden machen, um die Materialbeiträge aufzubringen. Ich würde es aber für völlig verkehrt halten, wenn der sächsische Staat Schulden machen müßte, um für die Schulden des Reiches aufkommen zu können. Wollen wir keinen dieser Wege beschreiten, dann bleibe nur übrig, die Kulturaufgaben zu Gunsten der Materialbeiträge zurückzustellen. Wir werden also erst, wenn es gelingen ist, ein etragliches finanzielles Verhältnis mit dem Reiche herzustellen, die Wünsche auf den Ausbau unfres Eisenbahnetats besriedigen können.

Militärisches Beschwerde-„Recht“. Der „Berl. Zig.“ wird ein recht charakteristischer Beitrag zu dem Beschwerderecht in der Armee

gemeldet. Der Sergeant Paul Roglin vom Kaiserliche-Regiment Nr. 2 in Reusfahrwasser verließ den Dienst eines Kammer-Unteroffiziers bei der sechsten Compagnie und hat wie sehr viele Kammer-Unteroffiziere die Manier, den Leuten bei jeder Gelegenheit die Verleumdungs- und Ausrüstungsstücke um die Ohren zu schlagen. Einem Namen Namens Lind gab er ein Paar zu enge Stiefeln und als der Kanonier, ohne die Stiefeln verpaßt zu haben, erklärte, sie wären ihm viel zu klein, schimpfte er ihn ein „dickköpfiges Luder“ und gab ihm ein paar Ohrfeigen. Einem andern Kanonier Namens Spielmann gab Roglin eine falsche Mäße, in welcher der Mann lächerlich aussah. Als der Feldwebel den Mann mit der unmöglichen Kopfbedeckung zu Gesicht bekam, befohl er ihm, sich von dem Kammer-Sergeanten eine andre Mäße geben zu lassen. Der Sergeant sagte: „Warum kommst Du Sau nicht früher“, schlug ihn mit dem Handschuh und dann mit der Faust ins Gesicht und gab ihm eine Anzahl Ohrfeigen. Nachdem er ihn noch bis zum Erschlaffen hatte Gewehr strecken lassen, gab er ihm eine andre Mäße.

Die beiden Mißhandelten beschwerten sich über die ihnen angethanen Verleumdungen. Resultat: Lind bekam drei Tage Mittelarrest, weil er die Stiefel nicht gleich angepaßt hatte. Spielmann bekam ebenfalls drei Tage Mittelarrest, weil er die Mäße nicht sofort umgetauscht hatte. Herr Roglin bekam sechs Wochen Mittelarrest. Es waren vor dem Kriegsgericht vier Monate gegen ihn beantragt worden, aber da „milder schwere Fälle“ angenommen wurden, so kam er mit sechs Wochen davon. Eines hat aber der Herr Hauptmann erreicht: bei seiner Compagnie beschwert sich niemand mehr. Wenn selbst die berechtigteste und nötigste Beschwerde die Gefahr herbeiführt, daß dem Beschwerdeführer selbst der Strich gedreht wird, so ist die selbstverständliche Folge, daß das Beschwerderecht unbenutzt bleibt und daß Soldatenqualer in ihren schändlichen Neigungen gestärkt werden.

Der prägelade Stabsbojst wurde, wie nunmehr festgestellt, nicht am Orte des Gerichts in Erfurt, sondern in seinem Garnisonorte Gotha zur Aburteilung gebracht. Zwei Gerichtsherren reisten nach dort. Jedenfalls, weil es billiger war, als wenn der Soldatenqualer und eine große Anzahl Zeugen nach Erfurt reisen mußten. Kennt man das Sparjamkeit oder was sonst?

Die Reform des heffischen Wahlrechts scheint, so wird uns aus Hessen geschrieben, endlich gelingen zu wollen. In der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Wahlrechtsausschusses wurde eine prinzipielle Uebereinstimmung erzielt über den Kardinalpunkt: Ertrag des indirekten durch das direkte Wahlrecht. Freilich müssen allerlei „Kanteln“ mit in Kauf genommen werden. Bisher konnte jeder 25 Jahre alte „Hesse“, auch wenn er erst seit 24 Stunden naturalisiert war, zum Landtag wählen, wenn er mindestens drei Jahre im Lande wohnte und zur Staats- oder Kommunalsteuer herangezogen war. Außerdem war Bedingung, daß der Wähler nicht mehr als zwei Monate (ein Steuerziel in Hessen) mit seinen Steuern im Rückstande war. Im übrigen kamen noch die wohl überall allgütigen Bestimmungen in Betracht in Bezug auf den Verlust des Wahlrechts bei eingetretener Konturs, bei Ehrverlust und bezogener Armenunterstützung.

Nach der Einführung der direkten Wahlen soll nur der wählen können, der am Wahltag nicht nur drei Jahre in Hessen wohnt, sondern auch seit drei Jahren die heffische Staatszugehörigkeit besitzt; das ist eine wesentliche Verschlechterung des bisherigen Zustandes. Außerdem wird für die arbeitende Bevölkerung das Wahlrecht noch dadurch erschwert, daß der Wähler am Wahltag keinerlei Steuererträge haben darf.

So schlimm auch diese „Kanteln“ sein mögen, aber sie wurde doch immerhin viel schneller eine Verhängung erzielt, als über die von der Regierung geforderte Vermehrung der Mandate. Bisher zählte die Zweite Kammer 60 Abgeordnete, davon waren 40 Vertreter ländlicher und 10 Vertreter städtischer Kreise. Mit der immer größer werdenden Unverschämtheit der Agrarier im Reiche ist wohl auch die Ueberzeugung der Regierung unerschütterlicher geworden, daß auf die Dauer eine agrarische Mehrheit unvereinbar ist mit den Landesinteressen, und so befiel die Regierung auf einer Vermehrung der städtischen Mandate. Das wollten jedoch die ländlichen Abgeordneten unter keinen Umständen zugeben und lieber zum zweitenmal die Wahlgesetzesreform scheitern lassen. In der jüngsten Ausschusssitzung ist es nun doch dem Abg. Dr. Gutleisch gelungen, einen Kompromiß durchzusetzen, der dahin geht, daß die Zahl der Mandate um 10 vermehrt wird und daß davon 5 auf die Städte und 5 auf das Land verteilt werden sollen. Wenn sich das Plenum ebenfalls zu diesem Abkommen verstehen wird, dürfte es doch noch gelingen, diesmal ein neues Wahlgesetz unter Dach und Fach zu bringen.

Ausland.

Italien.

Venedig, 7. Mai. Gestern abend wiederholten sich socialistische Kundgebungen auf dem Marktplatz aus Anlaß des thätlichen Angriffs des Grafen Vrandolin gegen den Herausgeber des „Secolo Nuovo“ Marangoni. Die Menge rief „Abasso lo Comesso“; es kam zu wiederholten Zusammenstößen mit den Karabinieri, wobei wiederum zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden.

Spanien.

Der Socialismus unter den spanischen Landarbeitern.

Seit einem Jahre ist, wie der „Socialista“ berichtet, die Zahl der von Landarbeitern gebildeten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen ganz erstaunlich gewachsen. In Andalusien, in Extremadura, in beiden Kastilien und ganz besonders in den Provinzen Valladolid, Zamora, Leon und Valencia haben die Landarbeiter Organisationen den größten Aufschwung genommen. In ihrem Oberherrs, sei er Monarchist oder Republikaner, Kartist oder Konfessionar, Liberaler, Demokrat oder Radikaler, sehen die Landarbeiter vor allen Dingen nur den Bourgeois und ihren Ausbeuter; immer mehr ringt sich bei ihnen die Erkenntnis durch, daß alle andern Parteien Verteidiger des kapitalistischen Systems sind und daß sie in den Reihen der Partei kämpfen müssen, welche allen bürgerlichen Parteien gegenüber steht, nämlich in der socialistischen Arbeiterpartei. Die politisch noch vollkommen unentwickelten Elemente der Landarbeiter sind viel leichter zur socialistischen Auffassung und Taktik zu ergreifen als die industriellen Arbeiter der spanischen Städte, die vielfach noch in der anarchischen Denkweise befangen sind.

Niederlande.

Protest gegen den Zolltarifentwurf. Unter den niederländischen Kaufleuten und Industriellen findet die Regierungsvorlage zur Erhöhung bestehender und Einführung neuer Einfuhrzölle wenig Anklang. Die Rotterdammer Handelskammer hat dieser Tage ein sehr umfangreiches Schriftstück an die Zweite Kammer gerichtet, worin auf Schädigungen, die der Tarifentwurf dem Handelsverkehr sowohl wie der großen Masse der Bevölkerung bereiten würde, sehr ausführlich hingewiesen wird und die Hauptpositionen des Tarifs in dieser Hinsicht gepriest werden. Es wird auch darauf aufmerksam gemacht, daß die Annahme des neuen Tarifs es notwendig machen würde, in Rotterdam ein großes Freihafengebiet für den ausländischen Handel anzulegen, wie seiner Zeit in Hamburg und Bremen, als diese Städte in den deutschen Zollverband aufgenommen wurden. Bei der ungünstigen Finanzlage der großen Gemeinden wäre es nicht mehr als billig, wenn das Reich die Kosten für derartige Freihafenanlagen tragen würde.

Ferner haben die Manufaktur-Kaufleute von Rotterdam und Amsterdam Protest gegen den Tarifentwurf erhoben, der, wie sie erklären, nicht nur ihre besonderen Interessen, sondern auch die allgemeinen Interessen der Bevölkerung bedroht. Die künstliche Verteuerung aller Verbrauchsgüter, die durch Annahme des Entwurfs herbeigeführt werden würde, müsse höchst schädlich

auf die Wohlfahrt und Kaufkraft des Volkes zurückwirken. Außerdem werde durch die Erhöhung der Zölle die Bildung von Trusts und Syndikaten begünstigt, die zur Bereicherung einzelner auf Kosten des ganzen Landes führen.

Schweden.

Die Reform des höheren Schulwesens ist im wesentlichen der Regierungsvorlage entsprechend, am Mittwoch von beiden Kammern des Reichstages beschlossen worden. Der Lehrplan dieser Schulen, die nun in Realschulen und Gymnasien eingeteilt werden, ist gewissermaßen den modernen Anforderungen angepaßt. Latein wird nur in den Gymnasien gelehrt. Ein erster Schritt zur Verwirklichung des Unterrichtsplanes wurde dadurch getan, daß an Stelle der bisherigen geistlichen Aufsicht eine besondere Ober-Verwaltungsbehörde für diese Lehranstalten eingeführt wird. Wichtige demokratische und liberale Reformen, wie die Schaffung einer Einheitschule oder die Förderung, den Naturwissenschaften einen gebührenden Raum im Unterrichtsplan anzudeuten, waren leider weit davon entfernt, eine Mehrheit im schwedischen Klassenparlament zu finden. Ueber die Vorteile, die erreicht wurden, sagte Genosse Branting in der Zweiten Kammer: „Sie wurden mit der verächtlichen und nicht sobald wiederkehrenden Gelegenheit, die Volksschule näher an die höhere Bildungsschule anzuschließen, erkaufte und erkaufte mit dem Aufgeben des alten Reformprogramms der Zweiten Kammer.“

Asien.

Ein neues Gefecht in Tibet. London, 7. Mai. Amtlich wird bestätigt, daß 700 Tibetener von Shigatse unter dem Kommando eines Phassa General am 5. Mai Ghangse angriffen. Der Angriff wurde zurückgeschlagen; die Tibetener verloren 250 Mann an Toten und Verwundeten. Der englische Verlust betrug 2 Mann.

Amerika.

Der erste sozialistische Deputierte in Argentinien. In die gesetzgebende Körperschaft der argentinischen Republik ist bei den letzten Wahlen, die am 13. März stattfanden, der erste sozialistische Abgeordnete eingezogen. Das in Argentinien bestehende Wahlgesetz war derart reaktionär, daß die Arbeiterklasse zum größten Teil von der Wahl ausgeschlossen blieb. Was das rücksichtlose Gesetz (offene Stimmabgabe usw.) nicht that, wurde durch Korruption und die Gewalt erreicht; der Stimmenlauf wurde ganz offen betrieben, die als oppositionelle Wähler Bekannten wurden gar nicht bis zur Urne herangeführt, sondern die Wahl wurde möglichst schnell vorgenommen und dann für geschlossen erklärt, so daß immer der der Regierungspartei genehme Kandidat durchkam. Im übrigen gab es keine Wahl ohne Blutvergießen. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen die Wahlbeteiligung sehr eine sehr geringe war, in vielen Fällen beteiligten sich nur 20 Proz. der Wähler an derselben. Unter diesen Umständen hatten es auch die Anarchisten sehr leicht, Anhänger zu finden und der Bevölkerung die Anteilnahme am politischen, besonders am parlamentarischen Leben zu verwehren. Die Sozialisten hatten daher eine schwierige Arbeit, die große Zahl der ausländischen Arbeiter (Spanier, Italiener, Franzosen, Deutsche) zu überzeugen, sich zu nationalisieren. Als dies mehr oder weniger gelungen, ging man daran, gegen das unreaktionäre Wahlgesetz Sturm zu laufen, und es gelang, die Herrschenden zu einigen kleinen Verbesserungen zu zwingen. Am 13. März wurde zum erstenmal unter dem neuen Wahlgesetz gewählt; die Sozialisten stellten 10 Kandidaten auf, die alle erhebliche Stimmenzahlen auf sich vereinigten. Einer von ihnen, der junge Abbot Alfredo Palacios, wurde von den Hafenarbeitern und Docks von Boca ins Parlament gewählt. In zwei Jahren ist wieder Wahl und die Sozialisten haben alle Ursache zu hoffen, daß sie bei dieser weiteren Fortschritte machen werden. Mit dem Eintritt der Sozialdemokraten ins Parlament dürfte der Anfang gegeben sein für eine Gesundung der unsäglich traurigen politischen und sozialen Zustände dieser südamerikanischen Republik.

Partei-Nachrichten.

Das Grabsdenkmal für Manfred Wittich ist aufgestellt und wird diesen Sonntag unter Veranstaltung einer kurzen Feier übergeben werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Keine „Arbeitsbrüder“. Auf Veranlassung des Chefs der Erfurter Polizei stellten die Beamten gegen den verantwortlichen Redakteur der „Tribüne“, Genossen Rind, Strafantrag wegen Verleumdung. In einigen Artikeln wurden die Verbote des Rai-Umzuges und des Ausfluges kritisiert und kam darin auch der Satz vor: „Die Arbeitsbrüder im Polizeirock“. In diesem Satze erblidete der Vorgesetzte die Verleumdung. Er ließ ein Attestat von Wache zu Wache gehen, auf dem sich die „beleidigten“ Beamten unterzeichnen — sollten.

Wegen Verleumdung des Offizierscorps wird am 13. Mai gegen den verantwortlichen Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ vor dem Landgericht in Leipzig verhandelt werden.

Hausdurchsuchung in der Redaktion der „Freien Presse“ zu Eisenberg nach dem Manuskript eines Artikels gehalten, in welchem eine Anzahl Streikbrecher aus Völschheid beleidigt sein soll. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft war die Hausdurchsuchung sogar auf die Privatwohnung des verantwortlichen Redakteurs Oberle in Darmen ausgedehnt worden. In beiden Stellen wurde, obwohl in Abwesenheit von Oberle die Hausdurchsuchung vorgenommen wurde, nichts gefunden.

Aus Industrie und Handel.

Der Kohlenabsatz des Ruhrreviers, der im März einen guten Aufschwung genommen hatte, bot nach dem Situationsbericht des „Eisenerz-Blattes“ im April ein weniger günstiges Bild. Infolge der starken Regen im März, in dessen Verlauf beträchtliche Mengen an Kohle weggegangen sind, war der Gesamtabsatz im Vergleich zum März erheblich geringer; insbesondere erfuhr der Verkauf über die Rheinstraße einen starken Rückgang, während sich der Verkauf zur Strecke bei gleichmäßig guter Abnahme seitens der Industrie im ganzen auf gleicher Höhe hielt. Unter diesen Umständen sammelten sich auf vielen Becken große Bestände an und machten die Einlegung zahlreicher Feuertische erforderlich. In Gaslothe war der Absatz der vorgeschrittenen Jahreszeit entsprechend. In Gasflamme herrschte normaler Begehr. In Zettlothe zeigten sich in fast allen Sorten fortlaufend große Bestände. In Gch- und Magerlothe war der Absatz mit Ausnahme von Auf I und II, die andauernd schlecht liegen, in Verdrängung der Jahreszeit befriedigend zu nennen. Der Absatz in Hochlothe wurde durch den beschränkten Absatz der Hochlothewerke ungünstig beeinflusst, insbesondere ließ der Absatz der Siegel-Länder Hochlothe, welche schon seit längerer Zeit unter mangelnder Beschäftigung leiden, sehr zu wünschen übrig. Ebenso hat der Absatz in Siegerei, Drech- und Siebels eine wesentliche Einbuße erlitten, da die Abrufe für Lieferung nach Süddeutschland einen merklichen Rückgang erfahren haben. Die Brillenfabriken waren ausreichend beschäftigt.

Barmer Bauverein. Nachdem der Dortmunder Bauverein das Angebot des Barmer Bauvereins acceptiert hatte, hat jetzt eine Generalversammlung des letzteren beschlossen, das Aktienkapital um 10 000 000 M. auf 46 062 600 M. zu erhöhen, um die Angliederung durchzuführen. Für je eine Aktie des Dortmunder Bauvereins, dessen Aktienkapital bei 1,7 Millionen Mark lag, 10 001 100 M. beträgt, erhalten dessen Aktionäre eine Barmer Aktie zu 1200 M., während die restlichen 300 M. durch bare Zuzahlung ausgeglichen werden.

Der Ausbau der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn. In der gestern abgehaltenen Generalversammlung der Berliner Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen, deren Geschäftsergebnisse pro 1903 wir kürzlich bereits mitteilten, machte der Vorstand einige

Angaben über den geplanten weiteren Ausbau der Bahn. Danach werden bezüglich der Verlängerung in das Innere Berlins, vom Potsdamer Pl. nach dem Spittelmarkt die Verhandlungen lebhaft fortgeführt, unabhängig von dem Prozeß zwischen der Stadt Berlin und der Großen Berliner Straßenbahn. Auch die Verhandlung mit der Stadt Charlottenburg wegen Weiterführung der Bahn nach Westend und dem Wilhelmplatz haben erfreuliche Fortschritte gemacht und sei deren Erledigung in kurzer Zeit zu erwarten. Die Verlängerung nach Westend müsse aber an die Voraussetzung geknüpft werden, daß die anliegenden Interessenten, nämlich die Terraingesellschaft Westend, die Stadt Charlottenburg und der Fiskus entsprechende Zuschüsse gewähren.

Zur Lage des englischen Schiffbaues. Seit Beginn des Jahres hat die Beschäftigung der englischen Schiffbau-Anstalten sich etwas gebessert, doch ist noch immer die Tätigkeit ungenügend. Am Schlusse des ersten Vierteljahres 1904 waren im Vereinigten Königreich 398 Schiffe von 988 644 Netto-Registertonnen im Bau begriffen. Diese Gesamtsumme umfaßte 351 Dampfschiffe aus Stahl mit 978 121 Tonnen, 26 Segelschiffe aus Stahl mit 18 316 Tonnen, 1 Dampfschiff aus Eisen mit 170 Tonnen, 1 Segelschiff aus Eisen mit 200 Tonnen, 1 Dampfschiff aus Holz und gemischtem Material mit 220 Tonnen und 18 Segelschiffe aus Holz und gemischtem Material mit 1577 Tonnen. Der im Bau begriffene Tonnengehalt beträgt 90 000 Tonnen mehr als zu Ende Dezember 1903.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Bäckermeister wollen den Streik!

Am Freitag fanden in der Innung „Konkordia“ Verhandlungen mit dem Gesellenausschuß statt, betreffs der vom Verband der Bäckermeister für Berlin gestellten Forderungen. Die Verhandlungen hatten genau dieselben Ergebnisse wie die mit der „Germania-Innung“. Es war dem Innungsvorstand offenbar in erster Linie darum zu thun, nicht allzu sehr von der Stellung der Schwelmerinnung abzuweichen, um sich nicht bei seiner Kollegenchaft in Mißkredit zu bringen. Eine vorhergehende Sitzung hatte die Stellung des Vorstandes für alle Punkte der Forderungen schon protokolllarisch festgelegt. Das Ergebnis der Verhandlungen ist folgendes: Punkt 1 der Forderungen: Abschaffung von Roß und Logis im Hause des Meisters für alle Gesellen, kann der Vorstand nicht zustimmen; er erklärt sich jedoch bereit, es allen verbeirateten Gesellen gewähren zu wollen. Eine Entschädigung dafür soll der freien Vereinbarung zwischen Meister und Gesellen überlassen bleiben. In nähere Diskussion über die Punkte 2, 3 und 4 der Forderungen einzutreten erübrigte sich deshalb.

Punkt 5 der Forderungen: Gesellige Ueberstunden sind pro Stunde mit 60 Pf. zu bezahlen, wurde nach längerer Diskussion abgelehnt.

Punkt 6 der Forderungen: An den drei hohen Festen Ostern, Pfingsten und Weihnachten darf in der Zeit vom 1. Feiertag morgens 8 Uhr bis zum 2. Feiertag abends 11 Uhr kein Geselle beschäftigt werden, stimmt der Vorstand nur dann zu, wenn ein diesbezügliches Verbot für alle Betriebe, die Backwaren herstellen von seiten der Aufsichtsbehörde erlassen wird. (1)

Punkt 7, betreffend Sonntagsarbeit und Sonntagsruhe mit einer 14stündigen Ruhepause, stimmt der Vorstand zu, soweit die Meisterschaft geschäftlich daran gebunden ist.

Punkt 8: Forderung eines paritätischen Arbeitsnachweises, wird abgelehnt, weil die Innung ihr Ideal, den Innungs-Arbeitsnachweis, nicht preisgeben will.

Ebenso Punkt 9, der dem Beauftragten zwecks Abholung der Verbandsbeiträge freien Zutritt zu den Bäckereien gestatten sollte.

Punkt 10 der Forderungen: Anbringung von Tafeln in allen Bäckereien mit den zwischen Meister- und Gesellenchaft getroffenen Vereinbarungen, will der Innungsvorstand nur für die Herberge und die Sprechbureau gestatten.

Punkt 11: Einlegung einer Schlichtungskommission zur Beilegung von Differenzen im Arbeitsverhältnis, wird abgelehnt. (11)

Damit waren die Verhandlungen beendet.

Altegenesie Stod stellte nunmehr an den Innungsvorstand die Anfrage, welche Garantien derselbe dafür übernehmen, daß die getroffenen minimalen Vereinbarungen auch eingehalten würden. Darauf wurde ihm die Antwort zu teil, daß dem Vorstand jede Macht fehle, für die Innehaltung irgend welcher Vereinbarung die Garantie zu übernehmen. (11)

Somit endete die Verhandlung resultatlos. Obermeister Schmidt wünschte noch höhnisch den gehenden Mitgliedern des Gesellenausschusses: „Viel Glück zum Bäckertreik!“ Das wünschten auch wir und mit uns die ganze Berliner Arbeiterschaft! Aber ehrlich und aufrichtig!

Der Tarifkonflikt im Baukempner-Gewerbe.

über den wir gestern bereits kurz berichteten, hat nach den Ausführungen, die der Verbandsbevollmächtigte Cohen in der Baukempner-Versammlung am Freitag machte, folgende Ursachen: Bei Wendigung des vorjährigen erfolgreichsten Baukempnerstreiks wurde zwischen der Innung und dem Metallarbeiter-Verbande, dem die Baukempner angehören, ein Tacit abgeschlossen, zu dessen recht-mäßiger Durchführung eine aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestehende Schlichtungskommission eingesetzt wurde. Diese Kommission hat nun am 18. Februar einstimmig eine zweimäßige Aenderung des § 6 des Tarifs betr. Jahrgeld- und Jahrszeit-entschädigung beschlossen, weil die ursprüngliche Fassung nicht klar genug war und leicht zu Meinungsverschiedenheiten führte. Die Innung jedoch erkannte diesen Beschluß, der doch unter einhelliger Mitwirkung ihrer eigenen Kommissionsbevollmächtigten zu stande gekommen war, nicht an. Da aber die Arbeitnehmer auf Durchführung des Beschlusses drangen, so hatte sich am 10. März das als letzte Instanz bei tariflichen Streitigkeiten vertraglich vorgesehene Einigungsamt des Gewerbegerichts mit der Angelegenheit zu befassen, und dieses sollte seinen Spruch einmütig im Sinne des Beschlusses der Schlichtungskommission. Die Innung aber kümmerte sich nach wie vor weder um den Beschluß der Kommission, noch um den Spruch des Einigungsamtes. Nun hätte der Metallarbeiter-Verband zwar ohne weiteres das Recht gehabt, durch Sperren oder Arbeitsniederlegung die Anerkennung des Beschlusses eventuell zu erzwingen, doch um des lieben Friedens willen wurde nochmals eine Einigung im Verhandlungswege zu erzielen gesucht. Es wurde abermals eine Sitzung des Einigungsamtes am 14. April abgehalten, die aber resultatlos verlief, weil die Arbeitgebermitglieder der Schlichtungskommission nicht erschienen waren; die Sitzung wurde dann auf Freitag den 8. Mai vertagt. So lange nämlich hatten die Innungsgrößen durch allehand Einwände die Abhaltung der Sitzung hinausgeschoben gewußt. Es kam aber auch diesmal zu keiner Verhandlung. Die Sitzung wurde kurz vorher abgesetzt, weil die Innungsvertreter mitteilen ließen, daß sie ohne ihren Vertrauensmann, den Stadtverordneten Raab, der angeblich noch nicht von einer Reise zurück sei, nicht verhandeln könnten. Gleichzeitig — vielleicht in der Voraussetzung dessen, daß den Baukempnern nun doch der Geduldsfaden reizen könne — vertrat der Obermeister Berger die Arbeitnehmer auf eine Verhandlung unbestimmten Datums, sonderbarerweise aber mit dem Bemerkten, daß sich der Metallarbeiter-Verband des Tarifbruchs schuldig mache, wenn er noch vorher etwas gegen die Innung unternommen würde. Es hat sonach den Anschein, daß es der Innung lediglich auf eine absichtliche Verjaegerung der Angelegenheit bis zur Wendigung der günstigen Konjunktur ankommt, denn nicht allein, daß sich mehrere Innungsgrößen schon seit geraumer Zeit um die Innehaltung des Tarifs unter nichtigen Einwänden herumgedrückt haben, hat auch der Obermeister an alle Innungsmitglieder die Weisung ergehen lassen, die Jahrszeitentschädigung nach der neuen Tariffassung nicht zu bezahlen. Inzwischen ist vom Vorsitzenden des Einigungsamtes eine neue Ladung an den

Metallarbeiter-Verband ergangen zu einer Verhandlung, die am Montag den 9. Mai stattfinden soll. Da die Baukempner aber nicht wissen können, ob die Herren von der Innung nicht wieder durch Abwesenheit glänzen oder neue Verschleppungsstratagemen anwenden werden, so hielten sie es endlich an der Zeit, in dieser Sache ernstere Maßnahmen zu ergreifen. Durch den Versammlungsbeschluß vom Freitagabend sind die Unternehmer jetzt vor das Entwerfen — Oder gestellt.

Der Streik der Bürstenarbeiter. Wie schon in einer der letzten „Vorwärts“-Nummern berichtet wurde, sind in der Bürstenfabrik von Schädler, Barthsauerstraße, Lohnunterschieden ausgebrochen. Der Streik des nun schon 14 Tage dauernden Streiks ist wenig verändert. Leider haben sich neben dem Heimarbeiter Gustav Koch aus Anklam noch zwei weitere Arbeitswillige gefunden, nämlich Wilhelm Koch aus Neu-Ruppin und Moritz Marcoliner aus Posen. Unterhandlungen mit dem Arbeitgeber blieben erfolglos, und hat derselbe jede Einigung kurzweg abgelehnt.

Achtung, Bildhauer! Wir verweisen sämtliche Kollegen, die im Osten oder Nordosten sowie in den betreffenden Vororten Berlins beschäftigt sind, auf das Inserat in der heutigen und morgigen Nummer. Desgleichen ersuchen wir Tischler und Drechsler, die in denselben Betrieben mit unsern Kollegen arbeiten, diese auf die morgen stattfindende Versammlung aufmerksam zu machen und für einen guten Besuch derselben zu agitieren.

Die Agitationskommission der Bildhauer-Verl. B.

Deutsches Reich.

Eine neue Bauarbeiter-Ausperrung.

Aus Halle meldet uns eine Privatdepesche: * Halle, 7. Mai. In Weizenfeld wurden 450 Maurer und Bauarbeiter infolge des Zimmererstreiks gesperrt.

Die Einigungsversuche des Vorsitzenden des Gewerbegerichts in Königsberg hat der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe nun zum drittenmal abgelehnt. Der Kampf im Baugewerbe geht nun weiter; er wird nur noch erbitterter geführt. 100 Italiener arbeiten bereits und zwei Trupps von 60 und 26 Mann sollen noch kommen. Mit diesen Kräften sollen dann die notwendigsten Arbeiten ausgeführt werden. Es soll die Organisation der Maurer getrimmelt werden. Diese stehen dagegen wie ein Mann geschlossen den Arbeitgebern gegenüber. Mit was für Progen sie zu thun haben, zeigt die Antwort, die diese dem Einigungsamt am Dienstag zu teil werden ließen. Dieselbe lautet: „Der Arbeitgeber-Verband lehnt es ab, mit dem Gesellen vor dem Einigungsamt in Verhandlungen zu treten und verbleibt bei seinem den Gesellen bereits vor Monaten mitgeteilten Beschluß bestehen.“ Bezeichnend ist es, daß dieser Beschluß selbst dem Leib- und Wagenblatt der Königsberger Bauämter, der „Darftungszeitung“, über die Hufschmied ging. Sie schrieb, daß sie den Beschluß, „ohne Partei zu ergreifen“, bebauere und wünsche, man möchte ihn nochmals einer Prüfung unterziehen, damit die Differenzen friedlich gelöst werden. Die Maurer haben trotz dieses Beschlusses am Mittwoch beschlossen, jederzeit, wenn die Arbeitgeber bereit seien, in Verhandlungen einzutreten. Man sieht, also deutlich, von welcher Seite die Machtprobe ausgeht. Die Italiener haben sich gekümmert, sie möchten lieber abfahren, der Verband der Maurer soll aber das Reisegeld dazu geben. Dieser giebt dazu aber nicht einen Pfennig. Mögen sie nur die Unternehmer, die sie nach Königsberg geschleppt haben, auffordern, das Reisegeld zu geben. Die Maurer fürchten die Konkurrenz der Italiener nicht, denn diese sind lange nicht so leistungsfähig wie die Königsberger Maurer. Die Bauhilfsarbeiter, deren Lage nicht so günstig ist, haben aber trotzdem am Mittwoch beschlossen, weiter im Kampfe anzuharren.

Die Maler in Danzig sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Am Dienstag haben sie einen neuen Lohn- und Arbeitsvertrag aufgestellt, der demnach den Arbeitgebern unterbreitet werden soll. Die wesentlichen Forderungen sind folgende: 1. Die Arbeitszeit in den Sommermonaten, das heißt bis zum 30. September beträgt 10 Stunden; vom 1. April 1905 bis 31. März 1907 9 1/2 Stunden. Die Frühstückspause währt 1/2 Stunde und die Mittagspause 1 1/2 Stunden. Im Winter wird die Arbeitszeit nach Vereinbarung geregelt. Kürzer als sieben Stunden darf sie jedoch nicht sein. Am Sonnabend in den sechs Sommermonaten soll eine Stunde früher Feierabend ohne Lohnzahlung sein. Der Minimallohn soll bis zum 1. März 1905 40 Pf. pro Stunde, von da ab bis zum 31. März 1907 45 Pf. betragen. Je nach der Leistung soll aber mehr gezahlt werden. Der letzte Streik der Maler in Danzig war im Jahre 1900. Er endete siegreich für die Arbeiter.

Holland.

Das Ausperrungsfever fängt auch in Desterich an zu grassieren. Ein Telegramm meldet aus Wien:

Wien, 7. Mai. Die hiesigen Bau- und Stelmehneister werden heute nachmittags 5 Uhr alle Bauarbeiten ohne Unterschied einstellen und sämtliche Bauarbeiter und Tagelöhner entlassen. Die Arbeit soll erst wieder aufgenommen werden, wenn die Gesellen erklären, die Bedingungen der Genossenschaft der Arbeiter zu akzeptieren. Von der Ausperrung werden 4—5000 Arbeiter betroffen.

Die Ausperrung der dänischen Buchbinder besteht unverändert weiter und es scheint auch vorläufig keinerlei Aussicht zur Beilegung des Konflikts vorhanden zu sein. Die Arbeitgeber suchen durch zahlreiche Zeitungsannoncen allerlei Arbeitskräfte heranzuziehen. Sie verlangen Buchbinderinnen, die der Gewerkschaft nicht angehören, weibliche Lehrlinge und junge Mädchen zu ausgezeichneten Bedingungen, ferner Lehrlinge und intelligente junge Leute von ca. 20 Jahren, die sich für eine dreijährige Lehrzeit verpflichten sollen. — Seitens des dänischen Buchbinder-Verbandes wird vor Zuzug gewarnt.

Bei der Reise in Kopenhagen beschäftigten die ausgesperrten Buchbinder eine kleine im Verkehr befindliche Buchbinderei auf einem mit Pferden bespannten Wagen im Festzuge vorzuführen; der Plan wurde aber von der Polizei aus Verkehrshindernissen nicht genehmigt. Da bei anderen Gelegenheiten selbst in verkehrreichen Straßen solchen Bespannungen keine Hindernisse bereitet wurden, ist das Verhalten der Behörde in diesem Falle sonderbar.

Der Tischlerstreik auf der Helsingörs Schiffswerft, der un- verändert fort dauert, hat die Arbeitgeber der Eisenindustrie veranlaßt, mit einer allgemeinen Ausperrung zu drohen. Am Donnerstag teilte die dänische Arbeitgebervereinigung dem Verband der Gewerkschaften mit, daß, falls die Tischler die Arbeit nicht bis zum 20. Mai wieder aufgenommen hätten, sämtliche Arbeiter der Helsingörs Schiffswerft ausgesperrt würden; führte das nicht zum Ziel, so sollten am 5. Juni die Arbeiter der Schiffswerften Burmeister u. Wain, „Köbenhavn Rindesol“ und „Balkan“ in Maribo, sowie sämtlicher Eisenfabrikanten Dänemarks ausgesperrt werden; und wenn auch das nicht helfe, solle die Ausperrung auf die Arbeiter der kleinen Schlosser- und Schmiedewerkstätten Kopenhagens und Umgebung ausgedehnt werden. Es sind ungefähr 10 000 Arbeiter, die die Unternehmer somit wegen des 30 Mann umfassenden Streiks in Helsingörs auf die Strake werfen wollen. — Die Arbeitgebervereinigung hat sich jedoch bereit erklärt, mit dem Ausschuss des Verbandes der Gewerkschaften zu verhandeln. Man kann also annehmen, daß die Unternehmer sich die Sache noch einmal überlegen werden. — Uebrigens sucht jetzt die Helsingörs Schiffswerft Arbeitswillige auf Umwegen heranzuziehen; so mittels der schwedischen Firma Persson u. Paulson in Helsingörs, die durch Zeitungsannoncen mitteilt, daß „einige tüchtige Tischler, am liebsten solche, die an Schiffsbauarbeit gewöhnt sind, dauernd Arbeit zu einem Stundenlohn von 37 Cere, doch Accorarbeit bis zu 50 Proz., erhalten können.“ — Thatsächlich ist der Lohn nicht 37 sondern 38 Cere und 1 Cere Erhof dafür, daß der Tischler selbst für Werkzeug sorgt.

Schuhmacherstreik in Schweden. In Jönköping und in Landskrona befinden sich die Schuhmacher im Streik. In beiden Städten handelt es sich um Einführung eines neuen Lohnarfs.

Dr. Hirschfeld verurteilt!

Die schon erwähnte Anklage wegen Verleumdung und Verbreitung eines unächtigen Schrifts, die sich gegen den praktischen Arzt Dr. M. Hirschfeld in Charlottenburg richtete, wurde gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Als Sachverständige waren Geh. Sanitätsrat Dr. Hüster, Medizinalrat Dr. Leppmann und praktischer Arzt Dr. Merzbach geladen. Es handelt sich um eine von dem Angeklagten im Auftrage des „Wissenschaftlich-humanitären Komitees“ veranstaltete Enquete über die Verbreitung der Homosexualität und die zur Verbeistehung des statistischen Materials versandten Anfragen. Durch letztere haben sich sechs Studenten der Technischen Hochschule beleidigt gefühlt und den Strafantrag gestellt, der von zweien wieder zurückgenommen worden ist. Dem Vernehmen nach haben die Sachverständigen übereinstimmend befunden, daß es sich hier um ein absolut rein wissenschaftliches Unternehmen handle und der durch die Enquete eingeschlagene Weg der einzig mögliche sei, um zum Resultat zu gelangen. Die vernommenen Assistenten der Technischen Hochschule sagten unter anderm aus, daß die Studentenschaft im allgemeinen von der wissenschaftlichen Bedeutung der Umfrage informiert war. — Staatsanwalt Hellwig, der die Anklage zu vertreten hatte, verkannte nicht den sittlichen Ernst, der bei dem Angeklagten zweifellos vorliege, glaubte aber doch, daß es sich um Verbreitung einer unsittlichen Schrift und Verleumdung handle und beantragte 500 M. Geldstrafe. — Justizrat Bronke und Rechtsanwalt Chodziesner beantragten dagegen die Freisprechung. Ersterer erklärte, daß er es anfanglich für unglaublich gehalten habe, daß eine Anklage erhoben werden könne und daß er es mindestens für selbstverständlich erachtet habe, daß die Anklage wieder zurückgenommen werden müßte, denn es handle sich doch hier nimmermehr um ein unsittliches Werk, sondern um eine aus tiefem Herzen unternommene und mit sittlicher Strenge durchgeführte Arbeit. — Rechtsanwalt Chodziesner wies namentlich noch darauf hin, daß von 3000 Personen, an die die Anfrage gerichtet worden, sich mühsam zehn gefunden haben, die Anstoß daran genommen und daß diese Zahl auch noch auf vier zusammengeschrumpft sei. — Der Angeklagte selbst hob noch hervor, daß die von ihm und dem Komitee betriebene Arbeit eine hochernste und überaus wichtige sei. Erst zu Beginn dieser Woche habe sich ein ihm bekannter Student der Technischen Hochschule vergiftet, weil er homosexuell veranlagt war. In seiner ärztlichen Behandlung befände sich augenblicklich ein Student derselben Hochschule, der sich wegen Homosexualität durch die Brust geschossen habe. Er habe diese Umfrage im wissenschaftlichen Interesse ausführen müssen, um die Menschheit von einem Mafel zu befreien, an den sie einst mit tiefer Befahrung zurückdenken werde.

Nach langer Beratung verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Oppermann I das Urteil des Gerichts dahin: Dem Gerichtshof ist nicht zweifelhaft, daß die Grundlage, aus der heraus das Rundschreiben erlassen worden, eine rein streng wissenschaftliche ist, sowohl vom juristischen wie vom medizinischen Standpunkte aus und der Angeklagte im Interesse der Wissenschaft thätig gewesen ist. Es kann daher auch nicht, wie der Angeklagte meint, aus dem Urteil eine Anerkennung oder aber eine Verurteilung seiner Thätigkeit geschlossen werden. Das Gericht hat lediglich vom juristischen Standpunkte aus zu prüfen, ob der Inhalt des Rundschreibens objektiv ehrenkränkend ist, es hat daher das objektive und subjektive Moment auseinander halten müssen. Die Qualität einer Schrift als einer unächtigen ist von Fall zu Fall zu beurteilen, und hier in diesem Falle hat das Gericht geglaubt, unter den obwaltenden Umständen den Begriff der unächtigen Schrift als ausgeschlossen erachten zu sollen. In Theorie und Praxis ist es unbestritten, daß Publikationen, die einem wissenschaftlichen Zweck dienen, als unächtige Schriften nicht anzusehen sind. Wo sollte auch die Wissenschaft bleiben, wenn sie zum Beispiel sexuelle Verhältnisse nicht zum Gegenstande ihrer Erörterung machen dürfte? Dann wäre es für sie ausgeschlossen, zu lehren und sich zum Nutzen der Menschheit fortzubilden. Da hier ein wissenschaftlicher Zweck verfolgt wurde, kann schon objektiv von der Anwendung des § 184 nicht die Rede sein.

Was den § 185 betrifft, so ist nach Ansicht des Gerichts der Inhalt des Rundschreibens objektiv ehrenkränkend, denn der Angeklagte mutet Leuten, die er nicht kennt und von deren sittlicher Anschauung er nichts weiß, zu ihre geschlechtlichen Reigungen kund zu thun und eventuell zu bekennen, daß sie etwas thun, was nicht nur Sünde und Anstand verbietet, sondern was auch zur Zeit noch strafbar ist. Es fragt sich nun weiter: Kann dieser objektive ehrenkränkende Charakter dadurch beseitigt werden, daß wissenschaftliche Zwecke damit verbunden sind? Dies hat der Gerichtshof verneint, denn die Wissenschaft hat auch die Verpflichtung, vor dem Gesetz Halt zu machen! Mit diesem Satz würden nicht der Wissenschaft die Quellen unterbunden oder ein Attentat auf sie und die freie Forschung verübt. Es würde gewiß vielleicht wünschenswert sein, daß die medizinische Wissenschaft am lebenden Körper ihre Studien machen könnte, aber das Gesetz verbietet den Mord und den Eingriff in die körperliche Integrität eines andern und soweit das Gesetz entgegensteht, dürfen Wege auch im Interesse der Wissenschaft nicht beschritten werden. Objektiv liegt also ein ehrenkränkender Charakter vor und subjektiv muß sich der Angeklagte dessen auch bewußt gewesen sein. Er hat sich an einen beliebigen Kreis junger Männer gewendet, von denen er nicht wußte, wie sie hinsichtlich des allgemeinen Sittlichkeitsgefühls denken. Er mußte sich fragen, daß diese Fragen auch in die Hände von Leuten gelangen können, die daran Anstoß nehmen. Den § 193 hat der Gerichtshof dem Angeklagten nicht zugebilligt, da dieser Paragraph hier überhaupt nicht in Anwendung kommen kann. Der Angeklagte hat gesagt, daß er im wissenschaftlichen Interesse dieses Rundschreiben erlassen habe, die Wissenschaft kann aber nicht als das angeführt werden, welches für ihn berechtigende Interessen auslösen kann. Das Gesetz stellt eine derartige wissenschaftliche Betätigung nicht höher als das Recht auf Achtung vor der Person. Das ist auch berechtigt, denn sonst würde man zu unhaltbaren Konsequenzen kommen. Mutatis mutandis würden sonst solche Anfragen auch an Rädikelpensionäre erlaubt sein, oder jemand würde berechtigt sein, einen ihm Unbekannten auf der Straße anzusprechen und einer derartigen Frage in drastischer Form an ihn zu richten. Ein solcher Rechtszustand wäre nicht zu halten. Aus dem § 300 des Straf-Gesetzbuchs ist auch deutlich zu erkennen, daß der Gesetzgeber der Wissenschaft gegenüber dem Recht auf Achtung vor der Person Schranken zieht und letzteres höher stellt, als das rein wissenschaftliche Interesse. — Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte aus edlen und anerkenntenswerten Motiven gehandelt hat und nirgends niedrige Gesichtspunkte sich gezeigt haben, mit Rücksicht andererseits darauf, daß durch derartige Mittel, selbst wenn sie in den Dienst der Wissenschaft gestellt werden, jungen Leuten doch leicht sittlicher Schaden zugefügt werden kann, hat der Gerichtshof den Angeklagten zu 200 M. Geldstrafe eventuell 20 Tagen Gefängnis verurteilt.

Nach dieser Begründung erhält man auch für den seiner Zeit gegen Galilei geführten Inquisitionsprozeß einiges Verständnis.

Gerichts-Zeitung.

Am den vor fünf Jahren erfolgten Tod eines Soldaten hat sich ein Strafverfahren geschlossen, das gestern den Schußmachermeister Hermann Köhl aus Rixdorf unter der Anklage der versuchten Mordtötung und Verleumdung vor die zweite Strafkammer des Landgerichts II führte. Der Sohn des Angeklagten hatte in Bromberg beim 129. Infanterie-Regiment gedient und ist dort am 14. Juni 1899 infolge eines Unglücksfalls gestorben. Aus Anlaß dieses traurigen Vorfalls hat Herr Köhl vier Jahre später einen Brief an den Regimentskommandeur gerichtet, der schwere Verleumdungen enthielt und den Kommandeur zu einem Strafantrag veranlaßte. Nach längerer Verhandlung wurde gestern auf Antrag des Verteidigers

Rechtsanwalt Dr. Siebnecht beschloffen, die Verhandlung zu verlagern und den Angeklagten auf seinen Seelzustand untersuchen zu lassen.

Ueber den Ausgang des Prozesses gegen den „weißlichen“ Dippold wird aus Greifswald berichtet: Die Geschworenen sprachen die Angeklagte Arbeiterwitwe K. u. f., schuldig, die kleine Hedwig Wedderkerat mißhandelt zu haben, daß der Tod des Kindes verursacht wurde, worauf der Gerichtshof die Angeklagte zu sieben Jahren zwei Monaten Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilte. Zwei Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Verfammlungen.

Das Gewerkschaftskartell für Berlin und Umgegend hat seinen Jahresbericht für 1903 herausgegeben, dem wir nachstehende Einzelheiten entnehmen: Dem Kartell gehören 25 Gewerkschaften an, die am Schluß des Berichtsjahres zusammen 11 645 Mitglieder hatten (im Vorjahre 9568). Die stärkste Mitgliederzahl haben die Maurer, nämlich 3000 (gegen 2635 im Vorjahre), dann folgen die Zimmerer mit 1630 (1515), die Möbelpolierer mit 1300 (930), Metallarbeiter 880 (895), Musikinstrumenten-Arbeiter 683 (451), Bauarbeiter 600 (600), Portefeuller 463 (494), Kürschner 423 (127), Hausdiener 414 (280), Tischler 356 (325), Töpfer 283 (163), Riffenmacher 255 (253), Maler 200 (250), Kofner 120 (80), Marktballen-Arbeiter 138, Weigler 117 (100). Die Mitgliederzahlen der übrigen 9 Gewerkschaften bewegen sich zwischen 40 und 90.

Die 25 Gewerkschaften hatten am Jahreschluß einen Vermögensbestand von 158 088 M. Davon entfallen auf die Maurer 74 583,06 M., Zimmerer 35 000,74 M., Möbelpolierer 23 148,20 M., Musikinstrumenten-Arbeiter 4520,71 M., Metallarbeiter 3570,14 M., Töpfer 3521,85 M., Kürschner 3471,93 M., Bauarbeiter 1775 M., Pfeifenleger 1308,19 M., Riffenmacher 1443,48 M., Tischler 1318,68 M., die übrigen Gewerkschaften haben geringere Vermögensbestände.

Streiks wurden von 10 Gewerkschaften geführt, und zwar 7 Abwehr- und 3 Angriffsstreiks, außerdem sind 7 Sperren und Ausperrungen verzeichnet. Soweit die Resultate der Streiks angegeben sind, endeten 6 mit Erfolg und 2 verliefen erfolglos.

18 Gewerkschaften gaben für Streiks und Sperren im eignen Verufe die Summe von 38 040,91 M. aus, darunter die Zimmerer 8119,45 M., die Metallarbeiter 8081,70 M., die Maurer 6355,50 M., die Töpfer 2213 M., die Zinkgießer 2048 M., die Musikinstrumenten-Arbeiter 2111 M., die Möbelpolierer 1721 M., die Kürschner 1691 M., die Bauarbeiter 1608 M., die Tischler 1060 M., die Pfeifenleger 1077 M. usw.

Für Streiks in andern Verufen brachten 20 Gewerkschaften 13 710,40 M. auf, davon kommen auf die Maurer 6118,20 M., die Zimmerer 1750 M., die Kofner 1801 M., die Möbelpolierer 1125 M. usw.

Die Kassenabrechnung des Kartells zeigt eine Einnahme von 4816,55 M., eine Ausgabe von 3816,72 M. und einen Bestand von 999,83 M.

Der Ausschuß berichtet über seine Thätigkeit unter anderm: In dem Berichtsjahre schlossen sich die Kürschner- und Pinfelmacher, sowie die Marktballenarbeiter dem Kartell an, während die Holz- und Bretterträger austraten und der Lokalverein der Bäcker einging. Der nachgefragte Anschluß der lokalorganisierten Barbiergehilfen wurde abgelehnt, weil seine Satzungen der Auffassung aller übrigen im Kartell vertretenen Gewerkschaften nicht entsprechen.

Die Gewerkschaften, welche kein eignes Bureau haben, erhalten an zwei Wochentagsabenden im Bureau des Ausschusses Auskunft in Bezug auf die Arbeiterversicherung. Derartige Auskünfte wurden in 24 Fällen erteilt.

Am Freitag fand eine Delegiertenversammlung des Kartells statt, in der Hirschfeld als Obmann des Ausschusses den Jahresbericht erstattete. Er fügte dem gedruckten Bericht einige Erläuterungen hinzu und bemerkte, daß das vergangene Jahr unter dem Einfluß der vom Parteivorstand eingeleiteten resultatlos verlaufenen Einigungsverhandlungen gestanden habe. Nach diesem Verlauf der Verhandlungen, und da von der andern Seite der Uebertritt in die Verbände verlangt wurde, würde es wohl nicht wieder zu solchen Verhandlungen kommen. Bei der Erwähnung der besprochenen Zwifligkeiten anlässlich der Gewerbegeheim-Wahlen meinte der Redner, wenn bei den vorstehenden Wahlen die andre Seite die Rechte der im Kartell vertretenen Gewerkschaften nicht anerkennen, dann würden diese eigne Kandidaten aufstellen und deren Wahl betreiben. — Nachdem dieser den Rechnungsbericht erstattet hatte, folgte eine Diskussion, die sich auf Einzelheiten des Berichtes erstreckte. Dann wurde der Ausschuß entlastet und ferner beschloffen, ein Darlehen des gewerkschaftlichen Frauenvereins zu streichen und eine Summe, die von den Sammlungen für den Crimmitschauer Streik noch in Händen des Ausschusses ist, nach Crimmitschau zu senden. In den Ausschuß wurden gewählt: Wehl, Hirschfeld, Pieker, Schröder, Ulfem. Zu Revisoren bestimmte man: Huber, Benz, Kluge.

Eine öffentliche Kürschnerversammlung, von der zentralen und lokalen Kürschnerorganisation gemeinsam einberufen, tagte am Mittwoch im Alten Schützenhaus und befaßte sich mit dem Arbeitsvertrag und der Arbeitsordnung der Firma Herpich Söhne, Leipzigerstraße. Die Firma hat bereits im vorigen Jahre bei der Reumünstendevotion der Kürschner mit ihren Arbeitern einen besonderen Arbeitsvertrag abgeschlossen, und dieser ist nun am 1. April erneuert worden. Um eine öffentliche Aussprache über diesen Vertrag herbeizuführen, waren sowohl die Firma, und zwar durch Einzahlungsleiter, als auch ihre Arbeiter und Arbeiterinnen eingeladen worden. Beide Teile hatten es jedoch vorgezogen, nicht zur Versammlung zu erscheinen, und offenbar nicht ohne Grund, denn der Vertrag ist derartig, daß weder die Arbeiter, die ihn unterschrieben, noch die Firma stolz darauf sein können. Da außerdem einzelne seiner Bestimmungen gegen die Gewerbeordnung verstoßen, ist es nicht verwunderlich, daß die Firma den Vertrag nur vorlesen läßt, ihn im übrigen aber streng geheim zu halten sucht und keinem Arbeiter gestattet, ihn genau durchzulesen, geschweige denn abzuschreiben. Dennoch ist einiges davon über den engen Kreis der Eingeweihten hinaus bekannt geworden. Der Vertrag enthält unter anderm die Bestimmung, daß den Arbeitern die Teilnahme an Lohnbewegungen und Streiks verboten ist, also gewissermaßen eine Aufhebung des § 152 der Gewerbeordnung. Außerdem hat die Firma ihre Arbeiter mit einer Gratifikation von wöchentlich 2 M., ihre Arbeiterinnen mit einer solchen von 1 M. beglückt, dabei aber zugleich die Bestimmung getroffen, daß einschließlich dieser Gratifikation den Arbeitern jede Woche 4 M., den Arbeiterinnen 2 M. vom Lohn einbehalten werden und dieses Geld dann erst am 23. Dezember, allerdings mit 4 Proz. Zinsen, ausbezahlt wird. Wer vor der Zeit entlassen wird, kann jedoch unter Umständen dieses Geld einbüßen. Da der § 119 a der Gewerbeordnung bestimmt, daß die Gesamtsumme der in dieser Form zulässigen Lohnabzüge die Höhe eines Wochenlohnes nicht übersteigen darf, so steht jene Bestimmung, selbst abgesehen von der zweifelhaften „Gratifikation“, mit dem Gesetz im Widerspruch. Auch von ihrer Arbeitsordnung oder „Geschäftsordnung“ wünscht die Firma, daß sie streng geheim gehalten werde, und auch in diesem Punkt ist ihre Scheu vor der Öffentlichkeit nicht ganz unbegründet. Die Geschäftsordnung, wovon dem Bureau der Versammlung ein Exemplar vorlag, erregt sich sogar über das Geschäft hinaus und gebietet den Arbeitern, auch auf der Straße den größten Anstand zu wahren. In der Werkstube aber ist jedes laute Sprechen, Rufen und jegliche Privatunterhaltung strengstens verboten. Zuwiderhandlungen und Uebertretungen gegen die Geschäftsordnung, so besagt ein anderer Paragraph, „geben uns nach zweimaliger Verwarnung das Recht zu sofortiger Entlassung.“ Von derartigen einseitigen Rechtsauffassung, die dem Unternehmer alle möglichen Rechte einräumt, dem Arbeiter aber nur Verbote und Pflichten auferlegt, zeugen noch mehrere andre Bestimmungen dieser Geschäftsordnung. Im übrigen soll auch die Behandlung, die den Arbeitern bei Herpich Söhne zu

teil wird, viel zu wünschen übrig lassen. — Nachdem Regg die Verhältnisse scharf kritisiert und sich mehrere Diskussionredner im selben Sinne geäußert hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Dadurch, daß zur heutigen Versammlung weder die Firma Herpich Söhne noch deren Arbeiter und Arbeiterinnen erschienen sind, ist der Beweis erbracht, daß die Firma sich scheut, ihren Vertrag der Öffentlichkeit zu unterbreiten, resp. ihn zu rechtfertigen. Die Versammelten erklären es unter ihrer Würde, bei Herpich Söhne in Arbeit zu treten solange die Sperre besteht. Ferner erklärt die Versammlung, daß die dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen, soweit sie der Organisation angehören, ausgeschlossen werden und keiner der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma in Zukunft in die Organisation aufgenommen wird.“

Die Versammlung befaßte sich außerdem mit den Differenzen bei der Firma G. Wolf und beschloß, daß in dieser Sache nochmals eine Unterjugung stattfinden soll, bevor weitere Maßnahmen getroffen werden.

Rixdorf. Am 19. v. Mis. hielt der Socialdemokratische Wahlverein Rixdorf seine Generalversammlung in den Victoriafäßen ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Genossen Bischof und Karl Keller. Darauf hielt Genosse Dr. Südekum einen Vortrag über: „Die Ziele unserer Kommunalpolitik“. Der Vortrag wurde mit regem Interesse verfolgt und am Schluß mit lebhaftem Beifall belohnt. In der darauf folgenden Diskussion gab Genosse Dr. Silberstein eine Erklärung der Gründe, welche die socialdemokratische Fraktion im Gegenjahre zu den Berliner Genossen veranlaßte, für die Erhöhung der Umsatzsteuer zu stimmen. Vor allem erhobte er damit dem Grund- und Bodennacher, welcher besonders in Rixdorf in großer Höhe steht, Einhalt zu thun, und sei vor allem nicht die Möglichkeit vorhanden, diese Steuer ohne weiteres auf die Masse der Einwohner abzuwälzen. Ein besonders schwieriges Arbeiten in Rixdorfer Stadtparlament verurtheilt der Umstand, daß wir am Ort nicht mit politischen Gegnern, sondern nur mit einer Grundbesitzerpartei zu kämpfen haben, welche alles, was nicht ihren Interessen entspricht, einfach niederstimmt, ohne sich lange auf Erwidierungen einzulassen. Sei doch die Versicherungspflicht der Heimarbeiter mit der Motivierung abgelehnt worden, daß durch die Versicherungspflicht sich einzelne Zwischenmeister veranlaßt fühlen könnten, nach andern Vororten überzusiedeln, wodurch den Rixdorfer Hausbesitzern schließlich hier und da ein paar Wohnungen leer bleiben könnten. Auch der Geist des Rixdorfer Magistrats charakterisierte sich aus der auf die Frage der Regierung über die Stellung zu einem Reichs-Wohnungsgefeß erteilten Antwort, daß er ein solches Gesetz nicht brauche. Leider müsse er jedoch auch betonen, daß auf der Dresdener Städte-Ausschließung statistisch nachgewiesen worden, daß Rixdorf die stärkste Wahlbeteiligung aufzuweisen habe. Das sei bedauerlich für die Rixdorfer Arbeiterschaft und auf unreine Stadtverordneten wolle es niederzuschlagen, daß sie sich eventuell lassen lassen müssen, daß sie gar nicht die Mehrheit der Einwohner vertreten. Er wünsche, daß bei den bevorstehenden Ersatzwahlen die Arbeiter mehr als bisher ihrer Wahlpflicht genügen. Daß die Mandate gewonnen werden, sei ja zweifellos; aber dies müsse mit einer überwältigenden Majorität geschehen. Genosse Kluge bemängelte, daß bei dem projektierten Schulhausbau auf dem Gelände zwischen Fontane- und Weisestraße wiederum von der Errichtung einer Turnhalle Abstand genommen worden ist. Gegen eine solche mangelhafte Einrichtung der Schulgebäude müsse energisch protestiert werden. Den Arbeitern müsse zum mindesten in dieser Beziehung daselbst geboten werden, wie den Kindern derjenigen, welche in der Lage sind, das Schulgeld für den Gymnasialunterricht aufzubringen. Stadiv. Conrad hob noch die Umstände hervor, welche das Arbeiten in armen Gemeinden wie Rixdorf besonders erschweren und erachtete die Uebernahme der Schullasten auf das Reich für notwendig. — Hierauf erfolgte der Geschäftsbericht des Vorstandes, welchen Genosse Jäger erstattete. Danach haben seitgefallen im letzten Quartal 11 Vorstandssitzungen, 1 Generalversammlung, 2 Mitgliederversammlungen, wovon 1 der polizeilichen Auflösung verfiel, und 2 Volksversammlungen. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des vorigen Quartals 3015. Neu aufgenommen wurden 298, getreten wurden 54, so daß der Mitgliederbestand 3257 beträgt. Den Kassenbericht erstattete Siebr. Die Einnahmen betragen inf. 357,00 M. für Bonn 4674,41 M. Die Ausgaben am Ort betragen 1191,69 M., an den Centralvorstand wurden 3235,28 M. abgeliefert, so daß ein Kassenbestand von 247,44 M. am Orte verbleibt. Aus dem Bericht des Bibliothekars ging hervor, daß im letzten Quartal 752 Bände ausgeliehen wurden. Die Bibliothek, welche im letzten Quartal bedeutend vergrößert wurde, besteht zur Zeit aus 570 Bänden. 2 Mitglieder, Lorenz und Benz, wurden ausgeschrieben und 2 Aufnahmen beantragt; somit ist die Mitgliederzahl auf 3520 gestiegen, da 20 Abmeldungen zu erfolgen haben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Leipzig, 7. Mai. (W. S.) Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ melden: Durch eine an den Vorstand der Leipziger Orts-Krankenkasse gerichtete Verordnung der Kreisbauhauptmannschaft wird das Distriktsarzt-System, welches der Kassenvorstand eingeführt hatte, wieder aufgehoben und die freie Arztwahl proklamiert. Der Arztkonflikt ist damit zu Gunsten der Ärzte beigelegt. Die wesentlichen Punkte der neuen Vereinbarung sind außer der freien Arztwahl folgende: Die Verträge der Ärzte werden mit den ärztlichen Bezirksvereinen abgeschlossen. Das Distriktsarzt-System wird aufgehoben. Zur Schlichtung von Streitigkeiten wird eine Einigung durch ein Schiedsgericht geschaffen. Solange die Familienbehandlung abgeschafft bleibt, beträgt das Honorar pro Kopf des eingeschriebenen Mitgliedes 5 M.

Wien, 7. Mai. (W. S.) Die infolge von Lohnstreiks zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer für heute abend beabsichtigte Aussperrung der Bauarbeiter ist durch Intervention des Obergewerbe-Inspektors verhütet worden. Es wurde beschloffen, eine Kommission einzusetzen, welche die Lohnstreiksentscheidungen soll.

Budapest, 7. Mai. (W. S.) Gegen den 83jährigen Grafen Repomul Jich wurde heute ein Kaufmordverfug verfaßt. Der Graf lag auf einer Bank auf der unteren Margareten-Insel, als ein elegant gekleideter junger Mann einen Schlag gegen ihn abfeuerte, der jedoch verfehlt. Darauf schlug der Angreifer mit dem Lauf des Revolvers das Gesicht des Grafen blutig und raubte ihm die Brieftasche. Der Zustand des Grafen ist bedenklich. Nach dem Thäter, der entkommen ist, wird gefahndet.

Rom, 7. Mai. (W. S.) Sofort nachdem heute die Deputiertenkammer die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des früheren Ministers Rasi gegeben hatte, wurde in Rasis Wohnung eine Hausdurchsuchung vorgenommen. In einem hinterlassenen von heute datierten Brief an den Präsidenten der Deputiertenkammer wiederholt Rasi die Versicherung, daß er nur das Opfer seiner politischen Gegner sei.

London, 7. Mai. (W. S.) Nach Meldungen aus Tokio hatten die Japaner in der Nähe von Homelang ein blutiges Gefecht mit einer tausend Mann starken russischen Abteilung. Von den letzteren ergaben sich nach schweren Verlusten und Vernichtung der Geschütze 400 Mann.

Petersburg, 7. Mai. (W. S.) Dem russischen Gesandten in Peking gelang es, mit der chinesischen Regierung einen Sondervertrag abzuschließen, in welchem Rußland China besondere Vorteile zusichert, wenn bis zum Ende des Krieges strikte Neutralität eingehalten wird.

Minsk, 7. Mai. (W. S.) Durch einen Brand wurde der größte Teil des Städtchens Gorodische im Bezirk Nowogrudok zerstört.

Reichstag.

86. Sitzung. Sonnabend, den 7. Mai 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Fehr. v. Stengel. Zunächst werden einige Rechnungssachen debattelos erledigt.

Bei dem Bericht der Rechnungscommission über die allgemeine Rechnung des Etats von 1899 findet

Abg. Dr. Sattler (natl.): die Praxis der Kommission zu lag. So hat sie sich in dem Specialfall einer Staatsüberschreitung nicht an den Reichstangler, sondern an den Direktor der Kolonialabteilung um Auskunft gewandt. Dadurch wird die Stellung des Reichsschatzsekretärs noch mehr herabgedrückt, während sie gestärkt werden müßte mit dem Entzweigen der Schaffung eines Reichsfinanzministers.

Abg. Gröber (C.) wünscht, daß die Nationalliberalen, die immer auf den Einheitsstaat hinarbeiten, einen formalisierten Antrag auf Aenderung der Reichsverfassung vorlegen möchten, wenn ihnen die Stellung des Reichsschatzsekretärs nicht genüge.

Abg. Schiderl (L.) erklärt, daß die Rechnungscommission bloß nach der bisherigen Praxis verfahren sei. (Weiterleit.)

Abg. Dr. Sattler (natl.): Ich habe nicht eine Verfassungsänderung in die Erörterung werfen wollen, sondern nur betont, daß die Stellung des Staatssekretärs geklärt werden muß.

Abg. Singer (Soz.): Ich begreife gar nicht, weshalb sich Herr Sattler vor Herrn Gröber sozusagen entschuldigt. (Widerspruch des Abg. Sattler.) Das hat er doch gar nicht nötig. Es ist doch hoffentlich noch nicht verboten, hier im Reichstage centralistische Anschauungen zu vertreten. (Weiterleit.) Der gegenwärtige Zustand wird immer unhaltbarer. Es ist die höchste Zeit, daß den eigentümlichen Anschauungen und Gewohnheiten der Kolonialverwaltung in Staatsangelegenheiten ein Ende gemacht wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Erörterung. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Aenderungen im Finanzwesen des Reiches (Neue Finanzreform).

Durch § 1 wird die clausula Franckenstein (Ueberweisung des den Betrag von 180 Millionen Mark übersteigenden Ertrages der Zölle, der Tabaksteuer und der Stempelabgaben an die Einzelstaaten) infolgedessen eingeschränkt, als künftig nur noch die Erträge der Stempelabgaben, der Raichshottischsteuer und der Branntweinmaterialsteuer den Einzelstaaten überwiesen werden sollen.

Reichsschatzsekretär Fehr. v. Stengel:

Der § 1 des vorliegenden Gesetzes verfolgt das Ziel, durch Einschränkung der weit über ihren ursprünglichen Zweck hinausgewachsenen Ueberweisungen auf ein vernünftiges Maß einmal die Verantwortung und Verantwortung des Reichshaushalts zu beseitigen und ihn durchsichtiger und klarer zu gestalten. Sodann verfolgt der Paragraph das Ziel, dem Reiche in Ansehung der wichtigsten Einnahmequellen wiederum die Bewegungsfreiheit für die etatsrechtliche Veranschlagung zu gewähren. Bezüglich der Zölle ist dies im gegenwärtigen Augenblicke um so wichtiger, als wir vor der Einführung des neuen Zolltarifs stehen, dessen finanzielle Wirkungen sich nur schätzen lassen. Sodann verfolgt § 1 das weitere Ziel, die Haushaltsführung der Einzelstaaten von einem Risiko zu entlasten, das ihnen entgegen der ausdrücklichen Ansicht der Reichsverfassung eine halbwegs-verlässliche Staatsaufstellung kaum mehr ermöglicht. Und weiter wird die Verminderung der Reichsschuld erstrebt. Die Absicht, das Budgetrecht des Reichstags anzutasten, hat der Regierung vollkommen ferngelegen.

Bei dieser Sachlage war es nicht leicht, gerade das Centrum für diese Vorlage zu gewinnen, speziell für die Befreiung der Franckensteinschen Klausel. In Ansehung der Zölle habe ich von Anfang an nichts anderes erwartet. Ueberraschender war mir die Stellung der freisinnigen Fraktion und der Socialdemokratie. Diese Stellungnahme hatte ich offen gestanden nicht erwartet. Mann für Mann sind diese Fraktionen seiner Zeit, als es sich um die Einführung der Franckensteinschen Klausel handelte, gegen diesen Plan zu Felde gezogen. Mann für Mann haben sie in namentlicher Abstimmung dagegen gestimmt, und heute, wo es sich darum handelt, die Franckensteinsche Klausel nicht einmal ganz aufzuheben, sondern nur einigermaßen einzuschränken, erleben wir das Schauspiel, daß sie eintreten für die volle Aufrechterhaltung der clausula Franckenstein. Sie verteidigen den § 8 des Zolltarifs von 1879 sozusagen, wie die Löwin ihre Jungen. Die einzige psychologische Erklärung liegt für mich in dem Umstande, daß die Wirkungen der Franckensteinschen Klausel sich seit ihrer Einführung allmählich in ihr Gegenteil verkehrt haben. Nur auf diesem Wege kommt man zu einer mit der Logik zu vereinbarenden Erklärung. Die Kommission hat nun in Bezug auf die Zölle der Vorlage ihre Zustimmung erteilt.

Im übrigen hat sie infolge auf die Einschränkung der Franckensteinschen Klausel nicht soweit gehen zu dürfen geglaubt, als es von der Regierung in Aussicht genommen war. Sie hat insbesondere beschlossen, die Stempelabgaben als Ueberweisungssteuer beizubehalten und den Ueberweisungssteuern den Ertrag der Raichshottischsteuer hinzuzufügen. Den letzteren Vorschlag halte ich für unbedenklich. Denn diese Steuer steht in innerem Zusammenhange mit der Branntweinsteuer. Bedenklicher ist die Aufrechterhaltung der Stempelabgaben als Ueberweisungssteuer, weil diese Steuer bisweilen recht erheblichen Schwankungen unterliegt. Die Sache liegt jetzt so: Wenn die Konjunktur günstig ist und die Stempelsteuer einen Mehrertrag gegenüber den Patrimonialbeiträgen abwirft, dann wird dieser Mehrertrag von der Reichskasse zurückgehalten und, was ja ganz zweckmäßig sein mag, zur Verminderung der Zuschußanleihe verwendet. Trifft eine ungünstige Konjunktur ein und bleiben die Stempelabgaben erheblich zurück hinter den Patrimonialbeiträgen, dann ist das Risiko ihrerseits von den Einzelstaaten zu übernehmen. — Jedenfalls bedeutet § 1 auch in der Fassung, wie er aus der Kommission hervorgegangen ist, einen recht wesentlichen Fortschritt. Und wenn die Regierung zu den Aenderungen der Vorlage erst nach Beendigung der zweiten Lesung Stellung nehmen kann, so glaube ich doch schon heute erklären zu können, daß die veränderten Regierungen kaum an den Aenderungen, die die Kommission im § 1 vorgekommen hat, die Vorlage scheitern lassen werden.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Der Herr Staatssekretär hat seine Verwunderung darüber geäußert, daß wir für die Franckensteinsche Klausel eintreten, obwohl wir seiner Zeit Mann für Mann dagegen gestimmt haben. Dieses Citat war nicht besonders loyal. Der Herr Staatssekretär weiß sehr wohl, wie die Sache 1879 stand. Die Franckensteinsche Klausel war damals die Brücke, um dem Zolltarif eine Mehrheit zu verschaffen. Wer den neuen schätzungslosen Tarif nicht wollte, mußte sich hüten, an diesem Brückenschlag sich zu beteiligen. (Sehr richtig! links.) Das war der Grund, weshalb wir damals gegen die Franckensteinsche Klausel stimmten. Der Schatzsekretär meinte, wir hätten für diese Klausel gekämpft wie die Löwin um ihre Jungen. So africanisch ging es in der Kommission nicht zu. (Sehr gut! links und Weiterleit.) Die Sache war vielmehr

recht nüchtern. Der einzige fast tragische Moment war vorhanden, als der Herr Staatssekretär mit bewegter Stimme erklärte, daß die Frage, ob die Zölle ausbleiben oder nicht, über Sein oder Nichtsein seines Ministeriums entschiede. Er stellte die Kabinetsfrage, er sagte, wenn das Centrum, insbesondere seine bayrischen Landesleute ihm nicht zustimmten, dann könne er überhaupt sein Amt nicht weiterführen. Nach diesen bewegten Klagen wurde mit 14 gegen 13 Stimmen der Antrag angenommen, die Zölle aus den Ueberweisungssteuern herauszunehmen. Im übrigen kann ich erklären, daß meine Freunde dem § 1 nicht zustimmen können, weil er den Hauptbestandteil der bisherigen Ueberweisungssteuern, die Zolleinnahmen, den ursprünglichen Mittelpunkt der lex Franckenstein, dem Reiche überweist. Das ist gegenwärtig um so weniger angezeigt, als niemand den Ertrag der demnächstigen Zolleinnahmen zu schätzen im Stande ist, weil der neue Zolltarif und seine Wirkungen noch unbekannt sind. Man kann auch nicht sagen, daß die Mehreinnahmen jedenfalls in Anspruch genommen werden würden durch die Mehrausgaben, die für die nächsten Jahre für Marine, Militär, Kolonialwende usw. in Frage kommen. Einmal kann doch auch die natürliche Steigerung der Einnahmequellen des Reiches in ihrem Ertrage Dedungsmittel gewähren, sodann aber ist es überhaupt falsch, für Einnahmen zu sorgen zur Dedung unbekannter Mehrausgaben der Zukunft. (Dravo! links.)

Die Verhandlung über das Gesetz und über die voraussetzliche Gestaltung der Reichsfinanzen in den nächsten 5 Jahren sind ja in der Kommission sehr weitläufig gewesen, haben aber nur bewiesen, daß sich die Finanzlage für die nächsten 5 Jahre mit einiger Sicherheit überhaupt nicht übersehen läßt. Bei dieser Lage scheint mir der gegenwärtige Moment der ungeeignetheit, in unserem Verhältnis zu den Einzelstaaten so grundlegende Aenderungen herbeizuführen, wie sie § 1 enthält. Wir werden deshalb gegen ihn stimmen. (Dravo! links.)

Abg. Frhr. v. Nitzsch (L.): Gegen die jetzige Vorlage werden hauptsächlich zwei Einwendungen erhoben: zunächst die, daß das Einnahme-Bewilligungsrecht dem Reichstage geschmälert werde. Das Einnahme-Bewilligungsrecht hat in allen konstitutionellen Bewegungen eine große Rolle gespielt. Aber in dem größten Teil von Deutschland ist es nicht anerkannt und wir sind auch nicht geneigt, es grundsätzlich einzuführen. In der Reichsverfassung bewirkt die Patrimonialbeiträge im Effect dasselbe. Da dieses Recht dem Volke einmal gegeben ist, denken wir auch nicht daran, es ihm zu nehmen; auch von seiner Verminderung kann nicht die Rede sein. Denn wenn man sehr hoch rechnet, daß die Neu-Einnahme auf Grund des Zolltarifs 100 Millionen erreichte, ist in der Kommission gezeigt worden, daß 50 Millionen zur Dedung des Fehlbetrages, weitere 50 für notwendige, demnach für beschließende Ausgaben gebraucht werden. Es wird also durch die Vorlage nicht das mindeste geändert; noch vielmehr bleibt nach den Kommissionsbeschlüssen alles beim alten. Das budgetäre Recht des Reichstags wird nicht im mindesten geschmälert.

Nun wird immer behauptet, nur durch die Erhöhung erhöhter Patrimonialbeiträge könnte auf die Bundesstaaten ein Druck ausgeübt werden, für Sparmaßregeln im Reiche zu sorgen. (Sehr richtig! links.) Wäre das wahr, könnte es nur die Forderung hervorbringen, daß die Stellung des Reichsschatzsekretärs geändert werden müßte, etwa nach den Anregungen des Abg. Sattler. Aber diese Frage kann im Laufe dieser Debatte weder erörtert noch gefördert werden.

In erster Linie wären wir am liebsten weiter gegangen wie die Regierungsvorlage, in zweiter traten wir für unveränderte Annahme ihres § 1 ein; in dritter Linie werden ich und meine Freunde auch dem Kommissionsantrag zustimmen. (Dravo! rechts.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Nach den ausführlichen Darlegungen, die mein Parteifreund Vebel bei der ersten Lesung dieser Vorlage im Dezember gemacht hat, hätte ich mich auf die Darlegungen einiger mehr finanztechnischer Bedenken beschränken können, wenn nicht der Staatssekretär uns zu einer politischen Auseinandersetzung provoziert hätte. Der Abg. Richter hat dem Staatssekretär schon ganz richtig entgegnet, daß dieser die Genesis der clausula Franckenstein verschwiegen habe. Der Staatssekretär hat gesagt, die veränderte Stellung der Linken ließe sich nur daraus erklären, daß ihre Wirkungen sich seit ihrer Einführung immer mehr ins Gegenteil verkehrt haben. In gewissen Beziehungen hat der Schatzsekretär damit ganz recht. Bei ihrer Einführung befürchteten wir eine Stärkung des Partikularismus. Heute ist diese Gefahr gleich Null. Heute erblicken wir in der clausula Franckenstein ein Sicherungsmittel gegen die immer weitere Ausbreitung des persönlichen Regiments mit allen seinen Gefahren. Aus diesem Grunde stehen wir den Kommissionsbeschlüssen genau so gegenüber wie der Vorlage. Wie mein Fraktionsführer Vebel schon früher ausführte, würde der Reichstag nur noch einen Schatten seines Einnahme-Bewilligungsrechtes haben, wenn durch Aufhebung der Patrimonialbeiträge die Einzelstaaten unabhängig vom Reiche würden. Diese Stellung behalten wir bei — auch wenn der Schatzsekretär erklärt hat, daß, wenn die Mehrheit diese Stellung einnähme, er sein Amt niederlegen würde. Ich freue mich ja, daß ein Minister in Deutschland so viel konstitutionelles Gefühl hat, daß er sein Amt aufgeben will, wenn er von der Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaft im Stiche gelassen wird. Das ist ein erfreuliches Zeichen in einem Ministerium Bölow, das in der Finanzvorlage unzählige Schläge erlitten hat, die es nur mit der Rückseite pariert, aber gar nicht mehr auf dem Schauplatz der Niederlagen erscheint. Wir erkennen das Bedürfnis nach einer Reichsfinanzreform durchaus an, haben sie sogar in unserem Programm gefordert, aber in dem Regierungsentwurf und in den Kommissionsbeschlüssen erblicken wir keine Finanzreform, die diesen Namen verdient. Denn daß durch die Vorlage keine Balanzierung in Ausgaben und Einnahmen erreicht wird, hat der Schatzsekretär und soeben Herr von Nitzschhofen zugegeben. Herr v. Nitzschhofen deutete an, daß diese Beschlüsse der Schrittmacher zu etwas andrem sein sollten; was dieses andre ist, sagte er nicht. Wir wissen, daß das eine neue Belastung der Massen in dem Augenblicke sein wird, wo wir das Risiko der Patrimonialbeiträge aufgeben. Darum können wir unter keinen Umständen zugeben, daß die Zölle aus den Ueberweisungssteuern herausgenommen werden und die damit eng zusammenhängende Gestaltung der Patrimonialbeiträge aufgehoben wird. Diese Aenderung hat auch in der Kommission der Staatssekretär hauptsächlich mit der Rücksicht auf Klarheit und Durchsichtigkeit des Etats begründet. Was, glaubt man wohl, gewinnt das Budget an Ueberblicklichkeit, wenn immer noch ziemlich erhebliche Beträge zwischen Reich und Einzelstaaten hin- und hergeschoben werden! Zudem verbleibt bei den Ueberweisungen eine Steuer, deren Reformbedürftigkeit Sie selbst jüngst in einer Resolution anerkannt haben. Ueberhaupt wird die Schwierigkeit der Finanzgebarung im Haus und in der Presse absichtlich aufgebauscht. Diese kalkulatorische Arbeit des Hin- und Herschiebens von 600 bis 700 Millionen macht in der That nicht die mindesten Schwierigkeiten. Man will nur mit diesen angeblichen Schwierigkeiten die Notwendigkeit einer Finanzreform, wie sie hier gemacht wird, betreiben. Gerade jetzt nimmt man die Zölle aus den Ueberweisungssteuern heraus, wo wir über ihre Gestaltung noch gar nicht im Klaren sein können. Wir haben es ja stets bedauert, daß die Finanzen des Reiches auf so unsicherer Grundlage ruhen, wie es die Zölle sind. Wir sind gern bereit, eine wirkliche Reform mitzumachen. Wenden Sie materiell, wir werden Sie dabei nicht im Stiche lassen und dem Staatssekretär soll unser Unterstützung nicht fehlen.

Die Frage, die 1879 ganz Deutschland erregt hat, wird jetzt nur ganz beiläufig gestreift. Man tröstet sich damit, daß am konstitutionellen Recht des Reichstages nichts geändert werde, weil noch Ueberweisungssteuern bestehen bleiben. Dagegen ist zu bedenken, daß das Einnahme-Bewilligungsrecht kein formales, sondern ein materielles Recht ist und um so höher steht, je höhere Beträge bewilligt werden können. Wir sind um so weniger bereit, das wirksame Einnahme-Bewilligungsrecht, das wir haben, aufzugeben, als die Möglichkeit eines künftigen Konfliktes zwischen Reichstag und Regierung besteht. Sie gehen von der Annahme aus, daß die Zusammenfassung des Reichstags in absehbarer Zeit dieselbe bleiben wird. Wir können diese Anschauung nicht teilen, sondern hoffen, daß sich die Zusammenfassung sehr wesentlich ändern wird, und dann ist die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von Konflikten vorauszu sehen. Wir können das konstitutionelle Recht des Reichstags um so weniger preisgeben in den jetzigen Zeiten des persönlichen Regiments, die uns sehr kritisch machen müssen. In den letzten Tagen sind Ausdrücke konstatirt worden, die zeigen, daß wir sehr vorsichtig sein müssen; wenn man die Frage der Diätenbewilligung der Vertagung des Reichstages an gewissen Stellen mit den Worten „Recht“ und „Pflicht“ in Verbindung bringt, da hat der Reichstag das Recht und die Pflicht, seine Stellung aufs schärfste zu wahren. Wir dürfen uns auch nicht darüber täuschen, daß wir in diese Finanzsalomitäten nicht hineingeraten sind durch das natürliche Anwachsen der Reichsausgaben, sondern nur durch die Folgen dieses persönlichen Regiments. Nehmen Sie von diesem Etat das weg, was sich unglücklich gestaltet hat durch kolonialpolitische und das China-Abenteuer, ziehen Sie die 500 bis 600 Millionen ab, die in dem letzten Jahre in solchen überreichen Abenteuern verpulvert worden sind, und Sie fänden nicht vor der Schwierigkeit, eine verfassungswidrige Zuschußanleihe zur Dedung des Deficits bewilligen zu müssen. Vergewaltigen Sie sich diese unsinnigen Ausgaben einerseits, die Gewährung von Liebesgaben an die Stipendiaten des Reichs andererseits, dann werden Sie einsehen, daß das nur geändert werden kann, wenn das Recht des Reichstags voll gewahrt bleibt und die Einzelstaaten die Verantwortlichkeit fühlen läßt, wenn sie am eignen Leibe spüren, wohin das führt. Deshalb lehnen wir den § 1 in der Form der Regierungsvorlage ab. Es ist unmöglich, mit kalkulatorischen Maßnahmen die Zustände der Reichsfinanzen zu bessern. (Lebhafte Verfall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Nitzsch (L.): Wir fahren mit Annahme dieser Vorlage nicht in den Hofen der Finanzreform ein. Im Gegenteil, sie erfüllt in wesentlichen Punkten dasjenige, was wir immer verfochten haben. Niquels Gedanke bestand darin, die ungedeckten Patrimonialbeiträge aufzugeben oder wesentlich zu beschränken. Es sollte ein großer Strich zwischen Reichs- und einzelstaatlichen Finanzen gemacht werden dergestalt, daß die Einzelstaaten stets gedeckt sein sollten vor den Anforderungen des Reiches. Diese Idee ist heute völlig verwunden; die ungedeckten Patrimonialbeiträge bleiben stehen; sie werden noch schärfer ausgedrückt, indem sie nicht nur als subsidiäre Mittel hingestellt werden. Es wird nie eine Zeit kommen, wo die Einzelstaaten die 200 Millionen, die wir künftighin überweisen werden, für sich behalten können. Sie werden sie ganz oder teilweise zurückgeben, und wenn wir die jetzigen 600 Millionen belassen, so geben sie auch diese zurück. Der einzige Unterschied ist, daß nicht 6, sondern 200 Millionen hin und her geschoben werden. Das scheint uns eine Vereinfachung, und wir stimmen deshalb den Kommissionsbeschlüssen zu. (Dravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Sattler (natl.): Wir werden den Beschlüssen der Kommission zustimmen, um überhaupt etwas zu erreichen.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Meine Freunde haben schon in der ersten Lesung dem Gesetzentwurf, in dem wir allerdings nur den ersten Schritt einer Finanzreform erblicken, zugestimmt.

Abg. Dr. Bohnke (fr. Sp.): Man hat von einem Verzicht auf parlamentarische Rechte gesprochen, der in der Vorlage enthalten sei. Das wäre zutreffend, wenn es sich um die Regierungsvorlage und nicht um die Kommissionsbeschlüsse handeln würde. Durch die Ablehnung des Kerns der Vorlage des Herrn v. Stengel, des § 3, ist diese Gefahr beseitigt. — Die Patrimonialbeiträge wollen wir nicht beseitigt wissen. Die Einzelstaaten sollen es an ihrer eignen Nase spüren, wenn im Reiche nicht sparsam gewirtschaftet wird. Ferner wäre eine Befreiung der Patrimonialbeiträge auch ein direkter Zwang zur Einführung neuer Steuern. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Wolff (Wirtsch. Sp.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu der Vorlage.

Damit schließt die Diskussion. § 1 wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und der freisinnigen Vereinigung angenommen.

§ 2 bestimmt in der Kommissionsfassung:

Art. 70 der Verfassung erhält folgende Fassung:

Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die aus den Zöllen und gemeinsamen Steuern und aus den Verwaltungszweigen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insofern die Ausgaben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen. Insofern diese Beiträge in den Ueberweisungen keine Dedung finden, sind sie den Bundesstaaten am Jahreschlusse in dem Maße zu erstatten, als die übrigen ordentlichen Einnahmen des Reiches dessen Bedarf übersteigen.

Etwaige Ueberschüsse aus den Vorjahren dienen zur Dedung gemeinschaftlicher außerordentlicher Ausgaben.

Fehr. v. Stengel: Der vorliegende Paragraph hat in der Kommission eine sehr wohlwollende Beurteilung gefunden. Er will die bisherigen Schwanungen im Ordinarium des Etats möglichst vermeiden und mit dem für jeden Finanzminister verberblichen Princip, dauernde Ausgaben auf zufällige Einnahmen zu stützen, ein für allemal brechen. Ferner macht er der irrationalen Verkopplung zweier Wirtschaftsjahre im Ordinarium des Reiches ein Ende. Die Aenderung, die die Kommission an dem Paragraphen vorgenommen hat, sind nicht von solcher Bedeutung, daß die Regierung erhebliche Bedenken dagegen haben könnte.

Abg. Richter (fr. Sp.): Wir haben gegen diesen Paragraphen noch schwerere Bedenken als gegen den § 1. Der letzte Absatz ist ja eine Verbesserung des bisherigen Zustandes, aber sein Wert wird aufgehoben durch den letzten Satz des ersten Absatzes: „Insofern die Patrimonialbeiträge in den Ueberweisungen keine Dedung finden, sind sie den Bundesstaaten am Jahreschlusse in dem Maße zu erstatten, als die übrigen ordentlichen Einnahmen des Reiches dessen Bedarf übersteigen.“ Dadurch wird gewissermaßen die erste Hypothek auf Ueberschüsse im Reiche der Einzelstaaten überwiesen. Erst wenn diese befriedigt sind, können etwaige weitere Ueberschüsse zur Tilgung der Reichsschuld verwendet werden. Wenn auch die Einzelstaaten solche Ueberschüsse zur Tilgung ihrer Schulden verwenden würden, so ist doch die Tilgung der Reichsschulden wichtiger, als die der Landes-schulden. Diese Bestimmung läßt sich paralyzieren dadurch, daß das Reich bemächtigt ist, keine Ueberschüsse zu erzielen, und wirkt so der Sparmaßregeln im Reiche entgegen. Die ganze Bestimmung ist auch einseitig partikularistisch. Wenn die Patrimonialbeiträge den Ueberweisungssteuern von vornherein gleich sind und die Ueberweisungssteuern geben Mehrerträge, während der Etat mit einem Deficit abschließt, dann werden diese Mehrerträge nicht dem Reiche zugeführt, sondern verbleiben den Einzelstaaten. Ich beantrage gefonderte Abstimmung über diesen Satz. Wird er angenommen, so können wir dem Paragraphen nicht zustimmen. (Dravo! links.)

Schahsekretär Freiherr v. Stengel: Auf die Einführung direkter Reichsteuern will ich nicht näher eingehen (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Warum nicht?), sondern die Verringerung des Artikels 70 der Reichsverfassung erörtern. Der Vordrucker scheint von Voraussetzungen auszugehen, die ich als richtig nicht erachten kann. Wenn er den jetzigen § 70 ansieht, wird er finden, daß darin der subsidiäre Charakter aller Matrilinearbeiträge scharf betont ist. Durch die jetzige Vorlage soll der subsidiäre Charakter nur auf die ungedeckten Matrilinearbeiträge beschränkt werden, nicht auch die gedeckten, die das Reich aus eigenen Mitteln aufzubringen hat. Diese sollen gleich den anderen Einnahmen des Reichs gelten, während die ungedeckten Matrilinearbeiträge, die die Bundesstaaten aus eigenem Haushalt beizusteuern haben, den subsidiären Charakter beibehalten sollen. In dieser Verringerung des Artikels 70 der Reichsverfassung liegt also nicht eine Donation der Einzelstaaten, sondern eine Einschränkung ihrer Rechte und wenn sie den Vorschlägen des Abg. Richter zustimmen und den letzten Satz streichen würden, so zweifle ich, ob die Vorlage für die veränderten Regierungen noch annehmbar ist. Sie wissen, daß 14 Stimmen im Bundesrat genügen, um ihre Ablehnung herbeizuführen.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Die Frage nach direkten Reichsteuern hat der Schahsekretär mit einer Handbewegung abgewiesen. In der Kommission hat er offenbar ausgesprochen, daß direkte Reichsteuern in absehbarer Zeit nicht eingeführt werden würden. Ich begreife nicht, warum er nicht mit Freunden die Gelegenheit ergriffen hat, diese Erklärung vor dem Volk zu wiederholen. Den subsidiären Charakter der Matrilinearbeiträge hat er schon in der Kommission betont, aber richtiger wird seine Anschauung dadurch nicht. Denn er übertreibt die Subsidiarität und stellt sie dadurch in falsches Licht, daß er nicht zugeben will, daß die Verfassung von der Annahme direkter Reichsteuern ausgeht. Wenn sie es auch nicht ausdrücklich sagt, so stellt sie es doch als Korrelat den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern gegenüber. Das geht aus dem Wortlaut des Artikel 70 deutlich hervor. Die Einführung direkter Reichsteuern wäre eine Finanzreform, die ihrem Urheber Ehre machen würde, aber nicht diese kalkulatorischen Versuche. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ursprünglich hatten die Matrilinearbeiträge überhaupt nicht den Sinn, gedeckt zu werden. Das hat erst die Prandis-Klausel hinzugefügt. Sie sollten eigentlich als Kontributionen vom Reich ausgeschrieben werden. Von einer Erfassung des Reichs war nicht die Rede. Jetzt soll der Bundesrat sie gewissermaßen nur als Vorbehalt verlangen können, wie Kredit von einem Bankier. Der soll ja jetzt bei der Reichsverwaltung auch bei der Logo-Anleihe eingeführt werden. Wir aber wollen im Reich dabei bleiben, daß die Aufstellung des Etats er-

lebigt ist, wenn Reichstag und Bundesrat ihn beschließen haben. Der Vorschlag über die Schuldentilgung ist ja doch nur eine Dekoration. Man weiß ja, daß dabei nichts herauskommt. Wir werden also dem letzten Satz des § 2 unsere Zustimmung unter keinen Umständen geben können. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Sattler (natl.): Gegen die getrennte Abstimmung haben wir nichts. Sachlich stehe ich aber auf ganz anderem Standpunkt wie die Vordrucker. Wir dürfen außerordentliche Ausgaben nicht einfach von den Bundesstaaten betreiben, zumal in der rohen Form der Matrilinearbeiträge, die jeder Bundesstaat nach der Kopfzahl der Bevölkerung aufbringen muß. Wir müssen also mindestens den Satz beifügen: „solange nicht die erforderlichen Mittel auf andre Weise beschafft werden“. Das verpflichtet noch zu nichts und beruhigt die Einzelstaaten.

Abg. Gröber (C.): Abgeordneter Sattler hat wohl übersehen, daß der Artikel 73 der Verfassung vor und nach dieser Finanzvorlage gestattet „zur Deckung außerordentlicher Bedürfnisse Anleihen zu Lasten des Reichs aufzunehmen“.

Abg. Südekum (Soz.): Wir haben niemals die Matrilinearbeiträge für eine ideale Art der Besteuerung gehalten, wir wünschten nur, daß Herr Sattler einen Teil seiner Entrüstung aufsparen möchte gegen die indirekten Steuern, die doch unzählige Mal ungerechter sind als die Matrilinearbeiträge. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Durch die Einkommensteuern in den Einzelstaaten werden doch die Reichen wenigstens ein klein wenig stärker herangezogen als die weniger Leistungsfähigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schröder (fr. Vg.): Auch wir sind keineswegs begeistert für die Matrilinearbeiträge. Wir würden gerne an ihrer Stelle eine direkte Reichs-Einkommensteuer einführen. So lange dies nicht geschieht, müssen wir aber an den Matrilinearbeiträgen im Interesse einer gesunden Finanzwirtschaft festhalten.

Damit schließt die Diskussion.

§ 2 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen in der Kommissionfassung angenommen.

§ 3 lautet in der Fassung der Vorlage:

Der Betrag der Matrilinearbeiträge soll in der Regel den Betrag der von ihnen in den fünf Vorjahren durchschnittlich empfangenen Ueberschüssen nicht übersteigen.

Die Kommission hat den Paragraphen gestrichen.

Frehr. v. Stengel: Ich halte mich verpflichtet, für diesen Paragraphen doch noch eine Lanze einzulegen. Die Kommission hat in dem Paragraphen einen Zwang zur Bewilligung neuer Steuern gesehen. Ebenso gut kann man darin einen Zwang zur Sparsamkeit sehen. Ob Sie nun den § 3 annehmen oder nicht, Sie kommen damit um die Bewilligung neuer Steuern nicht herum. Die Einzelstaaten können eine dauernde Ueber-

lastung mit Matrilinearbeiträgen nicht ertragen. Welche Stellung die Regierung zu der Streichung dieses Paragraphen einnehmen wird, vermag ich noch nicht zu sagen; ich behalte mir diese Stellungnahme für die dritte Lesung vor.

Nach einigen Bemerkungen der Abgg. Dr. Arendt (Rp.), Dr. Sattler (natl.) und v. Stauch (L.) wird der Paragraph einstimmig abgelehnt.

§ 4, der bestimmt, daß die Wirkung des Gesetzes vom 1. April 1904 eintritt, wird debattelos angenommen.

Die Kommission hat folgende Resolution beantragt: Der Reichskanzler möge dem Reichstag baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen die Reichs-Höchststeuer-Rückvergütung auf eine der tatsächlichen Ausbeute möglichst entsprechende Höhe herabgesetzt wird.

Abg. Holtz (Rp.) hält die Resolution für ganz überflüssig.

Abg. Müller-Zulda (C.) spricht sich für die Resolution aus.

Frehr. v. Stengel: Die Regierung wird, wenn der Reichstag einen derartigen Initiativantrag annimmt, die Frage einer sorgfältigen Prüfung unterziehen. Es kommen aber erhebliche wirtschaftliche Bedenken in Betracht, die erst einer sorgfältigen Klärung bedürfen.

Abg. v. Kardorff: Ich bitte den Reichstag, aus Anstandsgefühl die Resolution abzulehnen. (Bravo! rechts.)

Abg. Wurm (Soz.): Der Verlauf der Debatte kam uns nur mit Genugthuung erfüllen. Wir können konstatieren, daß das, was wir vor einem Jahrzehnt ausgesprochen haben, jetzt bestätigt ist, daß nämlich 3 bis 4 Mark zuviel auf jeden Liter denaturierten Spiritus vergütet werden. Jetzt kämpft Herr Holtz darum, daß den Herren diese Liebesgabe erhalten wird, deren Vorkosten sie früher stets bestritten haben. Nur 7 Proz. des Kartoffelbaues in Deutschland werden zu Brennereizwecken benutzt, also auf die Lage der notleidenden Agrarier hat diese Rückvergütung gar keinen Einfluß. Einen Vorteil von der Liebesgabe haben nur die großen Brenner, denn die Rückvergütung richtet sich nach der Größe des Betriebes. Es sind die Kerne der Armen, die Branntweintrinker, welche diese Steuer bezahlen müssen. Wir können nur wünschen, daß die Regierung sobald wie möglich einer solchen Liebesgabenpolitik ein Ende macht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Holtz (Rp.) bestreitet, daß nur die großen Brenner von der Rückvergütung Vorteil hätten. Die kleinen Brenner participieren infolge des Staffeltarifs mehr an der Rückvergütung als die großen. Daraus wird die Resolution gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Dritte Lesung der kleinen Finanzreform und des Etats.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Bilanz der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin am 31. Dezember 1903.

Aktiva.		M.	pf.	M.	pf.
1. Kasse				46	419 79
2. Bankguthaben				2 477	905 50
3. Bau- u. Grundverwerbs-Conto der Bahnanlage				28 047	930 34
4. Conto Kraftwerk				2 937	309 74
5. Conto Betriebsmittel				3 202	418 35
6. Vorrätige Betriebsmaterialien				133	079 31
7. Grundstücks- und Gebäude-Conto	4 394	173 80			
8. Wertpapiere (bei Behörden hinterlegte Kautionen)				52 000	— 4 342 115 89
9. Bureau-Inventar				34 806	16 152 176 40
10. Verschiedene Debitoren				17 403	08 17 403 08
				150	281 70
				41 509	940 70

Passiva.		M.	pf.	M.	pf.
1. Aktienkapital				30 000	000
2. Gesetzlicher Reservefonds				270	922 43
3. 4% Schuldverschreibungen (ausserdem M. 4 700 000, — noch nicht begebene Schuldverschreibungen)				7 800	000
4. Hypotheken auf erworbenen Grundstücken				935	300
5. Bahnanlage-Tilgungsfonds				138	700
6. Erneuerungsfonds				525	000
7. Fonds für aussergewöhnliche Ausgaben im Betriebe				100	000
8. Zinsen der Schuldverschreibungen für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1903 (fällig 1. April 1904)				78	000
9. Noch nicht erhobene Dividenden, Zinsen auf Schuldverschreibungen und Bauzinsen auf Aktien				8	910
10. Verschiedene Kreditoren				502	592 02
11. Reingewinn des Jahres 1903 zuzüglich Gewinnvortrag aus dem Jahre 1902	1 144	919 13			
				5 556	52 1 150 475 65
				41 509	940 70

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Debet.		M.	pf.	M.	pf.
1. Zinsen der Schuldverschreibungen				312	000
2. Rücklage für den Tilgungsfonds der Bahnanlage				72	000
3. Rücklage für den Erneuerungsfonds				425	000
4. Rücklage für aussergewöhnliche Ausgaben im Betriebe				100	000
5. Abschreibungen: auf Wohnhäuser	52	000			
6. Saldo, zur Verteilung verbleibender Ueberschuss	17	403 08			
				1 150	475 65
				9 128	938 73

Kredit.		M.	pf.	M.	pf.
1. Vortrag aus 1902				5	556 52
2. Betriebseinnahmen	3 818	077 55			
3. Verschiedene Einnahmen	2 002	525 86			
				1 815	551 69
				307	830 52
				9 128	938 73

Die auf 3/4 % festgesetzte Dividende gelangt mit M. 35, — für die Aktie gegen Einreichung des Dividendenscheines No. 7 zur Auszahlung bei der Deutschen Bank oder der Berliner Handelsgesellschaft oder der Mitteldutschen Kreditbank oder dem Bankhause Robert Warschauer & Co., Berlin. Berlin, den 7. Mai 1904. Der Vorstand.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.
Bestellungen n. Wag. tabell. Eins. Werkstatt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
Direkt am Alexanderplatz.

29
Gardinenhaus Bernhardt Schwarz Ballstr. 39 Finz-Ving.
Zahn-Klinik Olga Jacobson, Preise beliebige Teilzahlung. Invalidenstrasse 145.

Gewerkschaften! Vereine!
Empfehle meine Säle nebst 500 Personen fassendem Naturgarten mit Theaterbühne sowie zwei verdeckte Sommer-Regalbahnen zur Abhaltung von Sommerfesten, auch Sonntags. Hochachtung G. Goldgrube, Neue Königstr. 7.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! 40972*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Grand Prix höchster Preis der Ausstellung.
Paris 1900:
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Nähmethode.
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstrasse 92.

Anzüge nach Mass von 24-30 M.
Liefert unter Garantie für guten Sitz 4830L*
Aug. Löther
Restehandlung Prinzenstrasse 38 I, am Moritzplatz und Belle-Alliance-Str. 98 I.

Allen Radfahrern möchten wir anempfehlen, beim Kauf eines neuen Fahrrades zu beachten, daß das Rad mit einem ausgiebigen Patent-Freilager D. R. P. 100 596 ausgestattet ist. Im wesentlichen aus zwei zusammengefügten zylindrischen Hälften bestehend, die eine ungemein große Auflage besitzen, giebt dieses Lager dem Rad ungewöhnlich leichten Lauf, ist absolut staubfester und hält die Delung garantiert viele Jahre. Nur dieses nebenstehend abgebildete Lager liefern erstklassige Fabriken an ihren besseren Modellen. Allen Interessenten werden mit diesem Musterlager ausgerüstete Fahrräder bereitwilligst in den Borussia-Fahrradwerken, Richard Siebert, Berlin, Prinzenstr. 95, vorgeführt. 50732*

Fortuna lächelt noch!!!
Mariendorfer Hochbauterrain!
200 Baustellen von M. 3000.— an, praktisch geschnitten M. 3.— u. 4.— pro Quadratmeter netto Baugrund, zur Straße nichts mehr abzuhaken.
Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 3 Minuten vom Endpunkt der elektrischen Bahn Behrenstrasse-Mariendorf. Verkäufer, auch Sonntags, von 3-8 Uhr auf dem Terrain.
Eigentümer A. Lowrek, Berlin, Guertelstr. 52. 3475

Zahnersatz-Klinik, Wasserthorstr. 56 II (Ecke Prinzenstrasse).
Tägl. geöffnet 8-1, 3-7, Sonnt. 9-12 Uhr.
Zähne, Teilzahlung, Garantie, schmerzlose Gebisse werden sofort umgearbeitet nach eigener Methode, selbstgeb. 89/3*
Jede Reparatur wird am selben Tage abgeliefert. Klinik-Preise!
Max Zuckermanns Special-Haus
für Kinderwagen, Sportwagen, Betten und Metallbettstellen.
(für Kinder u. Erwachsene)
Nischenanwahl, bestes Fabrikat.
Billigste Preise.
Teilzahlung gestattet, bei größeren Raten Cassapelle.
Auf Wunsch kommt Vertreter ins Haus.
von 8, 10-75 Mr. 186 Brunnenstr. 186, I. Etage. v. 12, 18-100 Mr.

Ca. 33 1/3 % billiger
verkaufe bis Mittwoch, 11. Mai, wieder eine Partie **Stoffe**
zu Herren- und Knaben-Anzügen, Patetots und Hosen.
Techniederlage Weinbergsweg 11 a
A. Storbeck.
Sonntags geöffnet von 8-10 und 12-2 Uhr. 49992

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.
Montag, den 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstrasse 20:
Vortrag des Schriftstellers Herrn Gerhard Hauptmann über: „Verstandeskultur und Gemütsleben“. 55/11
Gäste willkommen. Der Vorstand.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter
Delegierten-Versammlung
Montag, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Graumann, Rauhstrasse 27.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag 2. Diskussion 3. Werkstattangelegenheiten.
Den Kollegen zur Mitteilung, daß die Bibliothek jetzt Donnerstags von 8 bis 10 1/2 Uhr geöffnet ist in der Rauhstr. 78 bei Herrn Franz Strüger. 141/11
Der Vorstand.

Achtung! Stukkateure! Achtung!
Die Kollegen der Firma **Oskar Thiele, Friedenau**, werden hiermit ersucht, zu einer Werkstattbesprechung am Montagabend 6 Uhr zu **Weihnacht**, Grünstr. 21, zu kommen. Daß Erscheinen aller dort Beschäftigten ist Ehrenpflicht. 173/9
Der Einberufer.

Arbeiter-Samariter-Kolonne.
Morgen, Montagabend 9 Uhr, beginnt ein neuer Kursus in der Fülle, Dammstr. 154. Der erste Vortrag lautet: **Ueber Anatomie** (Bau des menschlichen Körpers) mit Erklärungen an Bildern und Präparaten. Einschreibegeld sowie Monatsbeitrag 25 Pf. Gäste haben einmalig freien Zutritt. Bibliothek steht zur Verfügung. 261/4

Heute nachmittag: **Ausflug nach Friedrichsfelde.**
Spiele im Schlosspark.
Treffpunkt bei Babe, Prinzen-Allee Nr. 30. 26

Bekanntmachung
der
Orts-Frankenkasse für das Töpfergewerbe zu Berlin.
Laut Verfügung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg berechnen sich die Beiträge gemäß § 33 Absatz 4 des Kranken-Versicherungsgesetzes auf Antrag der Aufsichtsbehörde vom 23. Mai d. J. ab wie folgt:
0,81 M. wöchentlich für die I. Klasse
0,66 „ „ „ II. „
0,51 „ „ „ III. „
0,42 „ „ „ IV. „
0,33 „ „ „ V. „
Ferner wird das Krankengeld im Betrage der Hälfte des durchschnittlichen Tageslohns unter Berechnung dreier Karenztage für jeden Arbeitstag einschließlich der auf einen solchen fallenden Festtage gewährt. 11476
Der Vorstand.

Brot- und Kuchen-Bäckerei
Otto Schumann, Äderstr. 153.
Täglich dreimal frische Backware. Frühstüek sende frei ins Haus.

Arbeiter-Sängerbund
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 15. Mai, vorm. 11 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain:
Uebungs-Stunde.
Lieder: „Stolz und Mühs“, „Verdrießlich“, „Zuhilfenahme“, „Liedeslust“, „Vänktlich und wackelnd erscheinend“, „Bundeskarte legitimiert.“
Im Nebensaal vormittags präcise 10 Uhr:
Ausschuss-Sitzung.
Tages-Ordnung: 1. Aufnahme von Vereinen 2. Bundesangelegenheiten.
NB. Die Vereine werden ersucht, bis zur Ausschreibung ihre Uebungslokale bei G. Schönthal, Amienstr. 10, anzugeben, wegen Aufstellung eines neuen Vereinskalenders. 16/5
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Ost).

Dienstag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

in der Königshank, Grosse Frankfurterstr. 117.

Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes.

Der Vorstand, 243/5

Am Donnerstag, den 12. Mai 1904 (Stimmfahrt): Herrenpartie nach den Pichelsbergen und Schildhorn. Treffpunkt morgens 7 Uhr, in den Lokalen von Golz, Radaistr. 6 und Felsmann, Radaistr. 11. Abmarsch von Bahnhof Grunewald morgens 8 1/2 Uhr. Treffpunkt für Nachzügler in Pichelswerder beim „Alten Freund“.

Der Vorstand.

Achtung! VI. Wahlkreis!

Dienstag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei öffentliche Versammlungen

Für den 32. Kommunal-Wahlbezirk

im Saale des Herrn Hensel, Invalidenstrasse 1a.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Arthur Stadthagen über: „Das Gerichtsurteil gegen den Genossen Karl Feid und die Bedeutung der Neuwahl im 32. Kommunal-Wahlbezirk“. 2. Freie Diskussion. 247/5

Für den 40. Kommunal-Wahlbezirk

im Saale des Herrn Meyer, Boyenstrasse 12.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Heimann über: „Die Sünden des Freisins in der Stadtverwaltung“. 2. Freie Diskussion. Um zahlreichen Besuch bittet Das socialdemokratische Wahlkomitee.

Bildhauer des Osten Berlins!

Montag, den 9. Mai, abends 8 Uhr, bei Habrecht, Gr. Frankfurterstr. 30:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Kollegen Bethko über: Was können die Bildhauer des Ostens zur Verbesserung ihrer beruflichen Verhältnisse thun? 3. Verschiedenes. 20/18

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Cementbranche.

Montag, den 9. Mai 1904, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

General-Mitglieder-Versammlung

der Gruppen der Rabiipuffer, Rabiispänner, Cementierer und Gipsarbeiter.

Tages-Ordnung:

1. Das Ergebnis der letzten Bauten-Kontrolle. Referent: W. Fritsch.
2. Abrechnung vom I. Quartal 1904.
3. Bericht von der letzten Baukonferenz.
4. Ausgestaltung unseres Bureaus, eventuell Wahl eines zweiten Angestellten.

143/7

Die Wichtigkeit der Tages-Ordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder. Der Vorstand.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Militär-Sattler Berlins! Achtung!

Öffentliche Versammlung

Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:

1. Unsere neuen Tarif-Vorschläge, die Antworten der Herren Fabrikanten und unsere weitere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Seit langem sind wir bemüht, die in der That in jeder Beziehung elenden und unhaltbaren Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Militär-Effekten-Branche zu bessern. Die für den Staat bestimmten Militär-Ausrüstungsgegenstände werden zu Preisen angefertigt, die jeglicher Beschreibung spotten. Wir haben, um eine Besserung der Verhältnisse herbei zu führen, um einen einigermaßen menschenwürdigen Lohn erzielen zu können, den Herren Militär-Effekten-Fabrikanten einen durchaus bescheidenen Tarif unterbreitet. Es handelt sich in dieser Versammlung darum, die Antworten der Herren Fabrikanten auf unsere bescheidenen Wünsche entgegen zu nehmen, um danach unsere weitere Stellungnahme einzurichten. Kollegen! Es ist einfach Ehrenpflicht eines jeden Militär-Sattlers, in dieser Versammlung anwesend zu sein. 156/19 Die Branchen-Leitung.

Central-Franken- u. Sterbekasse der Tischler etc.

(E. G. Nr. 3, Hamburg.)

Montag, 9. Mai, abends 8 Uhr, in Reichs-Festhale, Friedrichstr. 36a:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Rapportbericht vom I. Quartal 1904.
2. Regelung der Beiträge für das nächste Verwaltungsjahr.
3. Verschiedene Angelegenheiten.

Die Sprechstunden des Bevollmächtigten und Kassierers fallen an diesem Abend aus. — Beiträge werden in der Versammlung vom Kassierer entgegengenommen.

Um recht zahlreichen u. pünktlichen Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung. 2575

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 8363.

Dienstag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Richter, Groß-Dichterfelde, Chausseestraße 104:

Bezirks-Versammlung

für Steglitz und Umgebung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Max Schütte über: „Der Krieg und seine Lehren“. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Achtung! Da bis heute der „Vorwärts“ einen Bericht unserer Generalversammlung nicht gebracht hat, bringen wir auf diesem Wege den Ausfall der Wahl unsern Kollegen zur Kenntnis.

Nachdem die Generalversammlung fast einstimmig die Aufstellung von zwei Beamten beschlossen hatte, wurden gewählt die Kollegen Wuschick und Wücke.

Die Ortsverwaltung. 115/5

Öffentl. Versammlung für sämtliche in Berlin arbeitende u. nach Berlin verzogene Wähler aus Frankfurt-Lebus

Montag, 9. Mai, abends 8 Uhr,

bei Stechert, „Andreas-Festsäle“, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung: 1. Die politische Lage und die Reichstagswahl in Frankfurt-Lebus am 13. Mai. Referent: Reichstags-Abgeordneter Eduard Bernstein.

2. Ansprache des Kandidaten Dr. Heinrich Braun. 3. Diskussion. 11825

Pflicht jedes Wählers aus Frankfurt-Lebus ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen! Ägtere und werbe jeder für massenhaften Besuch. Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bureau: SO., Engel-Ufer 15. — Fernsprecher: IV, 8578.

Montag, den 9. Mai 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlungen:

Westen und Süd-Westen: in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Arbeiterssekretärs G. Link über: „Das Unfallversicherungs-Gesetz und seine Verfassung für die Arbeiter“. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes. 83/15

Auch Nichtmitglieder und Frauen haben Zutritt. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Süden und Südosten: im Märktischen Hof, Admiralstr. 18c.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Lankow über: „Platonischen und urchristlichen Kommunismus“. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 83/15

Nichtmitglieder und Frauen haben als Gäste freien Zutritt. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Osten u. Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Frau Dr. Weyl über: „Die Frau in der Industrie“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. — Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Raabe, Kolbergerstr. 23.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Stripp über: „Ludwig Angenruber“, mit Recitation. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Bezirksleiters. 4. Verbands-Angelegenheiten.

Zahlreicher Besuch erwünscht, auch Nichtmitglieder sowie Frauen haben Zutritt. Die Adresse des Obmanns J. Peterson ist Kutoustr. 33, Port. 1, I.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:

bei Wernau, Schwedterstr. 23/21.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Afrika-Reisenden Herrn Carl Hoffmann über: „Meine 10-jährigen Reisen in Afrika“. Unter Führung von großen Lichtbildern. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Stock- und Celluloid-Arbeiter.

Montag, den 9. Mai 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Kommissions-Sitzung

bei Barcz, Bräudenstraße 7.

Verein deutscher Schuhmacher.

Bureau jetzt Wahnmannstr. 32A, Hof part.

Montag, 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Residenz-Sälen, Landsbergerstr. 31:

Versammlung

aller in mechanischen u. Filzschuhfabriken beschäft. Personen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Heimarbeiterschutz-Kongress.
2. Das Ueberstunden-unwesen.
3. Verschiedenes.

170/2 Die Ortsverwaltung.

Steinbildhauer!

Montag, den 9. d. M., abends 7 Uhr (gleich nach Feierabend),

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal V):

Öffentl. Steinbildhauer-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Lohnkommission.
2. Diskussion.

Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist unbedingt erforderlich. Der Einberufer. 20/19

Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Montag, den 9. Mai 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Eugen Brückner über: Gewerkschaftsbewegung einst und jetzt.
2. Diskussion.
3. Mitteilungen und Gesellschaftliches.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Kollegen erwünscht. Der Vorstand. 75/12

Schöneberg.

Socialdemokratischer Wahlverein.

Dienstag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Obliken Saale,

Reinigerstr. 8:

Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über: „Krankenkassen und Kerkzirkels“.
2. Vereinsangelegenheiten.

Gäste — auch Frauen — haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein. Der Vorstand. 15/14

Kleine Kapitalisten

machen glanzendes Geschäft, wenn sie baurische Baustellen nahe Bahnhof in westl. Vorortkolonien erwerben. Grosse Zukunft infolge umfangreicher, unmittl. bevorstehender, städtischer Anlage, welche mit regem Verkehr grossen Aufschwung gewährleistet. Offerten K. Luder, Bern, Kesselstr. 3. 2/17

150 Fuhren pa. Pfingstmaire

frunge Güter, bis 2 Meter hoch, sat billig abzugeben. 11588

Albrecht Ohm, Spandau, Beaufortstr. 10, Berlin.

Was ist Fuchssprung?

Aufklärung diese Woche!

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

?

Extra-
Preise

Warenhaus

A. Wertheim

Montag
Dienstag
Mittwoch

soweit der Vorrat reicht

Damenwäsche

Taghemden	Vorderschluss mit Spitze	1.45	Beinkleider	gerade Form mit Stückerel-Volant	1.30 u. 1.70
Taghemden	Achselabschluss mit Spitze	1.65	Beinkleider	runde Form	1.45, 1.65, 2.10
Taghemden	Achselabschluss mit Stückerel	1.55, 2.40	Beinkleider	runde Form mit Stückerel-Ein- und Ansatz	2.35
Taghemden	Achselabschluss mit Handlangetten	2.10	Nachthemden	Renforcé mit bunter Stückerel	3.45
Taghemden	mit Stückerel-Ein- und Ansatz	2.45	Nachthemden	Renforcé mit bunter Borte	3.40
Beinkleider	dazu passend	2.75	Nachthemden	Renforcé m. Umlegekrag- und Stückerel-Volant	3.85

Taghemden	mit Hohlsaum u. Durchbruch	2.25	Beinkleider	dazu passend	2.35 Mk.
Taghemden	mit Stückerel u. Durchbruch	2.40	Beinkleider	dazu passend	2.75 Mk.
Taghemden	mit handgestickten Madeira-Passen	2.50, 3 Mk.			

Nachtjacken	Renforcé mit Spitze	1.60	Barchent-Röcke	langetüirt	1.65
Nachtjacken	mit Umlegekrag u. Stückerel-Volant	1.90, 2.45	Barchent-Röcke	mit Stückerel	2.15, 2.70
Weisse Röcke	mit imitiert Val-Spitze	4, 6.75, 8.50	Renforcé-Röcke	mit Stückerel	2.20

Bettwäsche

Deckbettbezüge	Hemdentuch	3.25 Mk.	Deckbettbezüge	m. ausge- näht. Bogen	5.65 Mk.
Kissenbezüge	Hemdentuch	90 Pf.	Kissenbezüge	m. ausge- näht. Bogen	1.60 Mk.
Deckbettbezüge	Louisianatuch	3.85 Mk.	Überlaken	mit ausge- näht. Bogen für Steppdecken	4 Mk.
Kissenbezüge	Louisianatuch	1.15 Mk.	Damast-Garnitur	für 1 Deckbett und 2 Kissen	8.75
			Dowlas-Bettlaken		1.80, 2, 2.35

Damenhüte

Matrosenhut	mit Sammetband garniert	65 Pf.
Brettonneform	mit Sammetband ein- gefasst und garniert	1.45 Mk.
Matrosenhut	mit Wagnerkopf, dicker Rand und Sammetband	2 Mk.
Mädchenhut	mit doppeltem Kopf und mit mod. gemustert Band garn.	3.50 Mk.
Brettonneform	m. dickem Rand, Sammet- band und Agraffen	4 Mk.
Schottisch. Matrosenhut	mit Sammetband und Goldknöpfen	4 Mk.

Waschstoffe

Bulgarenstoffe	ca. 70 cm breit	Mtr. 30 Pf.
Gestreift Zephyr		Mtr. 35, 50 Pf.
Waschstoffe	weiss, durchbrochen	Mtr. 45, 60, 85 Pf.
Blusenstoffe	imitiert Leinen mit Seidenglanz gestreift und kariert	Mtr. 40 Pf.
Gestreift. u. kariert. Linons		Mtr. 60, 85 Pf.
Brokat u. Surah	bedruckt Baumwolle	Mtr. 45, 55 Pf.
Bedruckt Organdy		Mtr. 50, 65 Pf.
Merzerisierte Panamas		Mtr. 85 Pf., 1.05

Heitinger & Co
Oranien-Str. 40/41
Deutsche Compagnie

BERLIN S.O.

Aussergewöhnlich vorteilhaftes Angebot für Herren-Bekleidung.

Frühjahrs-Paletots.

(Courant II.)

Vornehmer Sommer-Paletot aus dunkelgrauem weichen Marengostoff od. solid gemustert, in entzückend fein gestreift. Dessins, prachtvoll gearbeitet, sämtl. Nähte zweimal gesteppt, einreihig, mit geraden oder schrägen Taschen

M. 17,00

(Courant I.)

Hocheleganter Sommer-Paletot aus reinwollenem, dunkelgrau meliertem Cheviot oder modern gemust., einreihig, mit geraden oder schrägen Taschen, vornehm in Verarbeitung u. Ausstattung, Mass ersetzend.

M. 25,00

Marke Aristokrat, Anzug oder Paletot aus prima Stoff, hoch- elegant ausgestattet, von Massschneidern verfertigt M. 30,-

Jackett-Anzüge.

(Favorit.)

Jackett-Anzug aus modernem schwarz-weiss gemustertem od. grau meliertem, haltbar, Cheviot, gediegene Zuthaten, zweimal gesteppt, geschlossenes Façon, mit geraden oder schrägen Taschen

M. 18,00

(Imperial.)

Jackett-Anzug aus elegant gestreiftem oder grau meliertem Kammgarn, vornehme Zuthaten, edel verarbeitet (Mass ersetzend), in modernen Façons, den vor- nehmiesten Ansprüchen genügend

M. 26,00

Starke Herren

(auch untersetzt) finden bei uns stets passende Kleidungsstücke vorrätig.

Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstande in Zahlen deutlich aufgedruckt.



Illustr. Preiscurant versenden wir gratis und franco!

Neueste Façons.

Beste Verarbeitung.

Kaufhaus

Theodor Büsing

An der Spandauer Brücke 2
Nabe Stadtbahnhof Börse und Hackeschem Markt

Herren- und Knaben-Bekleidung

vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.



Schuhwaren für Damen, Herren und Kinder in Riesen-Auswahl.

Bekannt Gut und Billig.

Telephon Amt III No. 46.

Halb- bare Stoffe.

Gute Zuthaten.

Deutsch-erster Roland-Fahrer auf Wunsch auf Teilzahlung. Anzahl 25-50 Mk. Abzahl. 8-15 Mk. monatl. Gegen Barzahlung 1/2. Fahräder v. 70 Mk. an. Man verlange umsonst Preisliste. Roland-Maschinen-Gesellschaft in Köln 148



Berlins grösstes Teppich-Specialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158.

(Erweitert b. Prinzessinnenstr.)

Höchste Leistungsfähigkeit

durch seine Riesen-Lager und den Riesen-Umsatz!

Zurückgesetzte Teppiche,

Prachtexemplare, M. 3,75, 6, 10, 20-100 etc. Gardinen, Portièren, Möbelstoffe, Steppdecken etc.

Pracht-Katalog mit etwa 600 Abbildungen

in künstlerischer Ausstattung auf gratis u. franco.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 7. Mai 1904.

Interessentenliste.

Entwässerungskommission. — Der Rhein-Weine-Kanal und die Bedenken der Agrarkonservativen. — Kanalbau und Leutenot. — Die konservativ...
Herrn Buddes Kampf gegen Windmühlen. — Eisenbahntarif-Politik. — Kompensationen für den Osten.

Der Vörsenbericht am Reichstage ist alsbald im Abgeordnetenhaus die Diskussion der Kanalvorlage gefolgt: ein hübsches Seitenstück zu der Komödie, die in der Entstehung ihres durch die Vörsen...
Die bei der Vörsenreform handelt es sich auch bei der Kanalvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus um nichts anderes, als um den Gegensatz rein materieller Interessen...
Zu der Bemerkung des letzten Wochenberichts, daß es sich bei der Vörsenreform im Grunde genommen um nichts anderes handelt als um einen bloßen internen Profit- und Machtstreit...

Die Transportkostenfrage ist in der That die Seele der Großindustrie, und diese Seele wird durch den Geseyentwurf wesentlich gestärkt werden. Die Stärkung erstreckt sich natürlich nur auf diejenigen Industrien, die an den zu errichtenden Wasserstraßen liegen oder die dort ihre Abnehmer haben. Es ist deshalb mit Sicherheit zu erwarten, daß diejenigen Industrien, die nicht diese günstige Lage haben, alsbald herantommen und sagen werden: wenn der in der Kanalvorlage proklamierte Grundsatz, daß der Industrie durch Verbilligung der Frachten geholfen werden müsse, richtig ist, dann ist auch recht und billig, daß dieser Grundsatz da, wo er durch die Anlage von Kanälen nicht verwirklicht werden kann, verwirklicht werden muß durch Eisenbahn-Tarifermäßigungen. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung wird sehr stark sein müssen, wenn sie dem Drängen auf Tarifermäßigung, das von allen Seiten an sie herantreten wird, widerstehen will. (Sehr richtig! rechts.) Durch die Verbilligung des Transports wird nun aber auch die Einfuhr ausländischen Getreides gefördert werden. Es ist deshalb im Interesse der inländischen Landwirtschaft mit aller Entschiedenheit zu verlangen, daß sie gegen das Eindringen ausländischen Getreides durch entsprechende Schutzmaßnahmen gesichert wird. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Es muß verlangt werden, daß endlich ernst damit gemacht wird, daß weder durch den Abschluß von der Landwirtschaft günstigen Handelsverträgen oder durch die Aufhebung ungünstiger Handelsverträge die Lage der Landwirtschaft gebessert wird. (Lebhafte Beifall rechts.)

Werden deshalb den Herren aus den Ostprovinzen die von ihnen gewünschten Kompensationen bewilligt, so werden sich nicht nur bald ihre Befürchtungen über die Tarifpolitik vermindern, sondern auch ihre zähe Vorbeuge um den Eisenbahntarif. Daß sie durch entsprechende materielle Entschädigungen sich von ihren patriotischen Bedenken befreien lassen möchten, haben sämtliche Redner der Rechten und des Zentrums bereits angekündigt. Meinte doch z. B. Herr am Rehnhoff: „Daher können die schlesischen Abgeordneten den Großschiffahrtsweg nur bewilligen, wenn Schlesiern ausreichende Kompensationen erhält. (Heiterkeit.) Schlesiern verlangt eine ausreichende Regulierung der Oder bis nach Fürstberg, so daß der niedrigste Wasserstand dort 1,4 Meter beträgt, oder wenn nicht das, so eine Ermäßigung der Eisenbahnfracht bis Berlin, so daß eine Frachtenparität für die schlesische Kohle gegenüber der englischen geschaffen wird. Und noch deutlicher wurde Herr Dr. Reiboldt von den Freikonservativen: „Man darf aber die Bedenken Schlesiens gegen den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin auch nicht außer acht lassen und wird dieser Provinz einen Ausgleich durch Tarifermäßigungen gewähren müssen. Wenn das geschieht, dann ist die beste Aussicht vorhanden, daß bezüglich dieses Kanals auch in unserer Fraktion eine Verständigung herbeigeführt werden wird. Der gute Wille, zu einer Verständigung zu gelangen, ist bei uns überhaupt vorhanden.“ Die Regierung zur Belehrung ist also da; es kommt nur auf den Preis an. Allzuwenig darf es nicht sein, was die Regierung bietet; denn keinen „Gründen“ sind die agrarischen Ueberzeugungen erfahrungsgemäß nicht zugänglich. Tat.

Genau denselben Charakter hat die Kanalvorlage im Abgeordnetenhaus. Auch hier handelt es sich um nichts anderes, als um den Interessententritt zweier verschiedener Wirtschaftskomplexe. Sollten die Agrarier ehrlich sein, müßten sie erklären: „Der Rhein-Weine-Kanal fördert die Interessen der westlichen Industrieviertel, und da diese wirtschaftliche Förderung auch bis zu einem gewissen Grade die politische Bedeutung jener Gegenden hebt, also die relative Bedeutung der östlichen landwirtschaftlichen Gebiete vermindert, so wollen wir von ihm nichts wissen. Wir sind nur für solche Kanäle, die unsere landwirtschaftlichen Absatz nach den konsumfähigen östlichen Städten erleichtern und doch nicht oder möglichst wenig das Eindringen der Großindustrie in unsere politischen Domänen erleichtern; denn erstens steigt durch den Arbeiterbedarf der Industrie die Nachfrage nach Arbeitern und damit das Arbeitslohniveau, zweitens aber ist die industrielle Arbeiterschaft den sozialdemokratischen Werbungen zugänglich, als die auf unsere Gütern ansässige Landwirtschaft bedauern.“

Es ist vor einiger Zeit viel bespöttelt worden, daß Graf Ranitz als eine der Kompensationen für den Bau des Rhein-Weine-Kanals die Wiedereinbringung der sogenannten Zuchtstauvorlage gefordert hat. Das Verlangen wurde von einem Teil der Presse als bloße Remonstration gegen die Kanalvorlage hingestellt; tatsächlich aber enthielt die Strategie von Podangern mit jener Forderung nur vorläufig eine Auffassung, die überall auf der Rechten zu finden ist und während der letztjährigen Kanalvorlage auch vom Grafen v. Limburg-Stürm um die selben Worten verhandelt wurde: „Ich komme zu der wesentlichsten Frage, das ist die Verschiebung der wirtschaftlichen Lage. Es wird in den Motiven so dargestellt, als ob die Dezentralisation der Industrie quasi ein anderes Gepräge ausdrücken würde. Ich meine, die Verhältnisse der Großindustrie würden dadurch nur in ländliche Bezirke hineingetragen werden, wo sie bisher nicht waren. Es wird gesagt, die Industrie würde weit billigere Arbeitskräfte bekommen. Ja, das würde sie wohl, aber die Löhne würden sich gegenüber den jetzigen Verhältnissen trotzdem steigern und die Nachfrage nach Arbeitern würde viel größer werden und die Arbeiter, welche einmal von der Landwirtschaft weggegangen sind, würden nie mehr für sie arbeiten. (Sehr richtig! rechts.)“

Mit der Motivierung, daß man die geforderten westlichen Kanalvorlagen nicht will, weil dadurch die wirtschaftliche und politische Nachstellung des Großgrundbesitzes in seinem Verhältnis zur Industrie beeinträchtigt wird, läßt sich jedoch die Ablehnung nicht begründen, besonders nicht gegenüber den gewerblichen Schichten der Rhein- und Mittelstädte des Ostens und außerdem gebietet die Rücksicht auf die parlamentarische Wohlstandigkeit einen gewissen idealen Aufspug. Solchen Anforderungen müßte Rechnung getragen werden, und so hat denn das Zentrum evangelischen und katholischen Vorkämpfers zwei „vaterländische“ Bedenken entdeckt, die es zwingen — natürlich nur vorläufig, so lange als diese Bedenken nicht durch einige materielle Zugeständnisse an die Interessen der Agrarier geröstet werden — den Rhein-Weine-Kanal abzulehnen: nämlich erstens die Schädigung des preussischen Eisenbahntarifs infolge der Verminderung der jetzigen Eisenbahnfrachten, und zweitens die Schädigung der Staatseinnahmen durch den jährlichen staatlichen Zuschuß zu den Unterhaltungskosten des Kanals.

Zwei recht plausible Gründe, zumal wenn man in Betracht zieht, wie außerordentlich freigebig die Herren sein können, wenn es sich um den Bau landwirtschaftlicher Bahnen im dunklen Osten handelt. Wird dann nachgewiesen, daß jene Bahnen sich nicht rentieren, so haben die Herren stets den Einwand zur Hand, daß eine nur nach fiskalischen Gesichtspunkten geleitete Eisenbahnpolitik total verkehrt sei, nicht nur das fiskalische, sondern nicht minder das wirtschaftliche Interesse der von der geplanten Bahn durchzogenen Gebiete müsse berücksichtigt werden.

Nach komischer aber erscheint das Bedenken gegen die jährlichen staatlichen Aufwendungen für den Kanal. Nach der Denkschrift wird sich der jährliche Staatsbeitrag zu den Kosten des Rhein-Weine-Kanals auf ungefähr 4 1/2 Millionen Mark belaufen. Selbst wenn diese Summe nicht ganz ausreichen sollte, kommt sie im Vergleich zu den unproduktiven Ausgaben für allerlei überflüssigen militärischen Festschmuck, die stets ohne irgendwelche Rücksichtnahme auf die Finanzlage widerspruchlos von den Agrariern bewilligt werden, kaum in Betracht. Es sind keine Verlegenheitsmotive, mit denen die Herren operieren. Um so feltamer nahm sich aus, als bei der Eröffnung der Debatte am Dienstag der neugeborene Minister der öffentlichen Arbeiten als Epigone des Don Quixote in einer ekelhaften Rede die Besorgnis der Agrarkonservativen um die Ueberhäufung des Eisenbahntarifs mit langen Auseinandersetzungen über die Eisenbahnentwicklung und den Nachweis, daß die Eisenbahnerträge durch den geplanten Wasserstraßenbau nicht beeinträchtigt würden, zu zerstreuen suchte. Allerdings, was sollte er in seiner Stellung sonst noch machen? Den Herren von der Rechten und dem Zentrum zu erklären, daß sie ihre Gründe selbst nicht für begründet halten, wäre bei der Nachstellung des konservativ-sterilen Großgrundbesitzes im Abgeordnetenhaus gefährlich. Im Gegenteil, es muß auf diese Nachstellung, die sich bei den früheren Verhandlungen über die Kanalvorlage dem Ministerium so fälschbar ad oculos demonstriert hat, pflichtschuldigst Rücksicht genommen werden, und so rebete denn Herr v. Buddes fundenlang gegen Gründe, die niemand ernst nimmt. Nicht gerade eine beneidenswerte Aufgabe.

Gezweigte Befürchtungen haben allerdings tatsächlich die Agrarier hinsichtlich des Einflusses der Wasserstraßen auf die Eisenbahnpolitik, nur sind diese Befürchtungen anderer Natur als jene, die sie öffentlich geltend machen. Erstlich fürchten sie, daß durch die Kanalbauten ihr bisheriger Einfluß auf die Eisenbahntarif-Politik vermindert werden könnte; und zweitens, daß die Eisenbahnverwaltung sich später vielleicht zur Verbilligung der Frachttarife für aus dem Ausland eingeführte Bodenprodukte drängen könnte. Der Zentrumsredner Dr. am Rehnhoff, der trotz aller radikalistischen Begabung doch an einigen Stellen seiner Rede etwas zu deutlich wurde, gestand dies offen mit den Worten zu: „Die Transportkostenfrage ist in der That die Seele der Großindustrie, und diese Seele wird durch den Geseyentwurf wesentlich gestärkt werden. Die Stärkung erstreckt sich natürlich nur auf diejenigen Industrien, die an den zu errichtenden Wasserstraßen liegen oder die dort ihre Abnehmer haben. Es ist deshalb mit Sicherheit zu erwarten, daß diejenigen Industrien, die nicht diese günstige Lage haben, alsbald herantommen und sagen werden: wenn der in der Kanalvorlage proklamierte Grundsatz, daß der Industrie durch Verbilligung der Frachten geholfen werden müsse, richtig ist, dann ist auch recht und billig, daß dieser Grundsatz da, wo er durch die Anlage von Kanälen nicht verwirklicht werden kann, verwirklicht werden muß durch Eisenbahn-Tarifermäßigungen. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung wird sehr stark sein müssen, wenn sie dem Drängen auf Tarifermäßigung, das von allen Seiten an sie herantreten wird, widerstehen will. (Sehr richtig! rechts.) Durch die Verbilligung des Transports wird nun aber auch die Einfuhr ausländischen Getreides gefördert werden. Es ist deshalb im Interesse der inländischen Landwirtschaft mit aller Entschiedenheit zu verlangen, daß sie gegen das Eindringen ausländischen Getreides durch entsprechende Schutzmaßnahmen gesichert wird. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Es muß verlangt werden, daß endlich ernst damit gemacht wird, daß weder durch den Abschluß von der Landwirtschaft günstigen Handelsverträgen oder durch die Aufhebung ungünstiger Handelsverträge die Lage der Landwirtschaft gebessert wird. (Lebhafte Beifall rechts.)“

Werden deshalb den Herren aus den Ostprovinzen die von ihnen gewünschten Kompensationen bewilligt, so werden sich nicht nur bald ihre Befürchtungen über die Tarifpolitik vermindern, sondern auch ihre zähe Vorbeuge um den Eisenbahntarif. Daß sie durch entsprechende materielle Entschädigungen sich von ihren patriotischen Bedenken befreien lassen möchten, haben sämtliche Redner der Rechten und des Zentrums bereits angekündigt. Meinte doch z. B. Herr am Rehnhoff: „Daher können die schlesischen Abgeordneten den Großschiffahrtsweg nur bewilligen, wenn Schlesiern ausreichende Kompensationen erhält. (Heiterkeit.) Schlesiern verlangt eine ausreichende Regulierung der Oder bis nach Fürstberg, so daß der niedrigste Wasserstand dort 1,4 Meter beträgt, oder wenn nicht das, so eine Ermäßigung der Eisenbahnfracht bis Berlin, so daß eine Frachtenparität für die schlesische Kohle gegenüber der englischen geschaffen wird. Und noch deutlicher wurde Herr Dr. Reiboldt von den Freikonservativen: „Man darf aber die Bedenken Schlesiens gegen den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin auch nicht außer acht lassen und wird dieser Provinz einen Ausgleich durch Tarifermäßigungen gewähren müssen. Wenn das geschieht, dann ist die beste Aussicht vorhanden, daß bezüglich dieses Kanals auch in unserer Fraktion eine Verständigung herbeigeführt werden wird. Der gute Wille, zu einer Verständigung zu gelangen, ist bei uns überhaupt vorhanden.“ Die Regierung zur Belehrung ist also da; es kommt nur auf den Preis an. Allzuwenig darf es nicht sein, was die Regierung bietet; denn keinen „Gründen“ sind die agrarischen Ueberzeugungen erfahrungsgemäß nicht zugänglich. Tat.

Man darf aber die Bedenken Schlesiens gegen den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin auch nicht außer acht lassen und wird dieser Provinz einen Ausgleich durch Tarifermäßigungen gewähren müssen. Wenn das geschieht, dann ist die beste Aussicht vorhanden, daß bezüglich dieses Kanals auch in unserer Fraktion eine Verständigung herbeigeführt werden wird. Der gute Wille, zu einer Verständigung zu gelangen, ist bei uns überhaupt vorhanden.“ Die Regierung zur Belehrung ist also da; es kommt nur auf den Preis an. Allzuwenig darf es nicht sein, was die Regierung bietet; denn keinen „Gründen“ sind die agrarischen Ueberzeugungen erfahrungsgemäß nicht zugänglich. Tat.

Man darf aber die Bedenken Schlesiens gegen den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin auch nicht außer acht lassen und wird dieser Provinz einen Ausgleich durch Tarifermäßigungen gewähren müssen. Wenn das geschieht, dann ist die beste Aussicht vorhanden, daß bezüglich dieses Kanals auch in unserer Fraktion eine Verständigung herbeigeführt werden wird. Der gute Wille, zu einer Verständigung zu gelangen, ist bei uns überhaupt vorhanden.“ Die Regierung zur Belehrung ist also da; es kommt nur auf den Preis an. Allzuwenig darf es nicht sein, was die Regierung bietet; denn keinen „Gründen“ sind die agrarischen Ueberzeugungen erfahrungsgemäß nicht zugänglich. Tat.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Wahlvereine sämtlicher Berliner Wahlkreise halten am Mittwoch, den 11. Mai in den bekannten Lokalen ihre Zählabende ab.

Zur Lokal-Liste. In folgenden Ortschaften stehen der Arbeiterschaft nachstehende Lokale zu Versammlungen zc. zur Verfügung: Wannsee, Restaurant „Wirtshaus Wannsee“, Inh. Otto Rehmer, Königsstr. 24. Wilhelmshagen bei Spandau, Restaurant Kiefer, Papenberge bei Heiligensee, Restaurant Emil Lemke, Charlottenburg. Sämtliche Lokale am Spandauer Schiffahrtskanal sind als frei zu bezeichnen.

Rachliegende Lokale stehen der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht mehr zur Verfügung, sind daher von der Lokal-Liste vom 17. April zu streichen: Franz Buchholz, „Park-Restaurant“ von Sid, früher Lambert. Zeuthen, Restaurant „Zeuthener See“, Inhaber Künzel; Restaurant zur „Dorf-Lue“, Ww. Varnand.

Der Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Ost) hält am Dienstagabend 8 1/2 Uhr in der Königsstr. 117, Große Frankfurterstr. 117, eine Versammlung ab, in der Vortrag und Diskussion auf Tagesordnung steht. Am Donnerstag wird eine Herrenpartei nach Pichelswerder und Schildhorn unternommen. Treffpunkt früh 7 Uhr bei Holz, Madagistr. 6, und Felsmann, Madagistr. 11. Abmarsch vom Bahnhof Grunewald morgens 8 1/2 Uhr. Treffpunkt für Nachzügler beim alten Freund in Pichelswerder.

Vierter Wahlkreis, Südost. Den Parteigenossen zur Kenntnisnahme, daß am Donnerstag (Himmelfahrt) vom Wahlverein eine Zuhpartie nach Hundeholz, Jagdschloß Grunewald, Krumme Lanke usw. unternommen wird. Die Abfahrt beginnt morgens 7 Uhr vom Schlesischen Bahnhof bis Station Grunewald. Station Grunewald ist endgültiger Sammelpunkt und erfolgt von dort der Abmarsch um 8 1/2 Uhr. Nege Beteiligung ist erwünscht.

Achtung! Sechster Wahlkreis! Am Sonntag früh 8 Uhr findet im 32. und 40. Kommunal-Wahlbezirk ein Flugblatt-Vereinsfest statt und erlauben wir die Genossen, sich möglichst zahlreich daran zu beteiligen. Die Genossen der Rosenthaler Vorstadt und vom Gesundbrunnen treffen sich in den ihnen bekannten Lokalen, der Draniensburger Vorstadt im Lokale von Fritz Bieg, Pfingststr. 6, des Beddings bei Krause, Müllerstr. 7z

Sechster Wahlkreis. Dienstag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, finden 2 öffentliche Versammlungen statt. Bei Senfel, Invalidenstraße 1a, spricht Genosse Stadthagen und bei Meyer, Boyenstr. 12, Genosse Heimann. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Eine polnische Volksversammlung findet am heutigen Sonntag, nachmittags 2 Uhr im Volkshaus zu Charlottenburg, Rosinenstraße 8 statt. Tagesordnung: 1. Die polnischen Auswanderer und deren Aufgaben. 2. Die Notwendigkeit der polnischen Organisation. 3. Diskussion. Die zahlreichen Arbeiter werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. Der Einberufer.

Die in Berlin arbeitenden Wähler aus dem Wahlkreise Frankfurt-Lebus und die aus diesem Wahlkreise nach Berlin bezogenen Wähler werden darauf aufmerksam gemacht, daß morgen, Montagabend 8 Uhr in den Andreas-Festsaal, Andreasstraße 21, eine Volksversammlung stattfindet, in der Reichstags-Abgeordneter Genosse Ed. Bernstein über die politische Lage und die Wahl in Frankfurt-Lebus referieren wird. Außerdem wird der Reichstags-Kandidat dieses Wahlkreises, Genosse Dr. Heinrich Braun eine Ansprache halten. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Achtung, Arbeiter-Radsfahrer! Alle Sportgenossen, welche bereit sind, bei der Radsarbeit im Kreise Frankfurt-Lebus am Donnerstag, den 12. (Himmelfahrtstag), und Freitag, den 13. d. M. (Wahltag), zu helfen, wollen sich zur weiteren Besprechung und Einteilung am Dienstag, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, einfinden. Ganz besonders ersuche ich die arbeitslosen sowie diejenigen Genossen, welche am Wahltag Zeit haben, sich vollständig zur Verfügung zu stellen. Der Vertrauensmann der Arbeiter-Radsfahrer der Provinz Brandenburg.

Johannisthal. In der Wahlvereins-Versammlung die am Dienstag bei Krause, Friedrichstr. 1, abgehalten wird, spricht Reichstags-Abgeordneter Siederemann über Fragen des politischen Kampfes. Weiter diene den Genossen zur Nachricht, daß die am Donnerstag verstorbenen Parteigenossin Frau Gabel in Rudow Sonntagnachmittag 3 Uhr beerdigt wird. Treffpunkt 2 1/2 Uhr bei Reine in Rudow.

Mariendorf und Umgebung. Dienstagabend 8 Uhr ist im Lokale von Hermann Reichardt, Chausseestr. 16, die Wahlvereins-Versammlung. Reichstags-Abgeordneter Fritz Jubel spricht über die Werkkraft des Sozialismus. Die Bibliothek ist eine Stunde vor Beginn der Versammlung geöffnet.

Panow-Niederhörsinghausen. An Stelle der Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 10. d. M., abend 8 1/2 Uhr eine öffentliche Versammlung bei Kochsch, Panow, Kreuzstraße 8/4 statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Raffini-Berlin: „Wie berücksichtigt die Gemeinde bei Vergütung ihrer Arbeiter die Forderungen der Arbeiter?“ Diskussion. Verschiedenes. Die Genossen wollen für zahlreichen Besuch der Versammlung Sorge tragen.

Rauhfangwerder. Am Sonntag, den 15. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal von Kutzowski eine Versammlung für Männer und Frauen statt. Das Referat hat Genosse Jubel übernommen. Die in der Umgebung wohnenden Genossen werden erucht, für regen Besuch zu agitieren.

Schönberg. Die nächste Versammlung des Wahlvereins findet diesmal ausnahmsweise schon am Dienstag, den 10. Mai statt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Diskussion über Krankenkassen und Herzstetigkeit.

Am Himmelfahrtstage veranstaltet der Wahlverein eine Herrenpartei nach Pichelswerder und von dort nach Restaurant „Sausouci“ in Schmargendorf. Abfahrt vom Bahnhof Ebersstraße. Treffpunkt 7 1/2 Uhr.

Schmargendorf. Die nächste Versammlung des Wahlvereins findet am Dienstagabend 8 1/2 Uhr bei Loenhardt, Wirtshaus Schmargendorf“ statt. Genosse Stöcking spricht über die Frage: „Warum bleiben den politischen Organisationen jene Genossen fern, die selbst bei nichtöffentlichen Wahlen dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme geben?“ Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gäste willkommen.

Lokales.

Von den Beziehungen zwischen Schule und Familie.

Die Schule vermag ohne die Familie wenig oder nichts. Wir haben diese Weisheit oft in der pädagogischen Fachpresse gelesen, oft aus dem Munde von Lehrern gehört. Aber gerade von seitens der Schule wird nur selten der Versuch gemacht, Beziehungen zur Familie anzubahnen und zu pflegen und sich ihre Teilnahme und Mithilfe zu sichern.

Es ist erschreckend, wie fremd in Berlin Schule und Familie einander gegenüberstehen. Es kann einem passieren, daß man acht Jahre hindurch sein Kind in ein und dieselbe Schule schickt und daß vom Rektor oder den Lehrern in dieser ganzen Zeit nicht ein einziges Mal eine Annäherung versucht wird. Mühen nicht alle Halbjahre die Censuren unterfingert werden, so könnte man auf den Gedanken kommen, daß die Schule die Eltern als gar nicht vorhanden betrachtet.

Ebenso und oft noch schlimmer stellen sich die Eltern zur Schule. Die meisten Eltern verspüren nie das Bedürfnis, den Lehrer kennen zu lernen, dem sie ihr Kind anvertrauen, die Schulräume zu sehen, in denen es tagtäglich 4 bis 5 Stunden zubringt. Ein Lebenszeichen geben sie höchstens dann von sich, wenn sie ihr Kind ungerade behandelt glauben. Dann beklunden sie ihre Teilnahme und ihr Interesse dadurch, daß sie entweder eine Beschwerde einreichen oder aber — je nach dem Temperament — dem Lehrer ein Aufgebot machen, das manchmal vor Gericht seine Sühne finden muß. Da schlägt dann die Gleichgültigkeit in offenen Haß um.

Der größere Teil der Schuld an diesen merkwürdigen Zuständen trifft die Schule. Die Einsicht, daß die Schule, zum mindesten in ihrer jetzigen Gestalt, der Mitwirkung der Familie bedarf, ist ja zuerst den Lehrern gekommen, während sie den meisten Eltern leider noch fehlt. Es wäre richtig, daß da auch zuerst die Lehrer an die Eltern heranträten, und nicht warteten, bis die Eltern mit ihnen ankämpfen wollten. Man wird uns aber bestreiten, daß selbst dann, wenn die Eltern zum Lehrer gehen und ihm durchaus höflich entgegen treten, der kühle Empfang manchmal nicht zu einer Wiederholung des Besuchs ermutigt. Die Lehrer unserer Berliner Gemeindeschule haben im großen ganzen keinerlei Fühlung mit der Bevölkerungsschicht, deren Kinder sie unterrichten sollen. Natürlich fehlt dann auch das Verständnis für die Denkart der Eltern aus dieser Bevölkerungsschicht.

Anlaß zu diesen Betrachtungen giebt uns eine Beschwerde, die uns von einem unserer Leser zugeht. Der Mann hat bei seinen Versuchen sich mit der Schule in Verbindung zu setzen, ganz eigenartige Erfahrungen gemacht. Sie sind so lehrreich, daß sie weiteren Kreisen bekannt zu werden verdienen. Ein Schüler, der die 146. Gemeindeschule in der Hannoverschen Straße besucht, war in letzter Zeit von dem Lehrer Knebel wiederholt bestraft worden. Der Vater schrieb hierzu einen Brief an Herrn Knebel und gab ihn dem Jungen mit in die Schule. Herr Knebel aber reichte dem Jungen das Schreiben unentgeltlich zurück und ließ dem Vater sagen, er sei in der Schule zu sprechen. Der Vater schickte nun den Brief mit der Post in die Wohnung des Lehrers, Herr K. aber brachte ihn am andern Tage unentgeltlich mit nach der Schule und händigte ihn wieder dem Jungen ein.

Auf der Rückseite stand zu lesen: „Herrn Sch. Bin täglich für Sie nur amlich im Amtszimmer des Herrn Rektors der 146. Gemeindegemeinschaft von 11—12 Uhr zu sprechen.“

Ein paar andre Bemerkungen aber wollte man uns schon jetzt gestatten. Der geschilderte Fall ist Lehrreich für die Eltern und auch für die Schule. Er zeigt den Eltern, wessen sie sich unter Umständen zu versehen haben, wenn sie sich an die Schule wenden, und er zeigt der Schule, wo die Leute zu suchen sind, die bei den Eltern das Vertrauen zu ihr untergraben.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit dem Herrn Rektor und seinen Gleichgesinnten betonen, daß gerade die Redaktion des „Vorwärts“ vielfach die ihr zugegangenen Klagen über Schule und Lehrer zum Anlaß genommen hat, auf die Eltern dahin einzuwirken, daß sie um ihrer Kinder willen die schwebende, aber notwendige Verbindung mit der Schule herstellten.

Unterstützung des Kinderasyls. Der hier verstorbene Rentner, frühere Kaufmann Karl Eduard Julius Müller hat in seinem Testament den Magistrat der Stadt Berlin zum Erben seines zur Gründung eines Kinderasyls bestimmten Nachlasses eingesetzt.

Wie die Grundstückspreise steigen. Die Stadtgemeinde Berlin hat im Jahre 1877 in Friedenau zwei Grundstücke erworben, um dort eine Gasanstalt zu errichten. Diese Absicht konnte nicht ausgeführt werden, weil infolge eines Widerspruchs der Gemeinde Friedenau vom damaligen Minister für Handel und Gewerbe die Konzession verweigert wurde.

Wegen Beschprellerei ist ein junger Mann Namens Felix Weiner, der sich Inzeratenaquisiteur nannte und von Wien hierher kam, verhaftet worden. Weiner hält sich seit Juli v. J. in Berlin auf, wohnt in den besten Pensionaten und pflegte die vornehmsten Wirtschaften in der Friedrichstadt zu besuchen, ohne einen Pfennig Geld zu besitzen.

Bei der Arbeit ist am Sonnabendnachmittag 4 1/2 Uhr der Puffer Heinrich Mah aus Charlottenburg plötzlich gestorben. Er war auf dem Bau Kommissarstraße 1 beschäftigt, als er vom Herzschlage getroffen, tot umfiel.

Publik. Der Sarg war mit Leinen ausgelegt, doch war dies Tuch voller Blutflecke und so schmutzig, daß alle Zeugen des traurigen Vorfalles von Ekel gepackt wurden.

Auf einen alten Schwindler ist ein Mädchen zurückgekommen, das jetzt im Norden der Stadt die Geschäftskunde heim sucht. Das etwa 17 Jahre alte, vielleicht auch etwas ältere Mädchen geht in einen beliebigen Laden, begrüßt den Geschäftsinhaber mit seinem Namen, nach dem es sich erkundigt hat, und stellt sich vor als Frau Sombro aus dem Seitenflügel des Hauses, die der Geschäftsmann ja kenne.

Am 1. Mai ist in Kleins Garten ein brauner Stod mit schwarzer Hornkrüde verloren worden. Es wird gebeten, den Stod bei Weisnachts, Grünstraße 21, abzugeben.

Die Gartenbau-Ausstellung in der Philharmonie, Bernburgerstraße 22a, ist heute bei 50 Pf. Eintrittsgeld geöffnet.

Aus den Nachbarorten.

Der Groß-Lichterfelder Gemeinderat und das Versammlungsrecht. Die beiden großen öffentlichen Versammlungen mit dem Thema: „Ist Religion Privatangelegenheit“, welche von unfern Parteigenossen einberufen und beide Male wegen der Polizeistunde aufgelöst wurden, führten zu einer Interpellation in der letzten Gemeindevorsteher-Sitzung.

Solange nur ausschließlich Sozialdemokraten durch diese fortgesetzten Auflösungen drangsalisiert wurden, trachtete kein Mann danach, sich nach dem auch einigen bürgerlichen Rednern in jenen Versammlungen das Recht, ihre Meinung frei zu äußern, illusorisch gemacht worden war, empanden sie diese Polizeimahregel äußerst unangenehm.

Die Beantwortung der Interpellation übernahm der Gemeindevorsteher Lange. Wir wissen ja, daß sich nicht aus jedem Holz eine Minerva schnitzen läßt; aber eine etwas geschicktere Verteidigung der Polizeimahregel hätten seine Freunde schließlich erwarten dürfen.

Den Beweis dürfte der Herr Schöffe wohl schuldig bleiben. Schließlich gab er den Sozialdemokraten den Rat, ihre Versammlungen dom im „Pavillon“ — dem Heim der hiesigen Konservativen — abzuhalten, da würden sie durch keine Polizeistunde gestört. Also dort geht's keine.

Abgesehen von diesem netten Eingeständnis, wird der Rat bei unsern Genossen stürmische Heiterkeit hervorrufen. Denn sie bekommen eben deshalb wieder den „Pavillon“ nach andre Säle, weil nach alter Polizeistunde alle Wirte, die ihre Lokale Sozialdemokraten zu Versammlungen überlassen, eben mit der Herabsetzung der Polizeistunde bestraft werden.

Schöneberg. Im städtischen Arbeitsnachweis über-wo im März das Arbeitsangebot die Nachfrage. Natürlich war hierbei das weibliche Personal (Bestube) ausfallslos. Angebote waren gemeldet 264 männliche und 1331 weibliche; Gesuche lagen vor 661 männliche und 659 weibliche.

Friedrichsfelde. Bei der Ertragswahl in der dritten Abteilung wurde der bürgerliche Hausbesitzer Vube aus Friedrichsfelde mit 330 Stimmen gewählt; sein bürgerlicher Gegner aus Rasthof erhielt 227 Stimmen. Trotzdem von uns offiziell Wahlenthaltung proklamiert wurde, wählten doch auf beiden Seiten manche Arbeiter. Unsere Vertreter sind bis jetzt noch nicht in ihr Amt eingeführt worden.

Sozialdemokratischer Agitations-Verein für den Reichstags-Wahlkreis Straßburg-Franzburg-Rügen. Sonntag, den 8. Mai, vormittags 10 Uhr, bei Kamion, Schönhauser Allee 135: Versammlung. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen erucht der Vorstand.

Sozialdemokratischer Agitations-Verein für den Reichstags-Wahlkreis Jülich-Ansbach-Krefen-Zemmerfeld. Dienstag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Großer, Dirlachstr. 39, dort 1 Treppe: Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über die moderne Alkoholfrage. 2. Diskussion. 3. Anträge. 4. Vereinsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

Allgemeine Familien-Sterbekasse. Gute Zahlung: Alsterstraße 123 bei Diele von 3—6 Uhr.

Vermischtes.

Unterstützungen in Kalesund. Die Gemeindevertretung von Kalesund hat beschlossen, an Personen, die vom Brandunglück betroffen sind und eine Unterstützung nachsuchen, Geldbeträge zu verteilen, und zwar an je eine erwachsene Person 50 Kronen, an je ein unfähigkeites Kind 30 Kronen. Personen, deren Vermögen über 10 000 Kronen oder deren Einnahme über 2000 Kronen beträgt, sowie deren Hausfrauen und Kinder sind ausgeschlossen. Weiter kommen nur solche Personen in Betracht, welche wesentliche Verluste erlitten haben. Der Betrieb der Volksschule wird fortgesetzt.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königliches Opernhaus. Sonntag: Der Barbier von Sevilla. Montag: Händel und Gettel. Javotte. Dienstag: Die Reherfinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Mittwoch: Ranon. Donnerstag: Händel und Gettel. Freitag: Der Barbier von Sevilla. Samstag: Tristan und Isolde. (Anfang 7 Uhr.) Sonntag: Rignon. Montag: Der Ring des Nibelung. Das Rheingold.

Neues Königl. Opern-Theater. Sonntag: Die Journalisten. Montag: Die Verschwörung des Fiesco zu Genua. Dienstag: Des Meeres und der Liebe Wellen. Mittwoch: Othello. Donnerstag: Lydia Wäbel sel schlau. Der eingebildete Kranke. Freitag: Wilhelm Tell. Samstag: Wie die Alten jungen. Sonntag: Romeo und Julia. Montag: Im stillen Kämmerlein.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Sonntagnachmittag: Die Braut von Messina. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagnachmittag: Die Kinder der Erzelken. (Anfang 3 Uhr.) Montag: Das große Hemd. Ein Sonnenstrahl. Mittwoch: Lumpenkind. Donnerstag: Kollege Crampton. Freitag: Hans Rolfenbagen. Samstag: Das große Hemd. Sonntagnachmittag: Die Kinder der Erzelken. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend: Der Geizige. Der eingebildete Kranke. Montag: Das große Hemd.

Schiller-Theater N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Sonntagnachmittag: Die Ehre. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagnachmittag: Das große Hemd. Montag: Ein Duell. Ein Sonnenstrahl. Dienstag: Penfion Schäler. Penfion Schäler. Mittwoch: Pauline. Donnerstag: Penfion Schäler. Freitag: Penfion Schäler. Samstag: Pauline. Sonntagnachmittag: Der Varrer von Kirchfeld. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagnachmittag: Penfion Schäler. Montag: Pauline.

Deutsches Theater. Sonntagnachmittag: Die verunkelte Mode. (Anfang 2 1/2 Uhr.) Sonntagnachmittag: Der Varrer von Kirchfeld. Montag: Rofe Bernd. Dienstag: Kolenmontag. Mittwoch: Der Varrer von Kirchfeld. Donnerstag: Rofe Bernd. Freitag: Rofe Bernd. Samstag: Der Varrer von Kirchfeld. Sonntagnachmittag: Kolenmontag. (Anfang 2 1/2 Uhr.) Sonntagnachmittag: Rofe Bernd. Montag: Faust.

Berliner Theater. Sonntagnachmittag: Alt-Heidelberg. (Anfang 2 1/2 Uhr.) Sonntagnachmittag: Der jüngste Leutenant. Montag: Der jüngste Leutenant. Dienstag: Waterlant. Mittwoch: Der jüngste Leutenant. Donnerstag: Der jüngste Leutenant. Freitag: Maria Theresia. Samstag: Der jüngste Leutenant. Sonntagnachmittag: Alt-Heidelberg. (Anfang 2 1/2 Uhr.) Sonntagnachmittag: Der jüngste Leutenant. Montag: Waterlant.

Lesing-Theater. Abends 7 1/2 Uhr: Kapfenkreuz. Neues Theater. Sonntag: Kabale und Liebe. Montag: Rima von Barnhelm. Dienstag: Kabale und Liebe. Mittwoch: Kabale und Liebe. Donnerstag: Logis des Hergens. Calome. Freitag: Kabale und Liebe. Samstag: Kabale und Liebe. Sonntag: Kabale und Liebe. Montag: Kabale und Liebe.

Theater des Westens. Sonntagnachmittag: Der Troubadour. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagnachmittag: Apajune. Montag: Der Bildschütz. Dienstag: Apajune. Mittwoch: Apajune. Donnerstag: Der Wasserfisch. Freitag: Die Stimme von Porcil. Samstag: Gasparone. Sonntagnachmittag: Der Postillon von Conjeunau. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend: Don Juan. Montag: Don Juan.

Kaufer-Theater. Abends 8 Uhr. Reubens-Theater. Abends 8 Uhr. Neues Theater. Sonntagnachmittag: Liebesträume. Familienidyll. Don Carlos. Serenissima. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagnachmittag: Rasthof. Montag: Des Valtors Kiele. Dienstag: Fräulein Julia. Mittwoch: Fräulein Julia. Donnerstag: Rasthof. Freitag: Fräulein Julia. Samstag: Rasthof. Sonntagnachmittag: Liebestäume. Familienidyll. Don Carlos. Serenissima. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagnachmittag: Fräulein Julia. Montag: Rasthof.

Trianon-Theater. Von Sonntag, den 8. Mai, bis auf weiteres täglich: Das alte Gehot. Der Dieb. (Anfang 8 Uhr.) Belle Alliance-Theater. Sonntagnachmittag: Charles Tante. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagnachmittag, Montag bis Samstag: Ram'rad Lehmann. Sonntagnachmittag: Charles Tante. Sonntagnachmittag und Montag: Ram'rad Lehmann.

Carl Weis-Theater. Sonntagnachmittag: Zwei Herzen. Sonntagabend: Der Lohschäger. Montag: Faust. Dienstag und Mittwoch: Mutterlegen. Donnerstag: Faust. Freitag und Samstag: Unbestimmt. Sonntagnachmittag: Faust. (Anfang 3 Uhr.) Montag: Unbestimmt. Central-Theater. Sonntagnachmittag: Feilb. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagnachmittag und Montag bis auf weiteres täglich: Der Sonnenogel.

Deutsch-amerikanisches Theater. Abends 8 Uhr. Apollo-Theater. Abends 8 Uhr. Metropal-Theater. Abends 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr. Wintergarten. Täglich: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Casino-Theater. Sonntagnachmittag: Jüliche Bernandte. (Anfang 4 Uhr.) Abends: Durch Klippen und Wellen. Unre Berliner. Passage-Theater. Corradini. Anfang 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr. Urania-Theater. Taudenstraße 43/49. Abends 8 Uhr. Die Insel Rügen. Anfang 8 Uhr.

Table with 4 columns: Item, Price 1, Price 2, Price 3. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Rindfleisch, Schweinefleisch, etc.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 8. Mai 1904. Ziemlich kühl, zeitweise aufklarend, ziemlich trübe und regnerisch bei mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Rohtabak Max Otto, 152 Brunnenstr. 152. Billige Preise. Reiche Auswahl. Rohtabak größte Ausw. Billigste Preise. Guter Brand! Vorzügliche Qualität. Fabrikations-Italien. Neue Formen, sehr große Auswahl zu Original-Jahrespreisen.

Rohtabak Sumatra-Decke. Nr. 5129 38282. 2 Länge Vollblatt, hell, reinfarbig, a Pd. 1.80 verzollt. W. Hermann Müller, Berlin O., Alexanderstr. 22. Roh-Tabak. Große Auswahl, billigste Preise. Formen: Original-Fabrikpreise. 5. J. Fränkel, Promenade 5. 11. Kottbuser Strasse 11. 181. Brunnenstrasse 181.

Roh-Tabak 8. Nauen, Tempelinerstr. 3. Brinkmeier & Co., Filiale Berlin N., Brunnenstrasse 182. Wir offerieren eine Partie grauen Mexico neuester Ernte. St. Andros-Gewächs, zum Preise per Pfund 400 Pf. verzollt. Sie kaufen am Besten!!! auf Teilzahlung bei Jahre & König, Warschauerstr. 72. (Wöchentlich nur 1 Mk.) Herren-, Damen- u. Wecker-Uhren, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten. 46862. Billiges Spekulationsterrain, Land- und Waldparzellen, aus erster Hand, die Quadratruße von 8,50 R. an, verkauft Gemeindeversteher G. Herrmann in Glindede bei Dersdorf, Nordbahn. Bedingungen erbitten direkt. 51052. Dr. Schünemann Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. (Montags 1/2, 12-1/2, 1/8-1/2, 9. Dr. Simmel, Prizon-Str. 41. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Verkauf nur gegen bar zu niedrigsten festen Preisen.

Max Kaplan

Special-Geschäft für Herren- und Knaben-Bekleidung.

Abteilung für fertige Konfektion.

Jackett-Anzüge, haltbare Stoffe M. 16 bis 38.—
Sommer-Paletots, moderne Form M. 18 bis 35.—
Paletots auf Seidenfutter, prima Verarbeitung . M. 42.—

5108L*

Friedrichstrasse 1, am Belle-Alliance-Platz.

Grosse Auswahl in allen Artikeln. * Reichhaltigstes Stofflager für Massanfertigung, nur moderne Stoffe.

Enorm billig

gelangen zum Verkauf die in letzter Saison zurückgesetzten hochmodernen, gediegen verarbeiteten vornehmen Herren-

Anzüge Paletots

aus feinsten Massstoffen, Masspreis bis 70 M., jetzt 18-38 M. Gehrockanzüge, Masspreis bis 80 M., jetzt 23-42 M. Beinkleider jetzt 7-12 Mark. (5123L)*
Sonntag 8-10 u. 12-2 geöffnet.
Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, 1 Treppe.
Auf Hausnummer achten!

Klosterbrauerei

Charlottenburg Aktiengesellschaft Bismarckstr. 22a

empfehlen ihr vorzügliches, aus bestem Malz und Hopfen eingebranntes

Klosterbräu, hell nach Bilsener Art

Klosterbräu, dunkel, nach Münchener Art

solwie ihr anerkannt gutes

Berliner Weissbier

in großen und kleinen Gebinden.

Solventen Abnehmern stehen wir mit Restaurations- und Garten-Möbiliar, eventl. auch mit baren Darlehen zur Verfügung.

Die Direktion.

Wählen Sie Ihre Braut-

und Hochzeits-Seiden direkt im

Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin, Spandauer Strasse 33-35, 1 Treppe.

Die Firma führt seit über 25 Jahren als Specialität: Braut- und Hochzeits-Seiden sowie Roben-, Blusen- u. Jupon-Seiden jeder Art von 75 Pf. bis zu den schwersten Qualitäten und giebt solche jetzt auch an Private meter- und robenweise zu wirklichen Engros-Preisen ab. Reinsidone schwarz Damaste, Merveilleux 15, 20, 25 M. p. Robe. Kleider- u. Blusen-Sammete von 75 Pf. Bitte genau auf Engros-Firma und Adresse zu achten. **Muster franco.**

Achtung, Genossen!

Nur 5 Mark kostet die echte Böhnel System Nidel-Unter-Roskopf - Patent - Uhr samt schöner Nickelkette und Futteral. Dieselbe Uhr mit Bild von Ferd. Lassalle, Karl Marx oder Arb.-Verbrüderungs-Relief kostet 1 Mark mehr. Belle u. dauerhafte Strapazier-Uhr für jedermann. 3 Jahre schriftl. Garantie. Versand per Nachnahme franco und kostenfrei durch die Fabrik-Niederlage

Max Böhnel, Uhrmacher, 11855 Wien IV, Margaretenstr. 48, B. V. Ausgezeichnet mit Grand Prix u. Gold-Medaille Paris 1900. Für Nichtpassendes Geld retour.

Nach vollendetem Umbau

ist jedem Herrn Gelegenheit geboten, durch Besichtigung meiner Waren ohne Kaufzwang sich von meiner kolossalen Leistungsfähigkeit zu überzeugen. Meine Abteilung:

„Fertige Herren-Garderobe“

ist überaus reichlich sortiert und bietet in Bezug auf Sitz wie Vorarbeitung vollständigen Ersatz für Mass.

Frühjahrs-Paletots

in glattem Marengo, Cheviot, sehr haltbar M. 33,- 26,- 18,-
mit bunten Effekten, elegante Ausführung M. 36,- 27,- 20,-
auf Seide, vornehmste Ausstattung, Ersatz für Mass M. 50,- 42,- 35,-

Jackett-Anzüge 5150L*

engl. Art in geschmackvollsten Dessins M. 27,- 23,- 21,-
gestreift und kariert, beste Ausstattung M. 36,- 30,- 27,-
Ersatz für Mass, mit bunten Effekten u. Rosshaarverarbeitung M. 42,- 36,- 30,-

Leinen- und Lustre-Saccos für Comptoir und Haus von M. 1.25 an.

Meine Mass-Abteilung steht unter Leitung erster Zuschneider und Meister.

R. Landsberger, Friedrichstrasse 108 Ecke Johannisstrasse.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.

Kein Laden. Sieht nach bedeutender Engros-Saison

Einzel-Verkauf enorm billig. Paletots, Jacketts, Capes, Kostüme, Kostümröcke, Mädchenmäntel.

Gegen Vorzeigung dieses Inserats an der Kasse werden 5% extra vergütet. 49752*

Robert Baumgarten Hausvogelplatz 11, II. Et. (Ecke der Jerusalemstr.) Auch Sonntags geöffnet!

Stroh-Hüte in größt. Auswahl für Damen, Herren und Kinder, garniert und un-garniert zu anerkannt billigen Preisen, auch Trauerhüte. W. A. Poschke, Berlin, I. Gehl. Köhlfir. 20, 2. Gehl. Köhlfir. 39. Eigene Strohh- und Filzfabrik bei den Gehl. Köhlfir. Gegr. 1871. Fernspr.-N. IX. 6341.

Kredit. Monatlich 10 Mark kleine Anzüge Paletots nach Maß. Per Kasse auch billige Preise. Schneidmstr. J. Tomporowski, Prinzenstr. 55.

192 Gold-, Silber-, Alfenide- und Nickel-Waren Taschen-, Wand-, Stand- u. Wecker-Uhren. **Riesen-Ausverkauf** zu unglaublich billigen Preisen. 51492*

Uebermorgen Ziehung der Stettiner 1 Mk.-Lose 11 Lose 10 Mk. **Lud. Müller & Co., Bank-geschäft, Breitestr. 5,** und in Lotterie- und Cigarrengeschäften.

Kinderwagen-Bazar „Baby“ S. Kaliski. Zentrale: Invalidenstr. 160. Filialen: Dusselstr. 19, Frankfurter Str. 115, Potsdamer Str. 23b, Reimkendorfer Strasse 2c, Tauenzienstr. 7a, Oranienstr. 31, Belle-Alliancestr. 107, Brunnenstr. 92. Zeitabnahme gestattet, bei größeren Plätzen Aufpreis. 12, 15, 00-100, 00

Special-Abteilung für Nähmaschinen aller Systeme unt. spezieller Leitung d. Inhabers, welcher eine 25-jähr. Erfahrung in dieser Branche besitzt. Lieferung auch ohne Anzahlung 1,00 w. Unterricht im Nähen und Sticken gratis. Alte Maschinen nehmen in Zahlung. Eigene Reparaturwerkst. S. 10, 00-60, 00. Lieferant des Post-Spar- u. Vorzugsver. 20, 27, 50 bis 200, 00. Auf Wunsch kommt Vertreter mit Katalog.

Herren-Anzugstoffe, Reste, !! Von 36 M. an !! Anzug nach Maß, neueste Frühjahrs-Ruster, feinste Stoffen, 2 Knop., für guten Sitz belam gold. Web. Ludwig Engel, Prenzlauerstrasse 23, II. (Alexanderpl.) Gegr. 1892. 110/4

Verlag M. Richter, Berlin SO 36. Soeben erschien. II. Aufl. **Die Barneiden,** ihre Verhütung, Behandlung, und Beseitigung von **Dr. med. Schaper,** Berlin, Königgrätzstr. 27. Preis 1 Mk.

Wissen Sie es schon dass Arconafahrer die besten u. billigsten sind? Wo Sie 50-100 Mk. sparen, so lassen Sie Ernst Machnow's Arcona-Rad! Wollen Sie jährlich m. Leichtesten viele 100 Mk. verdienen, so empfehlen und verkaufen Sie im Kreise Ihrer Freunde und Bekannten Ernst Machnow's Arcona-Fahrer. Verlangen Sie zu Ihrer Orientierung m. neuen reich illustriert. Hauptkatalog für Wiederverkäufer. Derselbe wird Ihnen gratis und franco zugesandt. Ernst Machnow, Berlin N. Arconaplatz 1.

Posten Posträger, Manschettenknöpfe, Strawattennadeln billig. Wallnerbeaterstr. 33, parterre links.

Kinderwagen, Sportwagen. Die beste Bezugsquelle ist immer noch das älteste Fabriklager **145. Brunnenstrasse 145.** Ecke Rheinsbergerstr.

Wer billigst Tapeten 1 Rolle v. 10 Pf. an in jedem Genre, wie hochlegant, neuesten stilvoll. kaufen will, ver-lange den Gratis-katalog von **Chr. Hartmann,** Tapeten-Versand-haus Gandersheim. Einfach in den Mustern

J. Baer Ecke Bandstr. 26, Prinz-Allee Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung. Elegante Paletots und Havelocks. Grasses Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Mass. Allerbilligste, streng feste Preise.

Wer Stoff hat! fertige bei gutem Sitz und guten Stoffen Jackettanzug von 18 M. an. 44202* **Alexander Schmidt,** Wienerstr. 1-6, I. 1. Ausgang. Mit Stoff Anzug von 27 M. an.

Germania-Prachtsale Chauffeestr. 103, Arnold Scholz. Jeden Sonntag im weißen Saale. **Grosser BALL** bei festem Belegtem Orchester. Anfang 5 Uhr. Prämiert auf der III. Kochkunst-Ausstellung Berlin 1904.

Nähr Malzkaffee bestes und Nahrungs-Genussmittel Ceylon Kaffeeersatz **Ceylon - Malzkaffee u. Kaffee Surrogatfabrik** Röhrdorf-Chemnitz. Vertretung und Engros-Lager bei **E. Borgmann, Berlin.** Fernsprecher IX 7051 Pariserstr. 2.

Gewinn- Lose kgl. preussischer Lotterie zahlt sofort aus **J. Rosenberg,** Bank- u. Lotterio-Geschäft, Kommandantenstr. 51.

Cottbuser Korn i. Gebinden u. Flaschen empfiehlt **Heinrich Kuhn** Kornbranntwein-Brennerei **Cottbus.** Gegründet 1863.

Trinken Sie überall **Sana-Brause!** Angenehmsten alkoholfreies Getränk. Sehr billig! Erfrisch! Bekömmlich! Unübertroffen im Wohlgeschmack Engros durch die Mineralwasserfabriken. * Fabr. Max Dinkler, Berlin NW 5.

Billiges Bauland Billiges Gartenland Biesdorf allen Freunden von Obst- und Gemüsehau zu empfehlen. Jetzt noch billige Preise. **R. 12 Mark an.** Stadtbahnverleij. Kuchent im Restaurant am Bahnhof Biesdorf u. im Comptoir Contardstrasse 5, II. 110/5

Steppdecken kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik. 72 Wallstrasse 72, wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden. **S. Strohmayer, Berlin 14.** Illustrierter Preis-Katalog gratis.

Wirkliche Ersparnis in der Küche mit MAGGI'S Würze. Suppen- u. Speisen. Sehr ausgiebig! Nicht übertürzen! Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S Würze.** erzielt die Hausfrau

Soziales.

Ärzte und Krankenkassen.

Nach den der „Leipziger Volkszeitung“ gewordenen Informationen fordern die Leipziger Ärzte als Bedingung für die Einigung, daß jeder im Kassenbezirk wohnende Arzt bis zur Höchstzahl von 375 zur Kassenpraxis zugelassen werde. Es soll ein Kopfpauschale von 5 M. gezahlt werden, so lange keine Familienbehandlung gewährt wird; wird die Familienbehandlung wieder eingeführt, dann soll das Pauschale pro Kopf der zur Behandlung Berechtigten 3 M. betragen nebst einigen Nebengebühren. Wenn sich nach einem Jahre dieses Honorar als zu niedrig erweist, dann sollen die ärztlichen Bezirksvereine berechtigt sein, eine Erhöhung zu beantragen, über die, wenn der Kassenvorstand es ablehnt, die Erhöhung zu gewähren, ein Schiedsgericht endgültig entscheiden soll. Soweit noch festangestellte Ärzte verbleiben, soll deren festes Gehalt aus dem Pauschale bezahlt werden, darüber hinaus sollen diese jedoch nichts erhalten, auch wenn sie bei der Berechnung ihrer Points mehr zu beanspruchen hätten. Das Fortbestehen der Beratungsanstalten soll Gegenstand der Vereinbarung zwischen den ärztlichen Bezirksvereinen und der Kasse sein. Auch hier soll beim Scheitern der Vereinbarung das Schiedsgericht endgültig entscheiden. Der neue Vertrag soll bis 1910 in Geltung bleiben und dann der Kündigung mit einer Frist von drei Monaten unterliegen. Der Kasse soll es jedoch verboten sein, während des Bestehens des Vertrages andre Anstellungsverträge abzuschließen, so daß sie thatsächlich niemals im Stande wäre, den Vertrag zu kündigen.

Der finanzielle Effekt der ärztlichen Forderungen wäre eine Erhöhung der Ausgaben für Arzthonorar von 843 000 M. auf 1 225 000 M. (mit Familienbehandlung), während die Generalversammlung dem Kassenvorstande aufgegeben hatte, über eine Erhöhung um 140 000 M. nicht hinauszugehen.

Der Kassenvorstand will trotzdem auf der Grundlage der ärztlichen Forderungen verhandeln. Nur will er das Pauschale auf 2,50 M. per Kopf der zur Behandlung Berechtigten (bei Familienbehandlung) festgesetzt wissen. Die Gesamtausgabe für ärztliche Behandlung würde sich damit auf 1 050 000 M. belaufen, also um 207 000 M. mehr als früher, sonach um 67 000 M. über das bisherige Angebot der Kasse. Außerdem will er nicht mehr als 300 Ärzte zulassen, die jetzt amtierenden 83 festbesoldeten Ärzte beibehalten und beim Ausscheiden solcher deren Zahl immer wieder auf 83 ergänzen und schließlich sollen die drei jetzt bestehenden Beratungsanstalten ohne weiteres anerkannt werden.

Unter diesen Bedingungen will der Kassenvorstand kapitulieren. Er würde damit thatsächlich den Kampf aufgeben. Die festbesoldeten Ärzte würden schwerlich noch lange unter diesen Umständen in den Stellungen verbleiben, neue würde die Kasse wohl kaum für die ausscheidenden noch bekommen, da sie ja vom Wettbewerb mit den „frei gewählten“ vollständig ausgeschlossen sind. Der Ausschluß des Wettbewerbes um die Gunst der Kassenpatienten ist eines der erfreulichsten Ergebnisse des Distriktsarzt-Systems; läßt man den Wettbewerb aber zu, dann fallen für die Festangestellten die Vorteile des Distriktsarzt-Systems weg, sie werden auch unter die Wirkungen des Wettbewerbes gestellt, haben aber nicht den Vorteil der vermehrten Einnahmen von vermehrten Leistungen. Neben der freien Kratwahl kann wohl eine Kasse einige sehr hoch bezahlte Vertrauens-

ärzte haben, nicht aber eine große Zahl festbesoldeter Ärzte mit einem Honorar, das von solchen, die sich auf das Geschäft verstehen, erheblich überschritten werden kann. Das würde der Leipziger Kassenvorstand sehr bald erfahren, wenn er sich auf solche Halbheit einläßt.

Die Zentralkommission der Krankenkassen hatte am Freitag eine Versammlung der Kassenvorstände und Verwaltungsbeamten einberufen, in der 79 Krankenkassen vertreten waren. Lehrer Agab hielt einen Vortrag über die Beziehungen zwischen Kinderschutzgesetz und Krankenkassen. Seine Ausführungen, welche die großen Gefahren der Kinderarbeit veranschaulichten, hatten den Zweck, die Vertreter der Krankenkassen anzuregen, daß sie, soweit es an ihnen liegt, für die Durchführung der Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes Sorge tragen, indem sie die ihnen bekannt werdenden Uebertretungen des Gesetzes zur Anzeige bringen. Der zweite Referent, Gewerbegerichts-Direktor v. Schulz erläuterte das Kinderschutzgesetz vom 30. März 1903 und forderte gleichfalls die Krankenkassenvertreter zur Mitwirkung bei der Durchführung des Gesetzes auf.

In der regen Aussprache, die den Vorträgen folgte, wurde besonders ein Punkt aus dem Referat des Herrn Agab diskutiert, nämlich der, daß die Vätermeister, da sie Kinder mit dem Ausstragen von Frühstücken nicht mehr beschäftigen dürfen, jetzt an Frauen diese Arbeit übertragen, die nun ihrerseits die Hilfe ihrer eignen Kinder in Anspruch nehmen. Auf diese Weise wird das Gesetz umgangen und die Kinder, welche geschützt werden sollen, werden nach wie vor am frühen Morgen mit dem Ausstragen von Backwaren beschäftigt. Es fragt sich nun, wer für einen Unfall eintritt, den ein Kind etwa bei dieser Arbeit erleidet. Es wurde angeregt, man solle den Versuch machen, solche Kinder als Krankenversicherungspflichtige zu behandeln und den betreffenden Vätermeister als den mittelbaren Arbeitgeber zu den Beiträgen heranziehen, damit wenigstens die Krankenfürsorge diesen Kindern gesichert werde, so lange man sie nicht vor der Erwerbsarbeit überhaupt schützen kann. Weiter wurde im Anschluß an diesen Punkt auf eine Lücke des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes hingewiesen und gefordert, daß die Versicherungspflicht nicht erst mit dem 17. Lebensjahr beginnen, sondern mit dem Eintritt jeder Lohnarbeit ohne Rücksicht auf das Alter. — Hinsichtlich der Kinderarbeit beim Frühstückausstragen wurde von einer Seite bemerkt, daß an den thatsächlichen Verhältnissen durch das Gesetz fast nichts geändert sei. Man könne jeden Morgen Kinder von 6-7 Jahren in großer Zahl beim Frühstückausstragen antreffen. Das Gesetz werde dadurch umgangen, daß die Väter Frauen annehmen, denen sie zwar etwas mehr zahlen wie sie früher den Kindern zahlten, aber dafür würde den betreffenden Frauen soviel Arbeit aufgebürdet, daß sie allein mit derselben gar nicht fertig werden können und sich deshalb von ihren Kindern helfen lassen. Dieser Mißstand könne am besten dadurch beseitigt werden, daß niemand Backwaren laufe, die ihm von Kindern ins Haus gebracht wird. In diesem Sinne müsse in den Arbeiterversammlungen agitiert werden.

Was das Verhältnis der Krankenkassen zur Durchführung des Kinderschutzes betrifft, so wurde es als höchstwert bezeichnet, daß den Kassen bei der Kontrolle der Innehaltung des Gesetzes eine Mitwirkung nach Art der Befugnisse der Fabrikinspektoren zuerkannt werde. Besonders Gewicht wurde auch darauf gelegt, daß die Krankenkassentrolleure bei ihren Krankenbesuchen sich darum kümmern sollen, ob in der Familie des Kranken Kinder gewerblich beschäftigt werden, und daß dann etwaige Uebertretungen des Gesetzes zur Anzeige gebracht werden. Andererseits wurde darauf hingewiesen, daß in Arbeiterkreisen noch oft das Verständnis für die schweren Schäden, welche die Kinderarbeit mit sich bringt, fehlt, und daß Aufklärung nach dieser Richtung notwendig sei. Eine derartige

Belehrung würde eine bessere Wirkung haben, wie die Kontrolle durch die Krankenbesucher, die doch nur einen kleinen Teil der Uebertretungen auffinden könnten.

Der folgende Punkt der Tagesordnung betraf die Abschließung eines Vertrages mit den Wadearbeitsbesitzern. Hierzu führte Simanowski aus, die Zentralkommission habe, um ein einheitliches Verhältnis der Krankenkassen zu den Wadearbeitsbesitzern zu schaffen, auf Wunsch einen Vertrag ausgearbeitet, der für alle Kassen und alle Wadearbeiten gelten sollte. Die Beratung über den Vertragsentwurf sei noch nicht beendet. Die Vereinigung der Krankenkassen mit freier Arztwahl habe sich nun auf den Standpunkt gestellt, daß der Abschluß von Verträgen nicht Sache der Zentralkommission sei. So sei durch die Quertreibung der Vereinigung die Absicht der Zentralkommission beeinträchtigt worden.

An diese Darlegung knüpfte sich eine längere Diskussion, in der einige Vertreter von Kassen, die der Vereinigung angeschlossen sind, das Verhalten derselben zu rechtfertigen suchten. Andre Redner dagegen verurteilten den Sonderstandpunkt der Vereinigung sehr scharf, es wurde auch hervorgehoben, daß die Vereinigung schon bei dem Streit mit den Apothekern in mancher Hinsicht einen Sonderstandpunkt eingenommen habe. Derartige Quertreibungen schädigen die gemeinsamen Interessen der Krankenkassen, deren Vertretung sich die Zentralkommission angelegen sein lasse.

Die Versammlung erteilte der Zentralkommission den Auftrag, die Abschließung von Verträgen mit den Wadearbeitsbesitzern für alle Krankenkassen weiter zu betreiben.

Simanowski ersuchte die Vertreter der Kassen, daß an den Freitagen weder Vorstandssitzungen noch Generalversammlungen abgehalten werden, damit der Freitag für die Sitzungen der Zentralkommission und für die von ihr veranstalteten Versammlungen frei bleibt. — Weiter ersuchte der Redner, zu beachten, daß die auf gelben Rezepten verschriebenen Medikamente von den Droguisten entnommen werden.

Was bleibt ihr übrig!

Der Oberlandesgerichtsrat Sämölder in Hamm, ein Jurist, der sich mit Fragen der Strafrechtsreform beschäftigt, schreibt im „Tag“ über Prostitution. Dabei erzählt er folgendes Charakteristische Erlebnis aus seiner Praxis: „In Köln, als Vorkammerrichter, wurde mir einmal von einer Prostituierten, die nach Ablauf der durch das dortige Reglement gesetzten Abendstunde in Zirkulation betroffen war, eine verblüffende Antwort:

„Schauen Sie mich nur an, ich bin so häßlich, daß mich ein Mann nur im Dunkeln mitnimmt. Nun finde ich jetzt, nachdem ich eingeschrieben bin, keine ehrliche Arbeit mehr. Was bleibt mir andres übrig, wenn ich nicht verhungern will?“

Schämige Ausstellungen-Sozialpolitik. Zur Weltausstellung in St. Louis schickt das Reichs-Versicherungsamt wieder eine Darstellung der deutschen Arbeiterversicherung. Im statistischen Teile dieser Darstellung, der uns gerade vorliegt, wird an zwei Beispielen die Krankenversicherung erläutert, Beiträge und Unterstützung im Verhältnis zum Lohne. Da wird als Beispiel eines männlichen Versicherten ein Arbeiter mit 24 M. Wochenlohn aufgeführt. Ist das schon schamhaft hoch gegriffen, da die Arbeiter mit 24 M. Wochenlohn im Deutschen Reich leider noch recht dünn gefät sind, so ist das Beispiel der weiblichen Arbeiterin, die mit 16 M. Wochenlohn aufmarschiert, eigentlich schon nicht mehr schamhaft zu nennen. Außerdeutsche Besucher der Weltausstellung, die das Heft in die Hand nehmen, können dadurch wirklich zu dem Glauben kommen, 16 M. Wochenlohn für eine Arbeiterin ist etwas ganz alltägliches im Deutschen Reich. In Wahrheit kann man Arbeiterinnen mit solchen Löhnen bei uns beinahe selbst als Ausstellungsobjekte betrachten.

BAER SOHN

Chausséestrasse 24/25 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20
zwischen Invalidenstr. u. Schiller-Theater N. zwisch. Jannowitzbrücke u. Köpenickerstr. (Ecke Rungestr.) Ecke Kopenstr. — Am Bürger-Hospital.

Fabrikation und Spezialhaus grössten Masstabes.

Hervorragende Sonder-Angebote:

Frühjahr-Paletot schwarz-weiß gestreifter oder melierter Kammgarn u. Cheviot. Hochmodern in Stoff u. Fason 18 M. | Frühjahr-Anzug Gras und hunt gestreifter oder melierter Cheviot. Hochmodern in Stoff und Fason 18 M.

- | | | | | | |
|-------------------|--|---------|----------------------|--|---------|
| Frühjahr-Paletots | Vielseitige Auswahl in Stoffen u. Fassons 45.- 50.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.- | 8 M. | Frühjahr-Beinkleider | Besonders preiswerte Angebote 15.- 12.- 10.- 8.- 6.- 5.- 4.- | 3 M. 50 |
| Frühjahr-Raglans | Moderns Verarbeitung und neue Stoffe 30.- 24.- | 21 M. | Radfahrer-Anzüge | Praktische Fassons, erprobte Stoffe 30.- 27.- 21.- 18.- 15.- 12.- 8.- | 6 M. |
| Frühjahr-Anzüge | Unübertroff. Auswahl allmoderner Stoffe u. Fassons 50.- 45.- 35.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- | 15 M. | Radfahrer-Hosen | Doppelter Gesäßboden, strapazierfähige Stoffe 9.- 7.- 6.- 5.- | 3 M. |
| Gehrock-Anzüge | Stilles und Kammgarn 65.- 50.- 40.- 35.- | 27 M. | Knaben-Anzüge | Grossartigste Vorbildnisse 15.- 13.- 14.- 12.- 10.- 8.- 7.- 6.- 4.- 3.- | 2 M. |
| Gummi-Mäntel | Wasserdichte Gewebe 30.- 25.- 30.- 24.- 21.- 18.- | 15 M. | Jünglings-Anzüge | Gute haltbare Stoffe in allen Fassons 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 16.- 14.- 12.- 10.- | 8 M. 50 |
| Loden-Havelocks | Praktische Stoffe, bequeme Tragtart 21.- 19.- 15.- 12.- 10.- | 6 M. 75 | Piqué-Sommer-Westen | Neue Muster, Schicke Fassons 7.- 6.- 5.- 4.- 3.- 2.50 | 1 M. 75 |

Hochschlecke Frühjahr-Neuheiten für unsere vornehme, wohlfeile **MASS-ANFERTIGUNG** unter Leitung erster Meister und bewährter Sachverständiger.

Zu bedeutend herabgesetzten Preisen, teilweise weit unter dem Fabrikationswert, werden wegen Aufgabe der betreffenden Serie oder Ueberfüllung der Lager oder sonstiger Mängel verkauft, solange die Vorräte reichen!

Herrn-Anzüge von 10 M. an | Knaben-Anzüge von 2 M. an
Sommer-Paletots von 6 M. an | Jünglings-Anzüge von 4 M. an

Aussordern in allen Abteilungen grosse Mengen Waren zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

Die 23. PREIS-LISTE 1904, in verständlicher Veranschaulichung mit über 200 Illustrationen, wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Leinene Kragen

in 11 neuesten Formen, 4fach gearbeitet, ganz vorzügliche Qualität, d. 1/2 Dtzd. 1 M.

Garantie-Hüte

vorrätgl. Filz, in neuest. Fassons u. Farben. Garantie für 2 90 Tragbarkeit 2 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 8. Mai.
Freie Volkshäuser. Nachmittags 2 1/2 Uhr:
13./14. Abteil: Metropol-Theater: Frau Warrens Gewerbe.
16. Abt.: Lesing-Theater: Japsenstreich.

Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyberhaus. Der Barbier von Sevilla.
Montag: Hünsl und Gretel.

Neues Operntheater. Die Journalisten.
Montag: Die Verschönerung des Fiesco zu Genoa.

Deutsches. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Die verjüngte Glode.

Montag: Rose Bernd.
Berliner. Der jüngste Lieutenant.

Nachm. 2 1/2 Uhr: Uli-Gelbberg.
Montag: Der jüngste Lieutenant.

Lesing. Japsenstreich.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Westen. Apojane.
Nachm. 3 Uhr: Der Troubadour.

Montag: Der Blüchsch.
Central. Der Sonnenvogel.

Nachm. 3 Uhr: Trilby.
Montag: Der Sonnenvogel.

Belle-Alliance. Kamrad Lehmann.
Nachm. 3 1/2 Uhr: Charleys Tante.

Montag: Kamrad Lehmann.
Neues. Kabelle und Liebe.

Montag: Minna von Barnhelm.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater).
Die Kinder der Exzellenz.

Nachm. 3 Uhr: Die Braut von Messina.
Montag: Das große Hemd.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt).
Das große Hemd.

Nachm. 3 Uhr: Die Ehre.
Montag: Ein Duell. Vorher: Ein Sonnenstrahl.

Reines. Nachtschl.
Nachmittags 3 Uhr: Liebesträume.

Montag: Des Pastors Riecke.
Rebens. Die 300 Tage.

Montag: Dieselbe Vorstellung.
Trionon. Das erste Gebot. Hierauf: Der Dieb.

Montag: Dieselbe Vorstellung.
Carl Weiss. Der Totschläger.

Nachm. 3 Uhr: Zwischen zwei Herzen.
Montag: Faust.

Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Metropol. Ein tolles Jahr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Casino. Durch Klippen und Wellen.
Berliner Herzen.

Nachm. 4 Uhr: Järlische Verwandte.
Montag: Durch Klippen und Wellen.

Winter-Garten. Spezialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Spezialitäten.

Montag: Dieselbe Vorstellung.
Gebr. Herrnsfeld. Gastspiel der Legation. Der Dorfparier.

Montag: Dieselbe Vorstellung.
Reichshallen. Steffiner Sänger.

Vossage-Theater. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.

Um 8 Uhr: Die Insel Rügen.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Judaikenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Kabale und Liebe.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Minna von Barnhelm.

Central-Theater.

Heute Sonntagnachm. 8 Uhr halbe Preise: Gastspiel Paula Worm:
Trilby, Schauspiel in 4 Akten von Paul Potter.

Abends 7 1/2 Uhr: Gastsp. Paula Worm:
Der Sonnenvogel.

Direkte in 3 Akten v. S. Holländer.
Morgen und folgende Tage: **Der Sonnenvogel.**

Residenz-Theater

Heute und folgende Tage:
Abends 8 Uhr:
Die 300 Tage.

Schauspiel in 3 Akten von Paul Cavault und A. Charney.
Deutsch von Alfred Palm.

Belle-Alliance-Theater.

Belle-Alliancestr. 7/8. Tel. Amt 6, 283.
Heute nachm. 3 1/2 Uhr: Charleys Tante.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:

Kamrad Lehmann.

Donnerstag (Himmelfahrtstag) bei günstiger Bitterung Eröffnung des prächtigen Sommer-Gartens.
Grosses Konzert.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Nachmittags 3 Uhr. Bei bedeutend ermäßigten Preisen:
Liebesträume. Familienidyll.
Don Carlos-Parodie.
Serenissimus-Zwischenspiele.

Abends 8 Uhr:
Nachtschl.
Morgen: Des Pastors Riecke.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).

Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Die Braut von Messina.

Sonntagabend 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.

Montagabend 8 Uhr:
Das große Hemd.

Dienstagabend 8 Uhr:
Ein Duell.

Vorher: **Ein Sonnenstrahl.**

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).

Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Die Ehre.

Sonntagabend 8 Uhr:
Das große Hemd.

Montagabend 8 Uhr:
Ein Duell.

Vorher: **Ein Sonnenstrahl.**

Dienstagabend 8 Uhr:
3. erstmalig: **Pension Schüller.**

Brauerei Friedrichshain

früher Lipps (Deponom: E. Niemann), am Königsthor.
Grösster Konzert-Saal und Garten Berlins.

Heute Sonntag, sowie nur noch einige Tage:
Konzert von

Johann Strauss aus Wien

Direktor der 1. und 2. österreichischen Hofkapelle
mit seiner gesamten Kapelle.
Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf. Reiterstr. Platz 1 Markt.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.

Montag 8 Uhr: Dies. Vorstellung.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.
Die zusammengewachsenen Schwestern.

Der Weltfriede. Cassandra, das delphische Orakel?

Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a
Eingang Schadow-Strasse No. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis:
50 Pfg.

Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Säugetieren, Reptilien etc. 2/19

Apollo-Theater.

Abends 7 Uhr:
Garten-Konzert.

Abends 8 Uhr:
Das neue Mai-Spezialitäten-Programm.

8 1/2 Uhr:
Liebesgötter.

2. Bild: **Pans Liebesnacht.** Grosses Ballett.

Im dritten Bild:
Der Götterzug

und die **Sensations-Apotheose:** „Im Tempel der Glückseligkeit“.

Metropol-Theater

Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.

Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund: Musik von Victor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3 Uhr. Wochentags 5 Uhr. — Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.

Das glänzende Mai-Programm:

Paul Corradini

Tanz-Komiker.
John Siems

Karten- und Münzen-Manipulator.
14 erstklassige Nummern.

Casino-Theater.

Lotharingerstr. 37. Anf. 8, Sonnt. 7 1/2, 8 Uhr: Durch Klippen und Wellen.

8 1/2 Uhr: Kern und Boben als Mimiker. Santanella — Los Aleros.

9 1/2 Uhr: Berliner Herzen.
Sonntag und Himmelfahrtstag 4 Uhr: Järlische Verwandte.

Berliner Prater

Theater
Kassanien-Allee 7-9

Heute: Extra-Vorstellung. Theater, Konzert, Special.
Im Saal: **BALL.**

Anfang 4 1/2 Uhr. Eintr. 30 Pf. Rum. Pl. 50 Pf. Siehe Säulenanschlag.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67. Stat. Rannowbrücke.
Jeden Abend 8 Uhr:
„Ueber'n grossen Teich.“

Ende 10 Uhr 30 Min.

Trianon-Theater.

Georgenstr. 67. Stat. Rannowbrücke. und Universitätsstrasse.
Abends 8 Uhr:
Das elfte Gebot.

Hierauf: **Der Dieb.**

Carl Weiss-Theater.

Bürgerliches Schauspielhaus. Große Frankfurterstr. 132.
Nachmittags 3 Uhr. Parterre 60 Pf. Gastspiel des Fräulein Deichlin: Zwischen zwei Herzen.

Abends 8 Uhr:
Der Totschläger.

Im Garten: Große Spezialitäten-Vorstellung. Konzert und Theater.
Anfang 4 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.

Minna von Barnhelm oder: Das Soldatenglied.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Montag bis Mittwoch: Geschlossen.

Königstadt-Kasino

Holzmarktstr. 72. Ecke Liegandstrasse.
Täglich: Auftreten v. Carl Stephan, die feine Kanon, Herrn Hempel, Gesang, Lederer, C. u. E. Bernhardt, Rote Brandt, Paul Revée. Neu!

Die Tante aus Polzin. Poete mit Gesang in 1 Akt. Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: Tanz.

Anf. 8 Uhr. Sonntag 5 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Sonntag, den 8. Mai:
Erstes grosses Garten-Konzert.

Theater- und Spezialitäten.
Im Saal: **Grosser Extra-Tanz.**

Anfang 5 Uhr. Eintritt 30 Pf. Bei ungünstigem Wetter Konzert und Vorstellung im Saal.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Heute Sonntag, den 8. Mai 1904:
Novitäten-Abend!

Die oberen Zehntausend. Sensationelles Rollspiel in 3 Akten von H. Müller.

Nach der Vorstellung:
Grosser Ball.

Bei günstiger Bitterung findet die Vorstellung im Garten statt. Auftreten erstklassiger Spezialitäten.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49.
Heute Sonntag, den 8. Mai:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.

Busch-Sies'l oder: **Die Mühle im Edelgrund.**

Vollständ. mit Gesang in 4 Akten von F. Willhardt.
Anfang 6 Uhr.

Nach der Vorstellung:
Gr. Ball.

Urania.

Wrangelstrasse 10/11.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.

Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel. Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen.
46992* C. F. Walter.

WINTERGARTEN

Tortajada Spanische Sängerin und Tänzerin.
De Vry's Phantasmagorien. Operensängerin.
Soeurs Salome Trapezkünstlerinnen.
Gebrüder Schwarz Parodisten.
Kiners Moussa Equilibrist. Scene.
De Nohry Pariser Sängerin.
Die Blumenkönigin Tanzdivertissement.
Die Wotpers Akrobaten.
Robinson Baker-Trio Springer.
Paul Conchas Der Armeekorhules.
Biograph. Pas de deux Sgra. Cavini u. Sgr. Ceratti.

Sanssouci.

Kaufhaus Thor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

Nach jeder Sotree:
Tanz.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Norddeutsche Humoristen und Quartett-Sänger.

Anf.: Boche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Reichshallen

Steffiner Sänger
Zum Schluss: Real Circus Lenz und Circus Pusch.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Café Ruhwald

Wollersdorfer Schleuse.
Donnerstag, den 12. Mai 1904 (Himmelfahrtstag):
Großes Schlachte-Fest

und **Frei-Konzert.**

Von früh ab: Frische Blut- und Leberwurst. 51532*
A 1 1/2 für allen Pfingstfeiertagen:

Gr. Konzert.

Lade hierzu alle Herrenpartien freundlich ein. Hermann Palm.

Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer Stralauerstr. 1.

Achtung, Vereine!

F. Scholz's Festsäle mit Garten u. gr. Theaterbühne
74 Gr. Frankfurterstr. 74
empfehle sich d. Vereinen zu Sommerfesten, Theater-Vorstell. u. andr. Vergnügungen. Besö. Sonnabende frei.
Sonntag: **Gr. Ball.** Anfang 4 Uhr.

Schlosspark Wilhelminenhof

Oberspree.
Station Nieder-Schneeweide.
Jeden Sonntag, Mittwoch, Donnerstag:
Grosser Elite-Ball.

Kaffeebüche u. 2 Uhr an geöffnet. Ausspannung. Volksbelustigungen aller Art. Chr. Fennel. 49123*

Herrenpartie

Himmelfahrtstag
Restaurant
Neue Mühle, R. Riedel.
Abf. d. Dampf. v. St. Kahn & Herzer a. d. Stralauer Brücke früh 8-9 Uhr Billet hin und zurück 75 Pf. an Bord der Dampfer und vorher bei Gastwirt Krause, Alexanderstr. 13.

Alhambra

Wallnertheater-Str. 15.
Jeden Sonntag:
Großer Extra-Ball.

Entree inkl. Tanz: Herren 50 Pf., Damen 25 Pf.
Anf. 5 Uhr. Empfehle mein Lokal für Vereine und Versammlungen.
47002* A. Zamoliat.

Tempelhofer „Tivoli“

Tempelhof, Berlinerstr. 50.
Heute Sonntag:
Grosses Garten-Konzert.

Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pf.
Von 4 Uhr ab im Riesen-Teelokal
Grosser Ball.

Kaffeebüche von 2 Uhr an geöffnet. Kaffee in Rahmen. Eigenebackener Kuchen. Volksbelustigungen aller Art: Aufschub, Fahrradrennen, Schleichhand, Ballerinen, Schanfel, 4 Sommerregelbühnen. H. Stein.

Schmöckwitz.

Restaurant Seddin-See
Empfehle mein herrlich am See und Wasser gelegenes Lokal zu den herrlichsten Partien und stelle die billigsten Dampfer.
11865
Aug. Noack.
Telephon: Amt Grünau 54.

Jamaica-Rum

echt und echt Verschnitt Literl. 1,50, 3,10, 2,50, 2,10, 1,60.
Rum No. 3 Faß, Ltr. M. 1,—, 10 Ltr. M. 9,—
Glühwein-Extrakt hochfein: Ltr. M. 1,20
10 Liter M. 10,—

Ungarwein

süss, Ltr. M. 2,—
Stonsdorfer vorzüglich, Ltr. M. 1,—
Deutscher Cognac angenehm, mild im Geschmack 4696L*
a Literl. M. 2,10, 2,50, 3,—

Eugen Neumann & Co.

Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV No. 9676. Genthinerstrasse 29. Neue Friedrichstr. 21a, a. d. Königstrasse. Wilsnackerstr. 25. Schöneberg, Hauptstrasse 129.

Auf dem Panterra's in der

Altstädter- und Malplaquet-
Straßen Ecke.
Täglich abends 8 Uhr große
Kapazitäten-Vorstellung
in dem riesen Amphitheater.
Als Schluss einer jeden Vorstellung: Bestiegung des hohen Drahtseilturmes.
Sonntag: **Zwei Vorstellungen,** nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr.
Es ladet ergebenst ein
11195
Josef Strohschneider.

Jakob Ruppel

Restaurant „Zum Doppelochsen“
Roekstr. 49.
Empfehle den werten Genossen meine Vereinszimmer zu Bekleidungs- und Gewerkschaftsitzungen sowie zu andren kleinen Festlichkeiten. Gut gepflegte Biere, solide Küche, billige Preise.
11376

Künstliche Zähne, Plomben

Carl Goeringer, Dentist.
N., Eichendorffstr. 21, früher Drummstr.

Raucher Haas-Tabak
Specialität:
Anerkannt beste Qualitäten
in 10, 20 u. 30 Pfg.-Packeten
für kurze und lange Pfeifen
zu haben in den Cigarren-Specialgeschäften.
Engros-Niederlagen für Wiederverkäufer:
Carl Roecker, Berlin O., Grüner Weg 112.
H. Saltzmann, Berlin S., Luisen-Ufer 3.
F. August Schmidt, Berlin SO., Köpenickerstr. 116.
H. & P. Uder, Berlin SO., Engel-Ufer 5.
A. Capelle, Charlottenburg, Kantstr. 115.

Stettin. Filialen Berlin.
Mass-Anzüge 4923L*
Mass-Paletots
24 und 30 Mark.
Unter Garantie des tadelloosen Sitzes bei peinlichst gewissenhafter Anprobe liefere ich von prima Partie-Stoffen mit guten Zuthaten Anzüge nach Mass zu obigen Preisen.
Indem gewesene Angestellte sich speciell auf mein gutes Renommee stützen, mache ich darauf aufmerksam im Interesse des werten Publikums sich direkt zu wenden an
4682L*
Sonnenschein's Herren-Moden
nach Mass
Chausseestr. 54 I — Lindenstr. 95 L.
Von der Bellealliancestrasse 98 verzoogen.

Stettin. Filialen Berlin.
Mass-Anzüge 4923L*
Mass-Paletots
24 und 30 Mark.
Unter Garantie des tadelloosen Sitzes bei peinlichst gewissenhafter Anprobe liefere ich von prima Partie-Stoffen mit guten Zuthaten Anzüge nach Mass zu obigen Preisen.
Indem gewesene Angestellte sich speciell auf mein gutes Renommee stützen, mache ich darauf aufmerksam im Interesse des werten Publikums sich direkt zu wenden an
4682L*
Sonnenschein's Herren-Moden
nach Mass
Chausseestr. 54 I — Lindenstr. 95 L.
Von der Bellealliancestrasse 98 verzoogen.

Grösstes Kaufhaus des Nordens für Herren- und Knaben-Bekleidung
12 Schaufenster Front 5139L*
Grösste Auswahl, streng reelle Bedienung bei billigen, festen Preisen.
Moritz Gross, Kastanien-Allee 42.
Wer sich auf dieses Inserat bezieht, erhält 5 Proz. Rabatt.

Grosse Gartenbau-Ausstellung

in den Gesamträumen der
„Philharmonie“, Bernburgerstrasse 22^a.

Eintrittspreis 50 Pf.

Von 4-10 Uhr nachmittags: Grosses Promenaden-Konzert.

Geöffnet von 9 Uhr früh.

Hasselwerder a. d. Oberspree.
Jeden Sonntag: Grosser Gartenkonzert u. Ball bei vollem Orchester. — Vereinen steht mein Lokal jederzeit zur gefälligen Verfügung. Zu Monatsfahrten und Sommernachtsfesten noch einige Sonnabende frei. Um freundlichen Zutritt bitte! **Gustav Hempel.** 47592

NEU-TIVOLI
Trepow **Neue Krug-Allee 59** Trepow
Jeden Sonntag:
Grosser Ball
wozu ergebenst einladet **Fritz Preuss.**

Seeterrasse Lichtenberg.
Roederstrasse 6.
Jeden Sonntag:
Grosses Garten-Konzert,
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Im Saal: **Grosser Ball.**
15 Ruderboote, × Kaffeeküche.
Anfang 4 Uhr. Entree 10 Pf.
Inhaber: **Comm.-Ges. Alfred Walter.**

Himmelfahrtstag.
Fernsprecher: Königs-Wusterhausen No. 75.
Erste grosse Extra-Dampferfahrt mit Musik nach Sporthaus Ziegenhals. Abfahrt 9 Uhr Stralauerbrücke (Kahn u. Hertz). Preis für Hin- und Rückfahrt 60 Pf. Kinder die Hälfte. Billets sind am Bord des Dampfers, sowie beim Galtwitz & Schmidt, Stralauer Brücke 1, zu haben. Bei Vorverkauf nur 50 Pf. Jungleich empfehle mein Lokal zu Dampferpartien. Dampfer stehen zur Verfügung. Bahnstation Zuthen. (51522) **Max Hirschel.**

Kloster-Garten
direkt am Spandauer Schiffschlag u. am Jungfernstieg gelegen. Stadt- und Ringbahn-Verbindung Bahnhof Bismarckstrasse und der elektrischen Strassenbahn Görlitzer Bahnhof-Platzsee.
Heute **Grosses Konzert** bei freiem Entree.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball**
unter Leitung des Tanzmeisters Herrn **Max Fuss.**
Vereinen und Gesellschaften auf das Beste empfohlen.
Inhaber: **Wladislaus Pasternacki.** 11485
(Am 2. Nr. 2594.)

Grand Restaurant Ostend
an der Oberspree.
Jeden Sonntag: **Grosses Frei-Konzert und Ball.**
Vereinen steht mein Lokal jeder Zeit zur gefälligen Verfügung. Zu Monatsfahrten und Sommernachtsfesten noch einige Sonnabende frei. (51402) **Otto Thölte.**

Mente's Volksgarten
Lichtenberg, Roederstr. 35/36, Eingang aus Landsberger Chaussee.
Sonntag, den 8. Mai | Himmelfahrt, den 12. Mai
Gr. Konzert und Harburger Sänger.
Im Viesensaale: **BALL.** Tanzmeister: Wilhelm Bayer.
3 Regelmässige, Kaffeeküche, Vollbelustigungen aller Art.
Eine neue Beleuchtungs-Anlage zur Illumination ist angelegt, wie diese in Berlin noch nicht gesehen ist. 10895
H. Mente, früher 21 Jahre im Böhm. Brauhause.

An die Arbeiter Berlins u. d. Vororte!

Kabakitäten der Wissenschaft haben übereinstimmend anerkannt, dass gerade für den praktischen Arbeiter das Baden eine große Wohlthat, ein Erfordernis ist. Der

„Arbeiter-Schwimmer-Bund“

gegründet 1897
hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Baden beim Schwimmen in Arbeiterkreisen einzuführen bezw. zu lehren. Dem Arbeiter-Schwimmer-Bund gehört bereits eine grössere Anzahl Vereine in und um Berlin an und ist es jedem Arbeiter möglich, in aller nächster Nähe seiner Wohnung einem solchen Vereine beizutreten. Das Eintrittsgeld und der monatliche Beitrag sind äusserst mässig. Ausnahmen erfolgen in den Leistungsstunden der Vereine. Gäste sind stets willkommen.

Auch für Frauen und Mädchen ist Sorge getragen.
Wir bringen nachstehend die Namen der dem

„Arbeiter-Schwimmer-Bund“

zur Zeit angehörenden Vereine, gleichzeitig mit den Anhalten, in welchen die Vereine ihre Leistungsstunden abhalten, und an welchen Tagen.

Wir hoffen, dass es nur dieses Hinweises bedarf, um die Zahl der Mitglieder bedeutend zu vergrössern.

Schwimm-Klub „Vorwärts“ in der Panziertischen Badeanstalt, Stralauer Allee, jeden Abend von 7 Uhr an.
(Siehe Inserat in nächster Sonntags-Nummer.)

Schwimm-Klub „Vorwärts“, Abt. Steglitz, in der Panziertischen Badeanstalt in Steglitz, Bahnstrasse, jeden Dienstag und Freitag von 7 Uhr abends an und Sonntags von 10-12 Uhr vormittags.

Damen-Schwimm-Klub „Vorwärts“ in der Panziertischen Badeanstalt, Stralauer Allee, jeden Dienstag und Freitag von 7-8^{1/2} Uhr abends.

Schwimm-Klub „Neptun“, Weissensee, im Seebad Weissensee jeden Dienstag und Freitag von 7 Uhr abends an.

Schwimm-Klub „Secht“ in Weissensee im Seebad Weissensee jeden Sonntag von 8-12 Uhr vormittags.

Schwimm-Verein „Norden“ im Seebad Reinickendorf jeden Mittwoch- und Freitagabend von 7 Uhr an.

Die **Damen-Abteilung** vorstehenden Vereins badet jeden Dienstagabend von 7-9 Uhr im Seebad Reinickendorf.

Schwimm-Klub „Welle“ in der Panziertischen Badeanstalt, Stralauer Allee, jeden Mittwoch von 7 Uhr abends an und Sonntagvormittag von 9-12 Uhr.

Schwimm-Klub „Welle“, Abteilung II, in der städt. Volks-Badeanstalt in der Oberbergerstrasse jeden Donnerstagabend von 7 Uhr an und Sonntagvormittag von 9-12 Uhr.

Die **Damen-Abteilung** vorstehenden Vereins badet jeden Dienstag- und Freitagabend von 7-9 Uhr in der Panziertischen Badeanstalt in der Stralauer Allee.

Schwimm-Klub „Freiheit“, in der städtischen Volks-Badeanstalt in der Bärwaldrasse jeden Montagabend von 7 Uhr an.

Schwimm-Klub „Walroß“ in Rixdorf in der Badeanstalt von Stoltenburg in Rixdorf, Canner Chaussee, jeden Mittwochabend von 7 Uhr an.

Schwimm-Klub „Aegir“ im Seebad Reinickendorf jeden Donnerstagabend von 7-9 Uhr.

Berliner Schwimm-Klub „Neptun 1894“ in der städtischen Badeanstalt in der Curypstrasse jeden Dienstag- und Donnerstagabend von 7-9 Uhr.

Arbeiter Berlins und der Vororte! Bleibt Eure Gesundheit in Betracht und freiet einem der vorstehenden Vereine bei, denn nur dadurch werdet Ihr zum regelmässigen Besuch des Badens angehalten.

Der Vorstand des „Arbeiter-Schwimmer-Bundes“.

Ausverkauf nach beendeter Engros-Saison.
Jede Dame spart Geld!
Jacketts, früherer Preis: 15, 20, 25, 35 M.
Saccos, jetzt: 8, 10, 15, 20 M.
Blusenjacketts,
Frauen-Capes M. 6-25, Stoff, Spitze, Seide Wert in allen Längen bis 50 M.
Staub- u. Gummimäntel M. 3-20
Ein Posten Modelle Saccos, Paletots u. Capes Saison-Neuheiten, plüschirt und gezogen in Taft, Etamine, Chiffon. Tuch unter Herstellungspreis!
Von 20-25 M., Wert bis 120 M.
Kinder-Saccos u. Mäntel in allen Grössen. M. 3-10
Specialität Extrawellen für starke Damen. Paletots, Jacketts u. Capes.
Kein Laden.
Max Mosezytz, Landsbergerstr. 59 Eine Treppe. Am Alexanderplatz.

Marienbad-Theater. Bad-Strasse 35/36. **Jahstr. 8.** Bad-Strasse 35/36.
Zu Sommerfesten empfehle meinen grossen Park, Saal mit Bühne den Vereinen zu soliden Bedingungen. 21445

Schnegelsbergs Festsäle, Hasenhalde 21. Deconom: Carl Schwarz. **Jahstr. 8.** Jaden Sonntag, Montag und Mittwoch: **Grosser Ball.** Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** 50052

Billige Extrafahrten. Dampfer-Station Robert Tismer

jetzt Abfahrtsstelle **Michaelbrücke.**

Den Vereinen, Gesellschaften, Schulen etc. empfehle ich meine Dampfer zu Ausfahrten nach der Umgegend von Berlin zu den bekannten soliden Preisen.

Die Extrafahrten beginnen am 1. Pfingstfeiertag.

In der Woche von 2 Uhr ca. halbstündlich, am 2. und 3. Pfingstfeiertag nach Woltersdorfer Schleiße vormittags 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr. Hin- und Rückfahrt 1.-, Einzeltour 60 Pf.

Nach **Woltersdorfer Schleiße** vormittags 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr. Hin- und Rückfahrt 1.-, Einzeltour 60 Pf.

Nach **Woltersdorfer Schleiße** vormittags 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr. Hin- und Rückfahrt 1.-, Einzeltour 60 Pf.

Trepow. Bades Volksgarten
Parkstrasse. Haltestelle d. elektrischen Strassenbahn (Siemens).
Jeden Sonntag: **Ball.** — Vereinen bestens empfohlen. Amt IV 1278.

Wilmersdorf. Restaurant Selke. Brandenburgische Strasse 100.
Angenehmer Familien-Aufenthalt. ♦ Musikalische Unterhaltung. Vereinszimmer (80 Personen). ♦ Billardzimmer. ♦ Warme Küche zu soliden Preisen. 49212

Nieder-Schöneweide. Restaurant „Kleiner Kyffhäuser“.
Empfehle mein herrlich gelegenes Lokal zu den bevorstehenden Partien. Familien können Kaffee trinken. Gut gediegene Bier. Gute Küche. Billige Preise. Motorboot-Rundfahrt und Uebersehtelle. 49682
Um geneigten Zutritt bitte! **Julius Fischer.**

Dampfer für Vereine
und Gesellschaften empfiehlt **Carl Krause,** Alexanderstr. 13. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1669.

Personen-Dampfer
jeder Grösse für Vereine und Gesellschaften etc., auch Sonntags, empfiehlt billigst 50722 **Keddig,** Seebad Müggelwerder, Rahnsdorf. Mühle. Abfahrt, neu: Michaelbrücke, Michaelstrasse.

Orient. Arnika-Birken-Crème.
Schon der vegetabilische Saft allein, welcher aus der Birke fließt, wenn man in den Stamm derselben hineinbohrt, ist seit Menschengedenken als das ausgezeichnetste Schönheitsmittel bekannt, wird aber dieser Saft nach Vorchrift des Erfinders auf demselben Wege mit dem Extrakt der Arnika-Pflanze zu einer Crème bereitet, so gewinnt er erst eine wunderbare Wirkung.
Bestreicht man abends das Gesicht oder andere Hautstellen damit, so lösen sich schon am folgenden Morgen fast unbemerkbare Schuppen von der Haut, die dadurch blendend weiss und zart wird.
Diese Crème glättet die im Gesicht entstandenen Runzeln und Blatternarben und giebt ihm eine jugendliche Gesichtsfarbe; der Haut verleiht sie Weiche, Zartheit und Frische, entfernt in kürzester Zeit Sommerprossen, Leberflecke, Muttermale, Nasenröte, Mitesser und alle anderen Unreinheiten der Haut. Preis eines Tiegels samt Gebrauchsanweisung M. 3.-, Doppeltiegel M. 5.-, dreifacher Tiegel M. 7.-. Versand gegen Rücknahme oder vorherige Geldsendung durch das **General-Depot** **M. Feith, Wien VI, Mariahilferstr. 45.**

Aus der Frauenbewegung.

Friedenau. Dienstag, den 8. Mai, fand bei Grube, Kaiser-Meer, vom Frauen- und Mädchen-Bildungsverein von Steglitz und Umgegend eine Wanderversammlung statt.

Blusen-, Schürzen-, Hemden-, Hemden-, Regliges-, Krawatten- und Korsett-Arbeiterinnen. Montag, den 9. Mai 1904, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal „Altes Blättchen“ Schillingstr. 36, eine öffentliche Versammlung statt.

Wiesenhof. Der Verein für Frauen und Mädchen hält im Lokal von Oskar Wöllstein, Wismarstraße 24, Montag, den 9. d. Mts., abends 8 Uhr, seine Mitgliederversammlung ab.

Schöneberg. Der Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgegend hält Montag, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, seine

regelmäßige Mitgliederversammlung im Lokal Wilhelmshof, Ebersstraße 80, ab. In derselben wird Herr Dr. Roeder den dritten Vortrag über Frauenkrankheiten halten.

Steglitz-Friedenau. Montag, den 9. Mai, findet bei Schellhase in Steglitz, Ahornstr. 15a, eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer statt.

A. JANDORF & CO

SPITTELMARKT 16/17 Ecke Leipziger Strasse

BELLE ALLIANCE-STRASSE 1/2 Am Blücherplatz

GROSSE FRANKFURTER STRASSE 113 Ecke Andreas Strasse

Montag

Dienstag

Damen-Hüte

Mittwoch

Soweit der Vorrat reicht!

ca. 6500 ital. Punta- u. Florentiner-Hüte für Damen und Kinder

75 Pf. 95 Pf. 1 15 M. 1 25 M. 1 50 M. 2 50 M.

Apfelblüten-Piquet 3 tellig mit Laub 28 Pf. Röschen-Piquet 4 tellig mit Laub 48 Pf. Rosen-Piquet 4 tellig 28 Pf.

Louisine-Band „Keine Seide“ ca. 12 cm breit in grossem Farbensortiment Meter 38 Pf.

Ein grosser Posten Garnierte Damenhüte 98 Pf. in neuen Formen und Farben zum Ausschauen 3 75 M. regulärer Wert bis 3 M.

Tausendschönchen 6 Dutzend im Paket Paket 58 Pf. Vergissmeinnicht Dutzend 10 Pf. Kirschen Dutzend 12 Pf.

Damen-Confection

Kostüme Blusen- oder Eaton-Facon Wert bis M. 14,50 21,00 27,50 9 75 M. 13 50 M. 16 50 M.

Kostüme Jacket-Facon Wert bis M. 24,50, 27,50, 32,00 16 50 M. 21 00 M. 24 50 M.

Kostüme weiss Piqué, moderne Façons 8 50 M. 10 75 M. 14 50 M.

Kostüme Leinen imitiert Blusen-Facon, hübsch garniert 9 75 M. 12 50 M. 18 75 M.

Jackets grau, lose und anliegend Wert bis M. 12,50 4 95 M.

Jackets schwarz, lose und anliegend Wert bis M. 10,50, 12,50, 15,50 6 75 M. 8 50 M. 11 50 M.

Unterröcke Leinen imitiert, mit garniertem Volant 1 65 M. Unterröcke Waschstoff hübsch garniert 1 75 M. 2 45 M.

Wasch-Kleider hübsch garniert 7 50 M. 9 75 M. 13 50 M. 17 50 M.

Kostümröcke weiss Piqué neueste Façons 2 15 M. 2 95 M. 3 75 M. 5 50 M. 6 75 M.

Kostümröcke fusstroj weiss oder graue Stoffe 4 45 M. weiss Piqué 4 95 M. Leinen imitiert 5 50 M.

Blusen (Bulgaren-Muster Verkauf nicht an Wiederverkäufer 90 Pf.) neueste Schotten-Muster, waschbar 1 95 M. imitiert Leinen encour 2 85 M.

Blusen Percal, Bomben-Muster 2 75 M. Percal gestreift, encour, mit Kragen und Cravatte 2 95 M.

Morgenröcke, Matinées in grösster Auswahl.

Unterröcke Alpaca in vielen Farben 2 45 M. 3 25 M. 4 45 M.



Die Destillation im Haushalte! Gute Ware empfiehlt sich selbst. Wirklich hochfeinen, unverfälschten u. wohlbedünlichen Cognac, sowie alle echten Liköre etc. kann man nur selbst bereiten mittels der vielfach preisgekrönten, echten Noas Original-Extracte.

Villen-Kolonie Nieder-Schönhausen Baustellen in schönster Lage Nieder-Schönhausens an vollständig regulierten Straßen mit Gas- und Wasserleitung; nur hochliegendes, trodenes Land, per □-R. von 85 M. an. 46192*

Phonographenwalzen. Original-Edison-Vorgänge 1,50 Mark (neueste deutsche Aufnahmen), deutsche Vitrolas-Vorgänge 1,20 M. (große Auswahl), Wachswalzen 0,80 M. Julius Prediger Prinzenstr. 22, II.

Seltene Gelegenheit! Nur kurze Zeit! Räumungs-Verkauf der aus der 146/2*

Konkursmasse Rosenthalerstr. 60 A. Levy, Goldschmidt & Co. Rosenthalerstr. 60 Avanti I. Etage Hammen und anderer Waren. I. Etage Avanti Ein Posten Herren-Anzüge in Jackett-Facon soll nunmehr abgegeben werden für den billigen Preis.

Versandhaus Germania Unter den Linden 21 II. Fahrstuhl 4558L* Wir verkaufen von der vorjährigen Saison hochvornehme Herren-Anzüge und Paletots aus feinsten Massstoffen 25 bis 40 Mk., hoch-elegante Beinkleider 9 bis 12 Mk. Zurückgesetzte Paletots, Anzüge, Have-locks, Gummimäntel, Joppen für die Hälfte der bisherigen Preise. Sonntag von 8-10 und von 12-2 Uhr geöffnet.

